Systemic Consensing
Plattform für mehr direkte Demokratie

Auszug aus https://systemic-consensing.org/ .
Version: 16.November.2026
Enthalten: Motivation zur Software, genereller Aufbau und Funktionsweise
Nicht enthalten: Anleitungen für Nutzer und Administratoren, Installationsanleitung

Inhaltsverzeichnis

Plattform für mehr direkte Demokratie - Systemic Consensing....5
Zuerst einige Warums....5
Warum mehr direkte Demokratie und warum Mehrheitsentscheidungen ein Problem sind....5
Warum eine Softwareplattform?....5
Warum noch eine weitere Software....5
Fokus ist die Entwicklung von Lösungen, die Abstimmung ist nur der letzte Schritt....6
Die drei Säulen....6
Basisfunktion der Software....7
Weitere Funktionen....7
Dokumentation / Tutorials....7
Weiteres....7
Eine kleine Geschichte über die Problematik von Mehrheitsentscheidungen und einen möglichen alternativen Umgang....7
1. Lösungsansatz: Die klassische Mehrheitsentscheidung....8
2. Lösungsansatz: Systemisches Konsensieren....8
Was ist hier eigentlich passiert?....8
Warum mehr direkte Demokratie....9
TWEEDISM....9
Postdemokratie....10
Parteiprogramme....10
1. Parteien stimmen die Programme auf maximalen Erfolg bei Wahlen ab....10
2. Die Umsetzung finden nicht im erwarteten Ausmaß statt....10
Ein Beispiel dazu....10
Populismus....11
Warum ist Pseudopopulismus so erfolgreich....11
1. Vertrauen in diese Parteien....11
2. Motivation schaffen für die nicht populistischen Parteien....12
Kein Vorwurf gegen die Mitglieder von Parteien....12
Warum also mehr direkte Demokratie....12
Manifest gegen die Mehrheitsentscheidung....12
Die zwei großen Probleme der Mehrheitsentscheidung....13
Ein Nein zur Mehrheitsentscheidung....13
Algorithmus für ein faires entscheiden....14
Die Lösung....14
Der Algorithmus....15
Die Eigenschaften....15
Gleichheit....15
Ehrlichkeit....15
Genauigkeit....16
Einfachheit und Expressivität....16
Bewertungsmaßstab....16
Verlustaversion....16
Optimierungstheorie....16
Systemische Betrachtung....16
Beispiel: 3 Freunde wollen gemeinsam ein Dinner kochen....17
Formalisierung....17
Warum Nachvollziehbarkeit wichtig ist und wie es erreicht werden kann....17
Nachvollziehbarkeit....17
Versionskontrolle....17
Log Protokolle....18
Ziel....18
Warum Überprüfbarkeit so wichtig ist und wie es gewährleistet wird....18
Wie wird die Überprüfbarkeit gewährleistet....18
Wie kann das Ergebnis überprüft werden....18
Wie weitreichend ist diese Prüfung....19
Struktureller Aufbau der Software....19

Von der Themenauswahl zum Vorschlag....19
Themenauswahl....20
Themen....20
Dynamic Facilitation....21
Vorschläge....22
Der fünfstufige Entscheidungsprozess....22
Lösungen entwickeln....23
Wie können Themen eingebracht werden....23
Wie kommen wir zu guten Lösungen?....24
Wie funktioniert die Optimierungsmechanik....24
Die Magie dahinter....24
Entscheiden....25
Anwendbarkeit und Ziele....25
Arten der Beteiligung....26
0. Informativ und verteilend....26
1. Abstimmend....26
2. Wissen einbringen....26
3. Vorschläge und Themen einbringen....26
4. Moderierend....27
Ziele der Plattform....27
Registrierung von neuen Nutzern....27
Identitätsanbieter - ID Austria....27
Identitätsanbieter - Allgemein....27
Nutzerverwaltung....27
Online über Hochladen der erforderlichen Dokumente....27
Online über Webkonferenz....28
Offline über Registrierungsstellen....28
Wie soll Missbrauch eingedämmt werden?....28
Konfiguration für Österreich....28
Unterabstimmungen....28
Beste Option....28
Syntax....29
Mehrfachauswahl....29
Syntax....29
Bereichsauswahl....29
Syntax....30
Einbettung im 5 stufigen Entscheidungsprozess....30
Unterteilung in Ländern und Gemeinden....31
Community getriebene Themen- und Vorschlagsauswahl....31
Themenauswahl....31
Vorschlagsauswahl....32
Bewertung nach der Familienwahlrechtsidee....32
Umsetzung....33
Wahl Listenerstellung....33
Erstellung der Liste....33
Bewertung der Listenbewerber....34
Teilnehmerkreis für die Listenbewertung....34
Alle Personen aus dem entsprechenden Wahlbereich....34
Eingeschränkter Personenkreis....34
Mögliche Listenerstellungen....35
Ideologie der Listenerstellung....35
Die 3+2 Hemmnisse der direkten Demokratie....35
Hemmnisse....35
1. Es gibt kaum Strukturen für gemeinsame Meinungsbildung....35
BürgerInnenparlamente, BürgerInnenräte....36
2. Spaltung der Gesellschaft....36
3. Wenig Kraft in der Umsetzung....37
+1. Wenig Motivation zur direkten Demokratie....37
+2. Strategisches Missverstehen....38
Lösungen....38

1. STATT Es gibt kaum Strukturen für gemeinsame Meinungsbildung ⇒ Eine Struktur für die gemeinsame Meinungsbildung bereitstellen....38
2. STATT Spaltung der Gesellschaft ⇒ Gegenseitiges Verständnis schaffen....38
3. STATT wenig Kraft in der Umsetzung ⇒ Viel Kraft in der Umsetzung....39
+1. STATT wenig Motivation zur direkten Demokratie ⇒ Bewusstsein schaffen....39
+2. Statt strategisches Missverstehen ⇒ Sachebene forcieren....40
Direktdemokratisches Model für Klimaschutz....40
Die Ausgangslage....40
Bestandsaufnahme....41
Geringer Erfolg bei internationalen Verhandlungen....41
Nicht genügend Wirkung von individuellen Klimaschutz....41
Lösungsansatz Klimaclub....42
Wie ist der Status zum Klimaclub....42
Warum gibt es keine Entscheidung für einem Klimaclub nach dem Model von Nordhaus....43
Ausgestaltungsoption....44
Abschaffung bzw. Reduzierung der Förderungen und Verbote....44
Negativer Ausfuhrzoll....44
Modellrechnungen....44
Die Idee....45
1. Möglichkeit schaffen für direktdemokratische Beteiligung....45
2. Diskutieren und bewerten durch die Bevölkerung....45
3. Internationale Vereinbarung treffen....46
4. Einführung....46
Die zu erwartenden Ergebnisse....46
Positive Investitionslogik im Sinne des Klimaschutzes....46
Effizienz für den Klimaschutz....47
Umverteilung nach unten....47
Entscheidungsfindung der Politik....47
Derzeitige Entscheidungsmechanismen der Politik....47
Mehrheitsentschluss....47
2/3 Entschluss....48
Einstimmiger Beschluss....48
Wie funktioniert es beim systemischen konsensieren....48
Alle können bei der Entscheidungsfindung mitgestalten....48
Optimierung und der Selbstreinigungseffekt....48
Die Nulloption....49
Blockieren ist nicht möglich....49
Menschenrechte berücksichtigen....49
Wirksam werden in der Politik....49
Volksbegehren mit den konsensierten Lösungen....49
Gründung einer direktdemokratischen Partei....49
Gemeinschaftliches antreten als Wahlplattform....50
Wäre eine direktdemokratische Partei oder eine Wahlplattform nach diesem Muster populistisch?....50
Internationaler Klimaschutz....50
Was macht uns dumm und wie können wir schlaue Entscheidungen treffen....51
Verständnis schaffen....51
Ein nicht polarisierendes Entscheidungsverfahren nutzen....52
Beides ist notwendig....52
Ideologie dieser Plattform....53
Was ist das übergeordnete Ziel?....53
Unsere Thesen....53
Durch direkte Beteiligung kann die Bevorzugung bestimmter Gruppen vermindert werden....53
Polarisierung führt zu schlechten Entscheidungen....53
Entpolarisierung durch Entscheidungsverfahren ohne Stimmaufteilungseffekt....54
Anmerkung....54
Lizenz Bedingungen....54

Plattform für mehr direkte Demokratie - Systemic Consensing

Wir sind der Überzeugung, dass eine gemeinsame Gestaltung der Zukunft bessere Lösungen hervorbringt als diese nur durch eine rein repräsentative Politik möglich wäre. Wir haben eine Softwarelösung entwickelt, die es der Gesellschaft ermöglicht, gemeinsam Problemstellungen zu analysieren und Lösungen zu entwickeln. Durch diese transparenten und inklusiven Entscheidungsprozesse können wir ein besseres Verständnis für die Wünsche und Bedürfnisse der Bürger erlangen und Entscheidungsträger haben die Möglichkeit somit besser auf ihre Anliegen zu reagieren.

Ein wichtiger Aspekt unseres Konzeptes ist die Mehrheitsentscheidung zu hinterfragen und für die gestellten Herausforderungen passendere Verfahren zu nutzen. Verfahren welche helfen die Spaltung in der Gesellschaft zu reduzieren und Lösungen zu finden welche die Perspektiven und Werte aller Beteiligten berücksichtigen.

Eine kleine Geschichte über die Problematik von Mehrheitsentscheidungen und einen möglichen alternativen Umgang.

Zuerst einige Warums

Warum mehr direkte Demokratie und warum Mehrheitsentscheidungen ein Problem sind

Wir haben ja unsere gewählten BerufspolitikerInnen. Diese werden von uns bezahlt, damit sie in unserem Sinne Entscheidungen treffen. Dies ist leider nicht immer der Fall. Für mehr Informationen dazu hier klicken: Warum mehr direkte Demokratie.

Es gibt bereits ein großes Engagement für direkte Demokratie, jedoch wird oft nicht dabei genug darauf Wert gelegt wie wir dann gemeinsam entscheiden und die Mehrheitsentscheidung bleibt im Ergebnis daraus das Mittel der Wahl. Warum die Mehrheitsentscheidung jedoch nicht die richtige Wahl ist erfahren Sie in: Manifest gegen die Mehrheitsentscheidung.

Warum eine Softwareplattform?

Es gibt einige Möglichkeiten der direkten Demokratie. Es besteht die Möglichkeit ein Volksbegehren zu starten, und es gibt auch Beispielsweise Konvente oder Bürgerparlamente welche eine direktdemokratische Meinungsbildung ermöglichen. Es ist gut, dass es das gibt. Jedoch sind diese Veranstaltungen kostenintensiv, aufwendig zu Planen und lassen nur einen geringen Teil der Bevölkerung daran teilhaben. Daher ist es gut und richtig, dass parallel dazu auch eine Softwareplattform besteht, bei welcher ein viel größerer Teil der Bevölkerung die Möglichkeit hat, direktdemokratisch mitzuwirken.

Warum noch eine weitere Software

Es gibt aus unserer Sicht drei Kriterien welche eine Software für direkte Demokratie erfüllen sollte, um wirklich wirksam zu werden. Bisher gab es so eine Softwarelösung nicht, daher wurde diese hier erstellt. Diese drei Kriterien werden im Folgenden die drei Säulen genannt.

Fokus ist die Entwicklung von Lösungen, die Abstimmung ist nur der letzte Schritt



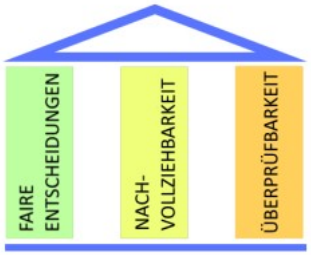
Fokus liegt in der Entwicklung der Lösungen, die Abstimmung ist nur der finale Schritt

Einfach damit zu beginnen über einen eingebrachten Vorschlag abzustimmen wird in der Regel keine guten Lösungen produzieren, da es für eine Themenstellung viele verschiedene Lösungen geben kann und so überhaupt nicht sichergestellt werden kann dass es sich um einen guten Vorschlag handelt welcher auch die Bedürfnisse der Bevölkerung berücksichtigt. Daher ist es sehr wichtig, dass verschiedene Lösungen zu einem Thema eingebracht werden können. Diese Vorschläge zueinander über Stimmungsbilder bewertet werden können und somit Möglichkeit bieten diese Vorschläge weiter zu verbessern und zu optimieren. Über hinterlegte Diskussionsseiten (Struktureller Aufbau der Software) können dabei von den Nutzern Verbesserungen angeregt und Schwächen aufgezeigt werden. Detailfragen eines Vorschlags können über Unterabstimmungen durch die Nutzer selbst optimiert werden.

Ziel ist es einen Wettbewerb der besten Ideen für ein Thema zu gestalten, wobei durch Feedbackmöglichkeiten die Vorschlagseigner informiert werden. Durch den speziellen Bewertungsalgorithmus (Algorithmus für ein faires entscheiden) wird dabei sichergestellt, dass alle Mitbewerten können und nicht nur die Mehrheit entscheidet (Manifest gegen die Mehrheitsentscheidung). Gleichzeitig werden faule Kompromisse durch den Wettbewerb der Ideen vermieden.

Die abschließende Abstimmung ist dabei 'nur noch' der finale Schritt um ein eindeutiges Ergebnis zu erhalten.

Die drei Säulen



Um eine wirksame direktdemokratische Meinungsbildung mittels einer Softwarelösung zu ermöglichen, müssen aus unserer Sicht drei Kriterien erfüllt sein:

1. **Faire Entscheidungen**: Die Software muss in der Lage sein, aus mehreren Entscheidungsalternativen und aus den Meinungen von Vielen eine gemeinsame Entscheidung zu ermitteln. Dieser Vorgang muss bestimmten Qualitätskriterien genügen. Näheres Erfahren Sie hier Algorithmus für ein faires entscheiden.
2. **Nachvollziehbarkeit**: Die Inhalte der Softwareplattform müssen von Moderatoren betreut werden, um beispielsweise verbotenen Inhalt wieder zu entfernen. Diese Eingriffe müssen nachvollziehbar sein, um Missbrauch dieser Macht der Moderatoren zu vermindern und geschehenen Missbrauch wieder Rückgängig machen zu können. Näheres dazu erfahren Sie hier. Warum Nachvollziehbarkeit wichtig ist und wie es erreicht werden kann
3. **Überprüfbarkeit**: Es muss bei getroffenen Entscheidungen das Ergebnis überprüfbar sein. Näheres dazu erfahren Sie hier. Warum Überprüfbarkeit so wichtig ist und wie es gewährleistet wird

Basisfunktion der Software

- Struktureller Aufbau der Software: Wie ist die Software strukturiert. Welche Diskussions- und Interaktionsmöglichkeiten bestehen.
- Der fünfstufige Entscheidungsprozess: Wie kommt man von der Themenwahl bis zum gemeinsam

entschiedenen Ergebnis.
- Anwendbarkeit und Ziele: Für wen ist diese Plattform gedacht und welche Ziele sollen erreicht werden.

Weitere Funktionen

- Registrierung von neuen Nutzern
- Unterabstimmungen
- Unterteilung in Ländern und Gemeinden
- Nutzung von Organisationen und Vereinen
- Community getriebene Themen- und Vorschlagsauswahl
- Bewertung nach der Familienwahlrechtsidee
- Wahl Listenerstellung **neu**

Dokumentation / Tutorials

- Für Anwender
- Für Administratoren und Moderatoren
- Installation und Setup

Weiteres

- Die 3+2 Hemmnisse der direkten Demokratie: Warum ist es für die direkte Demokratie so schwierig Einfluss auszuüben und was kann dagegen getan werden.
- Direktdemokratisches Model für Klimaschutz: Wie können wir gemeinsam für mehr Klimaschutz wirksam werden
- Entscheidungsfindung der Politik: Wie kann politische Wirksamkeit erreicht werden.
- Was macht uns dumm und wie können wir schlaue Entscheidungen treffen: Psychologischer Effekt, welcher für gemeinsame Entscheidungen berücksichtigt werden sollte
- Ideologie dieser Plattform: Was soll erreicht werden? Was ist das Ziel?
- Lizenz Bedingungen

Eine kleine Geschichte über die Problematik von Mehrheitsentscheidungen und einen möglichen alternativen Umgang

Drei Freunde Franz, Thomas und Karl möchten endlich einmal wieder gemeinsam kochen. Sie freuen sich auf einen gemütlichen Abend, an dem sie zusammen ein selbst gekochtes Dinner genießen. Damit sie rechtzeitig einkaufen können, beginnen sie frühzeitig mit der Planung und sammeln Essensvorschläge.

Schon beim ersten Austausch wird klar: Die Geschmäcker sind verschieden. Franz und Thomas sind sofort begeistert von der Idee, Erdnusshähnchen zuzubereiten. Sie lieben diese Kombination aus herzhaft und nussig. Für sie wäre das ein perfektes Gericht.

Für Karl hingegen ist dieser Vorschlag ein Problem. Er würde lieber ein Steak essen – und vor allem: Er ist allergisch gegen Erdnüsse. Das bedeutet, dass er beim Erdnusshähnchen nicht einmal mitessen könnte. Die Stimmung wird etwas gedrückt, denn niemand möchte, dass einer der Freunde ausgeschlossen ist.

Um zu einer Entscheidung zu kommen, probieren sie zwei verschiedene Methoden aus.

1. Lösungsansatz: Die klassische Mehrheitsentscheidung

Thomas schlägt vor, einfach abzustimmen.

„Das kennen wir doch alle, so wird es in der Politik auch gemacht“, meint er.

Franz stimmt zu, und so führen sie eine klassische Mehrheitsentscheidung durch.

Das Ergebnis ist eindeutig: 2 zu 1 für Erdnusshähnchen.

Doch sofort wird klar, dass dieses Ergebnis zwar formal korrekt ist, aber emotional nicht trägt. Karl ist enttäuscht – schließlich kann er das Gericht nicht essen. Und Franz und Thomas merken, dass sie sich mit dem Ergebnis auch nicht wohlfühlen. Was nützt ein „Sieg“, wenn ein Freund ausgeschlossen wird?

2. Lösungsansatz: Systemisches Konsensieren

Franz schlägt nun vor, eine andere Methode auszuprobieren: Systemisches Konsensieren. Thomas und Karl sind neugierig und einverstanden.

Der erste Schritt besteht darin, den Lösungsraum zu erweitern. Statt nur zwischen zwei Gerichten zu wählen, sammeln sie zunächst mal Wünsche an eine gute Lösung. Jeder sagt offen, was ihm wichtig ist:

- Karl: „Ich möchte nichts essen, worauf ich allergisch reagiere."
- Franz: „Mir ist wichtig, dass das Gericht eiweißreich ist."
- Thomas: „Ich hätte gerne etwas mit Hähnchen."

Mit diesen Anliegen und Bedürfnissen im Hinterkopf schlagen sie neue Gerichte vor: Brathähnchen, Pizza und Spaghetti. Karl fragt: „Wie entscheiden wir jetzt zwischen all diesen Vorschlägen?"

Franz erklärt das Prinzip des Systemischen Konsensierens in seiner einfachsten Form:

„Wir bewerten jeden Vorschlag unabhängig voneinander auf einer Widerstandsskala von 0 bis 10. 0 bedeutet: kein Widerstand, es ist OK. 10 bedeutet: maximaler Widerstand, für mich geht das gar nicht. Dann addieren wir die Werte pro Vorschlag. Das Gericht mit dem geringsten Gesamtwiderstand ist das, das für uns alle momentan am tragfähigsten ist. Das Ergebnis ist mal ein Stimmungsbild mit dem wir hoffentlich gut weiterkommen und uns vielleicht sogar entscheiden können."

Sie erstellen eine Tabelle und tragen ihre Bewertungen ein:

Gericht	**Franz**	**Thomas**	**Karl**	**Gruppenwiderstand**
Erdnuss-Hähnchen	0	0	10	10
Steak	1	2	0	3
Brathähnchen	1	0	1	**2**
Pizza	5	5	5	15
Spaghetti	0	5	5	10

Das Ergebnis ist eindeutig: Brathähnchen hat den geringsten Gruppenwiderstand.

Es erfüllt alle Bedürfnisse:

- Keine Allergene für Karl
- Eiweißreich für Franz
- Hähnchen für Thomas

Alle drei sind zufrieden – und dieses Mal fühlt sich die Entscheidung wirklich gut an. Sie kochen gemeinsam Brathähnchen und genießen einen harmonischen Abend.

Was ist hier eigentlich passiert?

Bei der Mehrheitsentscheidung zählt nur, wer die meisten Stimmen hat. Die Bedürfnisse der Minderheit bleiben unberücksichtigt:[1]

„Somit sind die Bedürfnisse der anderen 49 % unerheblich für das Ergebnis."

Sobald mehr als zwei Vorschläge im Raum stehen, wird das Ergebnis sogar oft zufällig oder verzerrt – weshalb relative Mehrheitsentscheidungen häufig vermieden werden.[2]

Beim Systemischen Konsensieren hingegen geht es nicht darum, die meisten Stimmen zu sammeln, sondern darum, **den geringsten Widerstand** zu erzeugen. Das bedeutet:

- Die Bedürfnisse aller werden sichtbar.
- Auch Minderheiten, wie hier der Allergiker, fließen voll in die Entscheidung ein.
- Der Lösungsraum wird erweitert.

---

[1] Manifest gegen die Mehrheitsentscheidung (https://systemic-consensing.org/de/index.php?title=Manifest_gegen_die_Mehrheitsentscheidung)
[2] Algorithmus für ein faires entscheiden (https://systemic-consensing.org/de/index.php?title=Algorithmus_f%C3%BCr_ein_faires_entscheiden)

- Es entsteht kein fauler Kompromiss, sondern eine Lösung, die für alle gut funktioniert. Der faule Kompromiss oder der kleinste gemeinsame Nenner würden höhere Widerstandsbewertungen erzeugen, wie z.B.: hier die Spaghetti, als eine Lösung welche die Bedürfnisse aller gut berücksichtigt.

So wird eine Entscheidungsqualität möglich, die sonst nur im kleinen Freundeskreis intuitiv entsteht – aber auch in großen Gruppen oder sogar ganzen Nationen funktionieren kann.

Warum mehr direkte Demokratie

In einer idealen Welt, bezahlen wir die Politiker dafür, dass diese im Sinne der Bevölkerung entscheiden. Direkte Demokratie wäre in diesem Fall kaum notwendig und hätte nur einen geringen Nutzen. Warum das jedoch nicht immer so ist soll hier erläutert werden.

TWEEDISM

Wir als die Bevölkerung haben die Möglichkeit die Parteien und über Vorzugstimmen aus Listen Personen zu wählen. Das Problem dabei ist, dass diese bereits einer Vorselektion unterlaufen sind. Wir haben es daher mit einem zweistufigen Prozess zu tun, bei dem die Bevölkerung im ersten Schritt, keine Möglichkeit hat es zu beeinflussen. Dieser Mechanismus wird TWEEDISM genannt.[3]. Für die USA ergibt sich daraus, dass der Einfluss des durchschnittlichen Wählers vernachlässigbar klein ist. (Siehe Abbildung 1). Für Deutschland belegt eine Studie aus dem Jahr 2016, das die Regierung systematisch den Wünschen der Reichen folgte.[4] Für Österreich liegen mir leider keine Untersuchungsergebnisse vor, doch es kann wohl ein ähnliches Ergebnis erwartet werden.

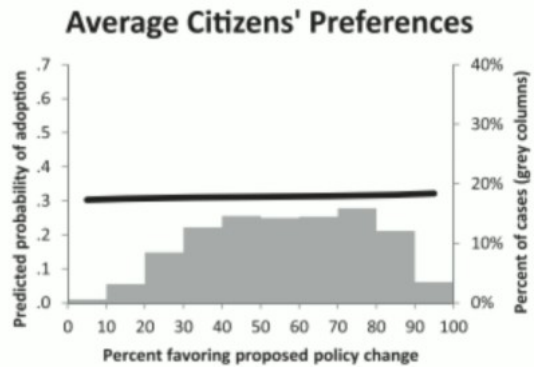


Abbildung 1:Einfluss durchschnittlicher Wähler auf politische Entscheidungen[5][6]

Postdemokratie

Das Konzept von der Postdemokratie stammt von Colin Crouch [7]. Es zeigt in eine ganz ähnliche Richtung wie TWEEDISM. Eine Kernaussage daraus lautet, dass so lange keine spezifischen Regulierungsmaßnahmen ergriffen werden, gibt es in einer kapitalistischen Wirtschaft keine Mittel, um die Umwandlung von wirtschaftlicher in politische Macht zu verhindern. Die Vermögenskonzentration ist dabei besonders vorteilhaft für die Ausübung von politischen Einfluss.[8]

[3] https://www.youtube.com/watch?v=PJy8vTu66tE
[4] https://link.springer.com/article/10.1007/s41358-017-0097-9
[5] https://youtu.be/PJy8vTu66tE?feature=shared&t=521
[6] https://www.cambridge.org/core/services/aop-cambridge-core/content/view/62327F513959D0A304D4893B382B992B/S1537592714001595a.pdf/div-class-title-testing-theories-of-american-politics-elites-interest-groups-and-average-citizens-div.pdf
[7] https://en.wikipedia.org/wiki/Colin_Crouch
[8] https://www.armutskonferenz.at/media/crouch_postdemokratie_2020.pdf

Parteiprogramme

Die Parteiprogramme der einzelnen Parteien lesen sich in der Regel ja sehr freundlich gegenüber der durchschnittlichen Bevölkerung. Dies ist auch verständlich, da das Parteiprogramm ja wesentlichen Einfluss auf das Wahlergebnis haben wird. Eine Partei, mit einem Programm, gegen die durchschnittliche Bevölkerung ausgerichtet, würde wohl nur einen geringen Prozentsatz der Stimmen erhalten. Dabei entstehen jedoch zwei Probleme

1. Parteien stimmen die Programme auf maximalen Erfolg bei Wahlen ab

Bei der Positionierung geht es oft nicht nur um die Verwirklichung der politischen Ausrichtung, sondern auch z.B. um die Abgrenzung zu anderen Parteien oder um Darlegung von Positionen die den Wahlerfolg maximieren sollen. Wenn man Beispielsweise in den letzten Jahrzehnten nicht nur bei den Pensionen auf das Umlagerentensystem, sondern man sich gewünscht hätte, dass auch zusätzlich auf ein Kapitaleinkommen gedecktes staatlich System gesetzt wird, so hat es unseres Wissens nach keine Partei gegeben, die diese Position vertreten hat.[9]

2. Die Umsetzung finden nicht im erwarteten Ausmaß statt

Zwischen Parteiprogramm und Umsetzung gibt es zwei weitere Probleme.

1. Schafft es eine Partei nicht in eine Regierungskoalition, so hat das Parteiprogramm nicht viel Bedeutung. Die regierenden Parteien bestimmen ja was beschlossen wird.
2. Regierungsparteien müssen zuerst mal Koalitionsverhandlungen führen, um dann gemeinsam zu regieren. Das eröffnet viele Möglichkeiten sich ungeliebter Punkte des eigenen Parteiprogramms zu entledigen, sofern man dies möchte. Die Argumentation dazu ist einfach: "Um gemeinsam zu regieren, muss halt jede Partei sich auf Kompromisse und Zugeständnisse einlassen. Da ist es logisch das nicht das ganze eigene Programm umgesetzt werden kann."

Ein Beispiel dazu

Diese Überlegungen hier bei diesem Beispiel beruhen rein auf Vermutungen, und es gibt keine Evidenz dafür warum wirklich so Entschieden wurde. Diese wird es aus verständlichen Gründen im Normalfall nicht geben.

Das Thema **Volksbegehren mit verbindlicher Volksabstimmung** war 2017 Wahlkampfthema bei FPÖ und ÖVP.[10] Wobei für die FPÖ zuerst 150.000 Stimmen angedacht waren welche dann auf 250.000 Stimmen revidiert wurden. Die ÖVP wollte 10 Prozent der Wahlberechtigten, also rund 640.000 Stimmen.

Die beiden Parteien sind in Regierungsverhandlungen getreten und haben sich schließlich bei diesem Thema auf 900.000 Stimmen geeinigt. Als Kompromiss wäre meiner Meinung nach eher ein Wert zwischen den beiden im Wahlkampf vorgebrachten Werten zu erwarten gewesen. Wenn beispielsweise die FPÖ vorher bekannt gibt, dass es unter 700.000 Stimmen im Wesentlichen eine Verhöhnung der Menschen sei, und dann bei den Koalitionsverhandlungen ein Wert herauskommt, der höher ist, als der des Koalitionspartners dann kann man sich schon darüber wundern. Durch das Ibiza Problem ist dann die Regierung nicht lange genug im Amt gewesen um das dann umzusetzen.

An diesem Beispiel ist meiner Meinung nach gut zu erkennen, welchen Spielraum die Parteien haben das Regierungsprogramm zusammenzustellen, ohne dass es auch nur zu merklichen Widerstand aus der Bevölkerung direkt kommt.

Populismus

Was unter Populismus (von lateinischen populus ‚Volk') zu verstehen ist, wird recht unterschiedlich definiert. Eine gängige Definition ist die Abgrenzung zwischen Eliten und der Bevölkerung.[11] Wobei die populistische Partei den Anspruch für sich hat die Interessen der Bevölkerung zu vertreten. Wie oben gezeigt wurde, ist dies auch wichtig und richtig dies zu verfolgen, da wissenschaftliche Studien genau diese Problematik belegen. Was jedoch bei den als populistisch geltenden Parteien zu vermissen ist, dass sie transparent machen, wie der Wille der Bevölkerung überhaupt ermittelt wurde oder wird. Denn dies ist keine einfache Aufgabe, es müssen zu

[9] https://youtu.be/FS11BzcVKH4?si=u84QQz3Gb-j0b6fN&t=356
[10] https://kontrast.at/volksbegehren-die-fpoe-will-150-000-unterschriften-als-grenze-und-einigt-sich-mit-der-oevp-auf-900-000/
[11] https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/75848/wesensmerkmale-des-populismus/

einem Thema verschiedene Lösungsmöglichkeiten in fairer Weiße zueinander abgefragt und bewertet werden (siehe Faire Entscheidungen (Algorithmus für ein faires entscheiden)). Wenn der Anspruch auf die Umsetzung des Willens der Bevölkerung gemacht wird, dann sollte auch transparent gemacht werden, wie dieser Wille ermittelt wurde.

Ein weiteres Problem besteht für populistische Parteien darin, dass in einer Regierung die Koalition mit einer Elitenpartei gelingen muss, wenn regiert oder mitregiert werden soll (mit der unwahrscheinlichen Ausnahme: die Partei erhält mehr als 50 % der Stimmen). Auch hier werden von den als populistisch geltenden Parteien keine Konzepte vorgelegt, obwohl es durchaus Möglichkeiten gäbe (siehe dazu Direktdemokratische Partei (Gründung einer direktdemokratischen Partei)).

Die meisten als populistisch geltenden Parteien wären besser als pseudo-populistisch zu kategorisieren. Weil die Meinungsermittlung der Bevölkerung nicht transparent erfolgt und daher viel Spielraum besteht eigene Ziele vorzuschieben, und Koalitionsverhandlungen die Parteiziele meist völlig im Sinne einer Elitenpolitik verwässert. Die populistische Kommunikation wird dann von diesen Parteien gewählt, da der Bürger auch fühlt, dass die Politik für die Eliten gemacht wird und es daher in diesem Bereich ein großes Wählerpotential gibt. Die Handlungen selbst bleiben jedoch weitestgehend ununterscheidbar zu den nicht populistischen Parteien.

Warum ist Pseudopopulismus so erfolgreich

Die pseudopopulistischen Parteien haben in vielen Ländern einen großen Zuspruch. Warum das so ist, neben den Weltbild bzw. Ideologie die diese Parteien vertreten und manche Menschen damit resonieren, dürften vor allem zwei Gründe dafür maßgeblich sein:

1. Vertrauen in diese Parteien

Ein großer Teil der Bevölkerung hat weder die Zeit, noch die Motivation sich tiefer mit den Hintergründen und tatsächlichen Handlungen dieser Parteien zu befassen. Wenn die Message einer Partei es ist, für die Bevölkerung zu sein und es den 'Eliten' schwer zu machen, dann ist das was viele denken das es braucht und es sinnvoll wäre wenn dies so umgesetzt wird. Zudem kommt noch, dass in den Massenmedien gar nicht darüber aufgeklärt wird, dass es sich hier gar nicht um 'echten' Populismus handelt. Daher bleibt die Annahme, dass durch wählen dieser Parteien endlich Politik für die Bevölkerung gemacht wird.

Zudem bieten diese Parteien meist einfache Rezepte an, wie ein Sachverhalt gelöst werden kann.[12] Das kommt gut an, ist jedoch auf häufig der Grund, warum diese Parteien in der Regierungsverantwortung dann scheitern.[13] Beispielsweise wird gefordert die CO2 Bepreisung zu stoppen. Die Einnahmen dieser CO2 Bepreisung werden ohnehin wieder als Klimabonus ausgeschüttet. Es wird also nicht teurer, weil das Geld wieder ausgeschüttet wird, sondern ist eine elegante Methode die wirtschaftliche Entwicklung hin zu weniger CO2 Ausstoß zu entwickeln. Es müssen, neben den Klimafolgen, ja auch EU Vorgaben eingehalten werden welche sonst zu hohen Strafzahlungen führen würden.[14]. Zudem wird 2027 durch die Erweiterung des EU-Emissionshandels ein CO2 Preis eingeführt.[15] Warum der Versuch diese CO2 Bepreisung zu entfernen, wenn jetzt schon klar ist dass diese schon in kurzer Zeit wieder eingeführt werden muss? Wenn nur die CO2 Bepreisung gesehen wird und nicht weiter auf die Implikationen die damit zusammenhängen, weil man gar nicht die Zeit oder Motivation dafür hat das weitergehend durchzudenken, dann kommt das natürlich super an. Niemand kann für alle Problemstellungen dass gesamte erforderliche Wissen haben, und das wird von diesen Parteien ausgenutzt.

2. Motivation schaffen für die nicht populistischen Parteien

Vielen ist es bewusst, auch wenn sie nicht auf wissenschaftliche Studien schauen, dass Politik für die Eliten betrieben wird. Sie sind sich auch darüber bewusst, dass es sich hier um keine echten populistischen Parteien handelt, sondern eben um Pseudopopulismus. Sie wählen diese pseudopopulistischen Parteien aber trotzdem, weil diese Parteien die Aussage des Populismus vertreten. Also Politik für die Bevölkerung zu machen. Das Wählen dieser als populistisch geltenden Parteien soll bei den anderen Parteien die Motivation stärken, endlich was für die Bevölkerung zu machen. Also die Erwartungshaltung, dass diese als populistisch angesehenen Parteien etwas dann wirklich für die Bevölkerung tun ist gar nicht gegeben, sondern dient als Motivation. Man

[12] https://www.lpb-bw.de/populismus
[13] https://m.politik-lexikon.at/populismus/
[14] https://www.derstandard.at/story/2000125872772/rechnungshof-warnt-vor-milliarden-kosten-wegen-verfehlter-klimaziele
[15] https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20240516_OTS0001/nationalrat-ab-2027-wird-die-nationale-co2-bepreisung-durch-den-eu-ets-ii-ersetzt

spricht dabei auch von 'Denkzettelwahl' oder 'Protestwahl'.[16]

Das interessante, aber auch logische Verhalten der Parteien, welche eine Denkzettelwahl zu erwarten haben ist nicht etwa zu sagen, ja wir werden nun endlich auch Politik für die breite Bevölkerung machen, sondern die populistischen Parteien als unwählbar oder als nicht koalitionsfähig darzustellen. Somit kann die bisherige Politik weiter betrieben werden, mit der Erwartung nicht zu viele Stimmen zu verlieren.[17]

Kein Vorwurf gegen die Mitglieder von Parteien

Wie hier beschrieben, erscheinen sowohl die 'etablierten' als auch die, als populistisch geltenden Parteien als wenig geeignet Politik für die Bevölkerung zu machen. Das bedeutet jedoch nicht das die Parteimitglieder selbst deswegen das Problem dabei sind. Vielmehr ist es wohl was Robert Michels bereits vor mehr als 100 Jahren herausgefunden hat, dass Parteien immer dazu tendieren Strukturen mit oligarchischen Machteliten auszubilden. Bekannt als das Ehernes Gesetz der Oligarchie.

Daher wäre es auch sinnvoll, wenn die Parteien selbst sich überlegen, wie sie dieser Entwicklung entgegenwirken können. Wenn es schon eine starke direkte Demokratie im Land gibt, dann wird dieser Prozess leichter fallen, da diese eine Konkurrenz darstellt. Und mehr direkte Demokratie wollen doch die allermeisten Parteien, oder?

Warum also mehr direkte Demokratie

Die repräsentative Demokratie ist ein gutes und wichtiges Mittel, um zu verhindern, dass diktatorische Machtstrukturen entstehen. Es ist jedoch nicht sehr gut dafür geeignet, dass auch die Wünsche und Bedürfnisse der durchschnittlichen Bevölkerung erfüllt werden. Mit der direkten Demokratie ist es möglich die Bedürfnisse der Bevölkerung genauer zu erfassen und Lösungen dafür zu entwickeln. Dies wäre zwar mit einer repräsentativen Demokratie auch gut möglich, da die notwendigen Informationen vorliegen und genügend Repräsentanten im Parlament sitzen, es funktioniert nur nicht. Der eigentlich wichtige Punkt für die direkte Demokratie ist, wie oben gezeigt, dass die rein repräsentative Demokratie nicht im Sinne der Bevölkerung arbeitet. Nur mit einer direkt demokratischen Meinungsbildung wird es möglich sein, dass auch die politischen Entscheidungen im Sinne der Bevölkerung erfolgen werden.

WICHTIG: Es geht nicht darum herauszufinden wer der Böse ist, oder wer beschuldigt werden kann. Es geht viel mehr darum zu verstehen, warum das jetzige System nicht genügend gute Lösungen für die Probleme der heutigen Zeit liefern kann, um daraus wirksame Ansätze zur Korrektur zu entwickeln.

Die auf diesen Seiten vorgeschlagenen Methoden sind keine endgültigen Lösungen, sondern dienen als Schritt in die richtige Richtung. Durch ihre Anwendung werden neue Erkenntnisse gewonnen, die wiederum zu Weiterentwicklungen oder sogar völlig neuen Ansätzen führen können.

Manifest gegen die Mehrheitsentscheidung

Die Mehrheitsentscheidung wird derzeit sowohl im privaten als auch in politischen Kontext als faires Mittel um zu einer Entscheidung zu gelangen erachtet. Doch ist das wirklich so?

Die zwei großen Probleme der Mehrheitsentscheidung

Durch die Mehrheitsentscheidung werden im Vergleich zu einer Alleinentscheidung (diktatorische Entscheidung) alle mit in die Entscheidung mit eingebunden. Das hat den Vorteil, dass die Gruppe oder die Bevölkerung nicht von der Willkür einiger weniger abhängig ist. Dieser Vorteil in der Kombination der Einfachheit hat wohl dazu geführt, dass die Mehrheitsentscheidung als allgemein akzeptierter Standard für gemeinsames Entscheidungen verwendet wird. Doch es gibt zwei große Nachteile dieser Entscheidungsmethodik:

1. Die Überstimmten haben kein Stimmgewicht in der Entscheidung
2. Einschränkung der Lösungsoptionen

Die Überstimmten haben kein Stimmgewicht in der Entscheidung

Wenn jemand eine Entscheidung zu einem bestimmten Sachverhalt durchführt, dann ist sein oder ihr Ziel mehr als die Hälfte aller Stimmen für sich zu gewinnen. Um diese 51 % möglichst zu erreichen, kann es für die 4 9%

[16] https://www.dwds.de/wb/Denkzettelwahl
[17] https://youtu.be/k72g7Sc90ZQ?si=wzFQM8wOCBOYol3b&t=3521

durchaus viel schlechter werden. Es spielt nämlich in der Entscheidung keine Rolle ob die 49% gleich gut, besser oder eben schlechter danach da stehen. Möchte man also die 51 % erreichen, dann kann man und wird es im Normalfall auch tun, den Entscheidungsvorschlag für die Mehrheit optimieren. Dabei wird es häufig so sein, dass die Besserstellung der Mehrheit dadurch optimiert wird, dass es für den Rest schlechter wird. Es spielt keine Rolle für das Entscheidungsergebnis wie schlecht es für die 49 % wird, aber es erhöht die Bereitschaft dafür zu Stimmen für die die davon profitieren. Im Ergebnis führt die Mehrheitsentscheidung also oft zu sehr unfairen Situationen der betroffenen.

Einschränkung der Lösungsoptionen

Eine Thema bzw. Problemstellung lässt sich oft auf vielfältige Art und Weise lösen. Wird die Mehrheitsentscheidung herangezogen, so können die Abwägungen nicht transparent und geordnet erfolgen. Über mehrere Lösungsvarianten abstimmen zu lassen würde sofort zu einem Stimmaufteilungsproblem führen, bei denen zueinander ähnliche Lösungen benachteiligt würden. Ohne diese geordneten Abwägungen zwischen den Lösungsvarianten kommt dann eine Entscheidungsvariante zur Entscheidung, die alles andere als optimal für die Gesamtheit ist.

Eine weitere Variante ist, dass bereits eine kleine Gruppe den Entscheidungsvorschlag vorbereitet hat und dieser dann auch zur Entscheidung gebracht wird, ohne dass noch adäquat abgewogen werden kann, ob es nicht noch viel bessere Vorschläge für den Sachverhalt geben würde.

Ein Nein zur Mehrheitsentscheidung

Die Mehrheitsentscheidung führt, wie hier gezeigt wurde, zu keinen guten Entscheidungen. Zudem zeigt die wissenschaftliche Betrachtung (Abbildung 1), dass nur noch die Zufallsauswahl schlechter abschneidet als die Mehrheitsentscheidung. Aus diesen Gründen sollten wir speziell im politischen Kontext nicht weiter auf die Mehrheitsentscheidung vertrauen, sondern zu Methoden wechseln, welche diese Nachteile nicht in sich tragen. Mehr finden Sie dazu in Faire Entscheidungen (Algorithmus für ein faires entscheiden).

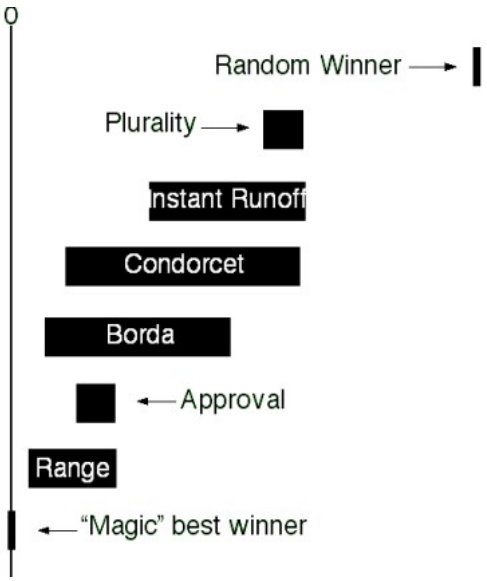


Abbildung 1: Bayische Verlustfunktion (entspricht sinngemäß das Bedauern einer Entscheidung) für verschiedene Entscheidungsmethoden.[18]

Algorithmus für ein faires entscheiden

Es gibt Entscheidungen, die kann jede Person für sich selbst treffen. Zum Beispiel, wie verbringe ich meinen Abend. Es gibt jedoch Entscheidungen, da ist es praktisch erforderlich oder zumindest sinnvoll, das man zu einer gemeinsamen Entscheidung gelangt. Beispielsweise, fahren wir im Linksverkehr oder Rechtsverkehr wird aus naheliegenden Gründen eine gemeinsame Entscheidung sinnvoller sein. Bei der Politik geht es ja meist darum eine Entscheidung zu treffen, welche eine Vielzahl von Personen betrifft. Daher ist es auch für den Entscheidungsalgorithmus für die direkte Demokratie wichtig, dass dieser die Fähigkeit besitzt aus vielen einzelnen Meinungen eine gemeinsame Meinung bzw. Entscheidung zu ermitteln.

[18] https://rangevoting.org/BayRegsFig.html

Aber was ist nun eine faire Entscheidung? Eine faire gemeinsame Entscheidung sollte bestimmten Mindestanforderungen genügen. Eine Liste solcher Anforderungen hat Nobelpreisträger Kenneth Arrow in seiner Arbeit zum allgemeinen Unmöglichkeitstheorem formuliert. Für die Betrachtungen hier reicht allerdings eine einfachere Anforderungsanalyse aus. Für eine faire gemeinsame Entscheidung sollten diese beiden Bedingungen möglichst gut erfüllt sein:

1. **Mehrere Entscheidungsalternativen**: Der Entscheidungsalgorithmus darf nicht auf eine einfach Ja/Nein oder A versus B oder 'Soll das umgesetzt werden oder nicht' reduziert sein. Denn im Normalfall gibt es für einen bestimmten Sachverhalt oder Themenstellung eine Vielzahl von verschiedenen Lösungen. Kann der Algorithmus nicht damit umgehen, dann muss im Vorfeld auf eine Variante reduziert werden. Also das Entscheidungsproblem wird dadurch nur vorverlegt und nicht gelöst.
2. **Jede Stimme soll möglichst gleich viel zählen**: Nehmen wir an, es gibt drei Entscheidungsalternativen A, B und C. Wobei B beliebter als A ist, C beliebter als A ist. B und C sind jedoch sehr ähnliche Alternativen. Würde man hier die relative Mehrheitsentscheidung anwenden. Dann würden sich die Stimmen auf B und C aufteilen, während A als alleinstehend profitieren würde. A würde gewinnen, obwohl es die unbeliebteste Alternative ist. Da sich die Stimmen auf B und C aufgeteilt haben, waren sie weniger wert. Das ist also ein Algorithmus der diese Bedingung nicht gut erfüllt.

In seiner Arbeit zum allgemeinen Unmöglichkeitstheorem hat er mathematisch belegen können, dass es keinen Algorithmus gibt der Präferenzordnungen einzelner Personen zu einer gemeinsamen Präferenzordnung aggregieren kann, welche als fair betrachtet werden kann. Die Möglichkeit aus diesem Dilemma herauszukommen ist es, die Meinungen der einzelnen Personen nicht zu Präferenzordnungen (= vergleichendes Wählen) zur reduzieren, sondern diese einfach als Wert (Punkte an einer Werteskala = bewertendes Wählen) zu erfassen. Die Lösung zu einer fairen Lösung wird trivial einfach. Die Punkte werden zusammengezählt. Die Alternative mit den meisten Punkten ist der Gewinner.

Jedoch wenn es so einfach ist, warum entscheidet dann nicht die ganze Welt so? Warum machen wir Mehrheitsentscheidungen und andere kompliziertere Verfahren wie beispielsweise Borda-Wahl, Condorcet,... ? Weil dieses einfache wertende Verfahren einen beweisbaren Nachteil hat. Es würde im Laufe der Zeit die Menschen dazu animieren strategisch zu wählen. Die persönlich akzeptablen Entscheidungsvarianten würde die volle Punkteanzahl erhalten, und alle anderen alternativen 0 Punkte. Das Entscheidungssystem würde entarten, und der ehrliche Wähler würde einen Nachteil haben.[19][20] Zusammengefasst, es ist nicht immun gegen strategisches wählen.

Die Lösung

Dieses Problem wurde 2014 bei einer Debatte an der Universität von Oregon gelöst[21]. Es kombiniert bewertendes und vergleichendes wählen in einer neuen einzigartigen und einfachen Art und Weise. Es wird STAR VOTING genannt.

Der Algorithmus

Das Wort STAR steht für 'Score - Then - Automatic - Runoff'. Der Ablauf ist dabei folgender:

1. **Erfassen**: Es werden alle Stimmen anhand einer bewertenden Skala erfasst.
2. **Bewerten**: Es wird mit diesen Stimmen über die Summenbildung eine Rangordnung der Entscheidungsvarianten gebildet.
3. **Vergleichen**: Es wird anhand der der Stimmen der besten zwei Entscheidungsvarianten ein Sieger ermittelt. Bei diesem Schritt wird jedoch nicht die Summe gebildet, sondern jeweils nur gezählt, ob der jeweilige Wähler den erst- oder den zweitplatzierten höher gewertet hat. Es findet also eine Stichwahl zwischen den besten beiden Varianten statt. Es werden die Stimmen nicht nochmals erfasst, sondern auf diese angewendet.
4. **Ergebnis**: Die Siegesvariante ist nun die, welche im Runoff (Stichwahlschritt) gewonnen hat.

Die Eigenschaften

Das Star Voting zeichnet sich durch fünf Eigenschaften aus:[22]

---

[19]Seite 5: Honest voters and utility voting
https://www.rangevoting.org/WarrenSmithPages/homepage/rangevote.pdf
[20]https://voteupapp.com/blog/strategic-voting
[21]https://youtu.be/aiQ9Z5sME00?t=249
[22]https://youtu.be/aiQ9Z5sME00?t=135

- **Gleichheit**: Jede Stimme wird gleich gezählt. Es kommt nicht zu einem aufsplitten bei ähnlichen Kandidaten.
- **Ehrlichkeit**: Es veranlasst den Wähler seine ehrliche Wahl zu machen und nicht auf Taktiken, wie z.B.: das Wählen des geringeren Übels um eine bestimmte Person zu verhindern.
- **Genauigkeit**: Es bildet mit hoher Genauigkeit den Wählerwillen ab.
- **Einfachheit**: Es ist sowohl für den Wähler als auch in der Auswertung einfach.
- **Expressivität**: Der Wähler kann seinen Willen differenziert zum Ausdruck bringen.

Gleichheit

Der Gleichheitsbegriff in der Wahltheorie hat sich in den letzten Jahrzehnten gewandelt. Um als gleich zu gelten, ist es nicht nur erforderlich, dass jede Stimme gleich viel zählt, sondern das Wahlverfahren auch den Test des Gleichgewichts (Englisch: test of balance) besteht.[23] Das bedeutet, wenn eine Person A eine bestimmte Wahl abgibt, dann muss auch eine Person B die Möglichkeit haben eine Gegenstimme abzugeben, welche die Stimme von Person A ausgleichen kann. Dies ist bei dem bisherigen Verfahren nicht der Fall, wird aber von STAR VOTING erfüllt. Diese Eigenschaft ist wichtig, da sie die oben beschriebene Problematik der Stimmaufteilung löst.

Ehrlichkeit

Durch den Stichwahlschritt im STAR VOTING wird der Person jeglicher Anreiz genommen strategisch zu wählen (Abbildung 1). Im Chart wird dargelegt wie hoch die Wahrscheinlichkeit ist, dass das strategische Wählen funktioniert, oder das es nach hinten losgeht. Wenn es gleich wahrscheinlich oder wahrscheinlicher ist, dass es nach hinten losgeht, dann gibt es keinen Anreiz strategisch zu wählen.

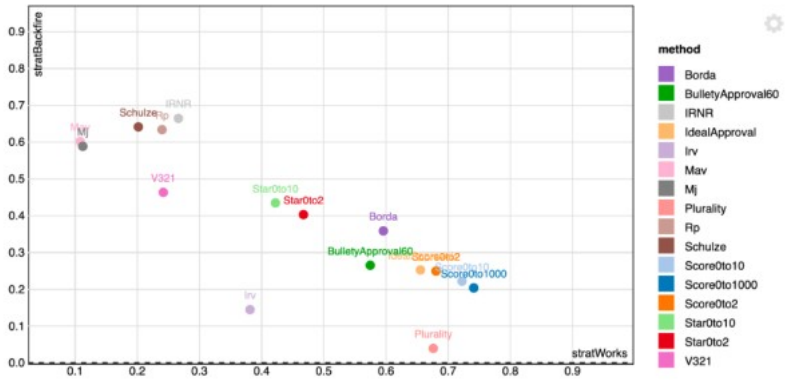


Abbildung 1: Strategisches wählen. Wahrscheinlichkeiten für Erfolg und nach hinten losgehen für verschiedene Entscheidungsalgorithmen

Genauigkeit

STAR VOTING liefert im Vergleich mit anderen Wahlverfahren die besten Ergebnisse hinsichtlich Genauigkeit. Siehe dazu: STAR VOTING accuracy. Die Genauigkeit ist eine wichtige Eigenschaft, bei der unser Mehrheitswahlsystem sehr schlecht abschneidet. Besonders beeindruckend ist für mich, die grafischen Simulationen die dafür gemacht wurden. [24]

Einfachheit und Expressivität

Der Wähler kann mit diesem Verfahren nun einfach und differenziert seinen Wunsch äußern. Er kann Entscheiden, welche Variante er keinesfalls möchte, welche Varianten OK währen und welches oder welche er unbedingt haben möchte. Er muss nicht mehr seine Meinung auf ein einzelnes Kreuzerl reduzieren, sondern kann seine gesamte Meinung zum Ausdruck bringen, und dass in einer einfachen Art und Weise.

Bewertungsmaßstab

Wie der Bewertungsmaßstab anhand der die Wähler Ihre Meinung in das System eingeben, hat auch Einfluss

[23] https://www.starvoting.org/equal_vote
[24] https://www.youtube.com/watch?v=-4FXLQoLDBA

auf das Ergebnis. Diese Software nutzt den systemischen konsensieren Maßstab. Ein Maßstab, bei welchem der Widerstand zur jeweiligen Entscheidungsvariante erfasst wird. [25]

Warum wird dieser Maßstab hier genutzt?

Verlustaversion

Die Nobelpreisträger Kahneman und Tversky haben in ihren Arbeiten herausgefunden, dass die Tendenz besteht Verluste höher zu gewichten als Gewinne. Das bedeutet zum einen, dass zwischen Gewinn und Verlust eine unterschiedliche Gewichtung vorliegt. Daher würde ein Bewertungsmaßstab von Gewinn bis Verlust zu erheblichen Verzerrungen führen. Da der Verlustbereich vom Menschen sensitiver wahrgenommen wird, macht es Sinn diesen auch für die Bewertung heranzuziehen.

Optimierungstheorie

Gibt es mehrere Vorschläge zu einem Thema, so stellen diese zumindest für die Autoren dieser Vorschläge meist ein Optimum dar. Erfolgt dann die Bewertung über den Widerstandsmaßstab, so kann das Ganze als Optimierungsaufgabe gesehen werden. Nämlich die Widerstände zu den einzelnen Lösungen hin zu optimieren. Der Vorschlag, dem es gelingt möglichst wenig Widerstand zu kreieren, wird gewinnen. Ein Vorschlag mit dem geringsten Widerstand ist gleichzeitig auch der Vorschlag mit der höchsten Akzeptanz. Eine hohe Akzeptanz ist genau das, was wir für Gruppenentscheidungen im Allgemeinen als auch für politische Entscheidungen im Speziellen haben möchten.

Diese Bewertungsmethode nach dem Widerstand ist entstanden durch Versuche von den Entwicklern dieser Methode. Es hat sich gezeigt, dass die Optimierung und die Akzeptanz der erarbeiteten Lösung am besten sich über diesen Bewertungsmaßstab realisieren lässt.

Eine häufig gestellte Frage ist hier, ob es nicht dadurch zum minimalen Kompromiss oder kleinsten gemeinsamen Nenner als Lösung kommt. Die Antwort darauf ist ein klares NEIN. Es können die Vorschläge optimiert, als auch neue Vorschläge zu einem Thema eingebracht werden. Dabei kann auch der 'minimal Kompromiss' Vorschlag sein. Es können aber auch, und es werden auch Vorschläge eingebracht werden, welche besser die Bedürfnisse der Beteiligten erfüllen. Diese Vorschläge werden daher auch weniger Widerstand erhalten und besser bewertet werden als der 'minimale Kompromissvorschlag'. Daher wird sich nicht der 'minimale Kompromissvorschlag' durchsetzen können, sofern es bessere Lösungen für die beteiligten gibt.

Systemische Betrachtung

Wenn es um die Entscheidungen einer Gruppe von Personen geht, kann das eingesetzte Verfahren einen großen Einfluss auf den Ausgang haben. In diesem Kontext ist es wichtig, die Perspektiven und Werte aller Beteiligten zu berücksichtigen.

Beispiel: 3 Freunde wollen gemeinsam ein Dinner kochen [26]

Wenn drei Freunde gemeinsam ein Dinner kochen möchten und zwei davon möchten gerne Erdnuss-Hähnchen kochen und die dritte Person ist allergisch auf Erdnüsse, dann hängt es davon ab, was sie kochen, mit welchen Verfahren sie entscheiden:

1. **Mehrheitsentscheidung:** Sie kochen das Erdnuss-Hähnchen. Zwei der Freunde können ihr Lieblingsgericht essen. Der dritte Freund geht leer aus, und fühlt sich unzufrieden.
2. **Entscheidung bei der möglichst alle zufrieden sind:** Gute Freunde würden die Allergie des dritten Freundes mit berücksichtigen und nach einem Gericht suchen, sodass alle das Essen genießen können.

Formalisierung

Wie im Beispiel gezeigt wurde, ist es nicht ausreichend, einfach auf die Mehrheit zu setzen, wenn Entscheidungen getroffen werden. Stattdessen sollten wir ein Verfahren nutzen, welches die Perspektiven und Werte aller Beteiligten berücksichtigt. Dies kann erreicht werden, indem man die Auffassungen der

[25] https://sk-prinzip.eu/methode/

[26] Eine kleine Geschichte über die Problematik von Mehrheitsentscheidungen und einen möglichen alternativen Umgang (https://systemic-consensing.org/de/index.php?title=Eine_kleine_Geschichte_%C3%BCber_die_Problematik_von_Mehrheitsentscheidungen_und_einen_m%C3%B6glichen_alternativen_Umgang)

Minderheitsgruppe in den Entscheidungsprozess einbezieht. Um auch für größere Gruppen und sogar für ganze Nationen diese Art und Weise der Lösungsfindung zu ermöglichen und damit insgesamt eine höhere Zufriedenheit zu schaffen wurde das Vorgehen der guten Freude formalisiert.

Einfach ausgedrückt, geht es darum gemeinsam eine Lösung zu finden die auch bei möglichst niemanden eine hohe Ablehnung oder Widerstand auslöst. Das bedeutet, dass auch die Ablehnung, in diesem Fall dem Gericht, im Entscheidungsverfahren mit einfließen kann. Das Ziel ist es eine gute Lösung für alle zu finden und nicht eine Mehrheit die Minderheit überstimmt.

Teil dieses Verfahrens ist es die verschiedenen Lösungen unabhängig voneinander bewerten zu können und durch die Erfassung der Widerstände die Entscheidungsfindung ähnlich derer guter Freunde zu gestalten. Denn letzten Endes wollen wir ja gemeinsam als Gesellschaft kooperativ leben.

Warum Nachvollziehbarkeit wichtig ist und wie es erreicht werden kann

In einer Software in welcher Themen und Vorschläge erstellt werden und diskutiert wird, ist Betreuung durch Moderatoren absolut notwendig. Es muss darauf geachtet werden, dass die Netiquette eingehalten wird. Das verbotene Inhalte gelöscht werden. Das im Rahmen der Menschenrechte diskutiert und auch Vorschläge und Themen erstellt werden. Des Weiteren muss für Übersichtlichkeit gesorgt werden. Das heißt, welche Themen können zugelassen werden? Welche Vorschläge können zusammengefasst werden?

Um diese Betreuungsfunktionen ausführen zu können, brauchen die Moderatoren erweiterte Rechte. Das bedeutet aber auch das die Möglichkeit besteht manipulierend in das System einzugreifen. Beispielsweise Vorschläge zu löschen, obwohl diese nicht gegen die Regeln verstoßen, um die persönliche Meinung des Moderators durchzusetzen. Diese Machtposition hat natürlicherweise ein gewisses Verführungspotential. Daher muss die Software Möglichkeiten bieten, dies zu unterbinden oder zumindest möglichst stark zu reduzieren.

Nachvollziehbarkeit

Diese Diskussions- und Entscheidungssoftware nutzt MediaWiki als Framework. MediaWiki welches die Software von Wikipedia ist darauf ausgerichtet mit dieser Problemstellung umzugehen. Dabei sind entscheidend:

Versionskontrolle

Die Themen und Vorschläge unterliegen einer Versionskontrolle. Es ist jederzeit nachvollziehbar, wer welche Änderungen gemacht hat. Nutzt beispielsweise ein Moderator seine Rechte um z.B. einen Vorschlag abzuändern, so wird das in der Historie sichtbar. Es kann dann z.B. der Autor des Vorschlags sich über die ungerechtfertigte Änderung beschweren. Die Änderung kann in der Folge dann nachvollzogen werden. Der Moderator muss damit rechnen aufgedeckt zu werden und seiner Tätigkeit enthoben zu werden. Die Änderung kann dank der Versionskontrolle rückgängig gemacht werden.

Log Protokolle

Die Tätigkeiten der Moderatoren, welche nicht direkt das Editieren von Themen und Vorschlägen betreffen werden Log-Protokolle geführt. So wird jede Aktion der Moderatoren genau dokumentiert. Dadurch kann falsches Verhalten der Moderatoren erkannt werden und entsprechende Maßnahmen gesetzt werden.

Ziel

Das Ziel ist es das absichtliche manipulierende und verfälschende von vornherein zu verhindern. Dies kann auch gut gelingen, da jeder Moderator bereits im Vorfeld weiß, dass alles dokumentiert und nachvollziehbar ist. Das wird die meisten Moderatoren bereits davon abhalten in dieser schädlichen Art und Weise tätig zu werden.

Warum Überprüfbarkeit so wichtig ist und wie es gewährleistet wird

Wenn es Gewicht haben soll, was auf einer Softwareplattform entschieden wird, dann sollten zwei Dinge hinsichtlich der Abstimmungsergebnisse gewährleistet sein:

1. Es sollen nur Personen an der Entscheidung beteiligt sein, die für die Entscheidung von Bedeutung sind. Beispielsweise sollen für eine österreichische Entscheidung nicht die ganze Welt mitstimmen. Es sollte auch gewährleistet sein, das es möglichst keine Fakeaccounts und keine doppelten Accounts gibt. Mehr dazu hier.
2. Die Entscheidungsergebnisse sollen überprüfbar sein. Das bedeutet es soll gewährleistet sein, dass das demokratisch ermittelte Ergebnis herauskommt, und nicht eines welches eventuell von Hackern oder den Betreibern der Plattform manipuliert wurde.

Wie wird die Überprüfbarkeit gewährleistet

Die Abstimmungsergebnisse werden in einer Liste gespeichert (siehe Abbildung 1). Die Sicherheit funktioniert dabei über eine Hashfunktion. Es wird dabei der Hash einer Wählerstimme aus dem Hashwert des vorhergehenden Wählers (beim ersten Wähler mit Wert 0) und den Abstimmungsergebnissen gebildet. Dieser Hashwert, wird direkt nach der Stimmabgabe dem Wähler als Quittierung zurückgegeben.



Abbildung 1: Schematische Darstellung der mit Hashes verketteten Abstimmungsliste

Dadurch wird das Ergebnis praktisch festgeschrieben. Es ist nun nicht mehr möglich die Abstimmungsdaten des Wählers und auch aller anderen Wähler davor zu ändern, ohne das die Hashergebnisse sich ändern würden.

Wie kann das Ergebnis überprüft werden

Nach Abschluss der Entscheidung kann jede Person die Abstimmungsdaten und die Wähler ID's als Datei im JSON Format downloaden. Mit dieser Datei lässt sich überprüfen:

1. Wurde das Ergebnis richtig errechnet
2. Ist meine Stimme richtig gespeichert. Über den Quittierungscode kann ich meine Abstimmungsdaten finden.
3. Stimmen die Hashwerte? Wenn nicht dann, wurde manipuliert.
4. Werde ich als teilgenommen gezählt oder nicht.
5. Stimmen die Wahlergebnis Anzahl mit dem der teilgenommenen Personen überein.

Natürlich könnte man diese Daten z.B. mit einem Tabellenkalkulationsprogramm prüfen. Das ist aber umständlich und aufwendig. Daher wird auch als Open Source ein Programm zur Verfügung gestellt, welches einfach diese Überprüfungen ermöglicht. Diese Open-Source-Software kann von jeder technisch versierten Person geprüft werden und dieser Code dann auch zur Ausführung gebracht werden. Es reicht hierfür aus, dass nur wenige Personen diesen Code der Software überprüfen.

Wie weitreichend ist diese Prüfung

Durch diesen Ansatz wird geprüft, was der Wähler oder die Wählerin eingibt auch sich tatsächlich im Ergebnis widerspiegelt. Es ist also egal, ob bereits am Rechner oder Mobilfunkgerät des Wählers manipuliert wurde, oder am Übertragungsweg oder auch auf der Serverseite während der Wahl oder auch nach der Wahl. Die Manipulation würde immer erkannt werden. Der Mensch kann also seine direkte Entscheidung überprüfen. Dabei ist egal was technisch dazwischen passiert, da er ja seine Entscheidung wieder überprüfen kann.

ANMERKUNG: Das Ziel ist dabei **nicht** zu überprüfen das keine Manipulationen stattgefunden haben. Das Ziel der Überprüfung ist lediglich ob die mögliche Fehler bzw. Manipulationsrate kleiner ist als der Abstand vom gewinnenden Vorschlag zu den anderen Vorschlägen. Ziel ist es also auszuschließen, dass der Fehler/Manipulation groß genug war um das Ergebnis zu ändern. [27]

Struktureller Aufbau der Software

Diese Software wurde geschaffen, um politische Mitgestaltung zu ermöglichen. Das bedeutet nicht nur über ein Thema abzustimmen, sondern auch Themen einzubringen, Lösungsvorschläge dafür zu entwickeln und zu

[27] https://youtu.be/Cl8q_356zZs?t=3342

optimieren. Um dies in einer effizienten Art und Weise möglich zu machen, wurden umfangreiche Interaktionsmöglichkeiten geschaffen.

Von der Themenauswahl zum Vorschlag

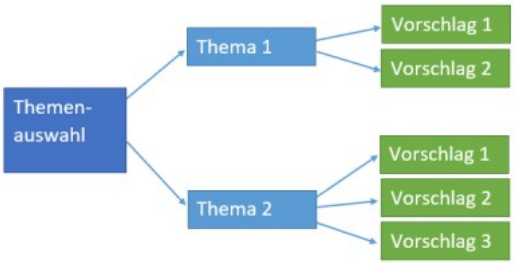


Abbildung 1: Logischer Aufbau

In Abbildung 1 ist der prinzipielle logische Aufbau dargestellt. Bei der Themenauswahl kann über einen Suchfilter die für den Nutzer interessanten Themen gefunden werden. Jedes Thema wird auf der Themenseite im Detail beschreiben. Von der Themenseite aus gelangt man zu den Vorschlägen.

Themenauswahl

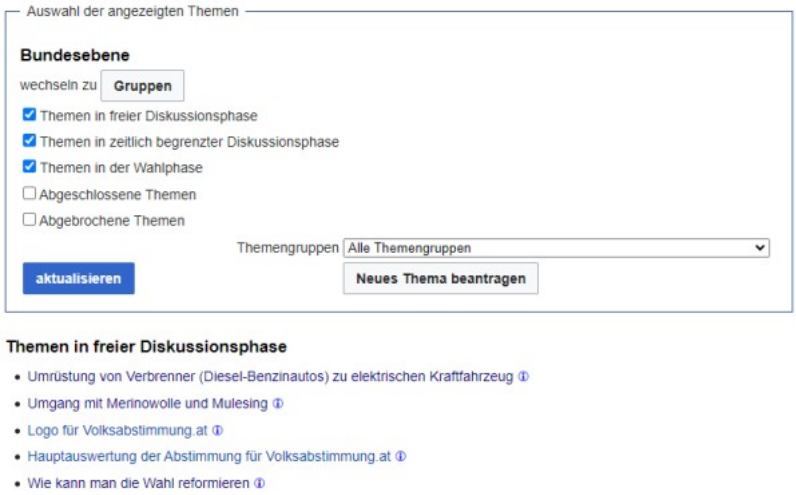


Abbildung 2: Themenauswahl

Bei der Themenauswahl (siehe Abbildung 2) kann prinzipiell ausgewählt werden für welche Prozessphasen im Entscheidungsprozess die Themen angezeigt werden sollen. Weiters kann die Anzeige auf bestimmte Themengruppen eingeschränkt werden. Somit kann der Nutzer nach seinen Interessen die Themen filtern, sodass nur die für ihn interessanten Themen angezeigt werden.

Des Weiteren befindet sich ein Button für ein neues Thema zu beantragen. Dies soll es dem Nutzer einfach machen, neue Themen vorzuschlagen. Denn auch die Themen selbst sollen von den Nutzern eingebracht werden können.

Unterhalb des Auswahlfeldes werden dann die gefilterten Vorschläge angezeigt. Über klicken auf den Link gelangt man nun zu dem ausgewählten Vorschlag. Das eingekreiste i Symbol gibt weitere Informationen zum Thema, wenn der Mauszeiger sich oberhalb befindet. Dies soll die Selektion für den Nutzer weiter vereinfachen.

Themen



Abbildung 3: Aufbau Thema

In Abbildung 3 ist der prinzipielle Aufbau eines Themas dargestellt. Dabei sind:

- **Themenbeschreibung**: Hier wird die Themenstallung im Detail beschrieben. Diese Beschreibung ist die Grundlage zur Erstellung von Vorschlägen. Die Lösungsvorschläge (kurz: Vorschläge) sollen also zur Themenstellung passen.
- **Dynamic Facilitation**: Dieser Bereich ermöglicht es für die Nutzer eine niederschwellige Eingabemöglichkeit nach den Kriterien von Dynamic Facilitation zu haben.
- **Diskussion**: Es ist zur Themenseite auch eine Diskussionsseite hinterlegt. Auf dieser Diskussionsseite können von den Nutzern alle Belange des Themas und zur Themenstellung diskutiert werden.
- **Bewerten & Vorschlagsauswahl**: Hier gelangt man über Links zu den einzelnen Vorschlägen. Gleichzeitig kann man hier auch je nach Prozessphase eine Bewertung, eine Entscheidung durchführen, oder die Ergebnisse zu dem Thema ansehen.



Abbildung 4: Themaseite - Praxisbeispiel

In Abbildung 4 ist eine Themenseite dargestellt. Anhand der Bewertungsskalen kann jeder Vorschlag für sich nach dem systemischen Konsensierung-prinzip bewertet werden. Diese Bewertungen können jederzeit (Prozessphasenabhängig) angepasst werden. Ziel ist es dabei den Vorschlagseignern (Die Personen welche jeweils den von ihnen gemachten Vorschlag betreuen) Rückmeldung über die Akzeptanz des Vorschlages zu geben. Die Vorschlagseigner erhalten somit direkt Rückmeldung, wie ihr Vorschlag im Vergleich zu den anderen bewertet wird, und ob noch weitere Optimierung erforderlich wäre, um in der Konkurrenz der anderen Vorschläge bestehen zu können. Mit dem Button 'Gehe zur Statistik' kann die aktuelle Auswertung angesehen werden. Der eingekreiste 0 bedeutet (hier beim dritten Vorschlag) wird Null-Option genannt. Dieser Vorschlag repräsentiert den Zustand, wenn nichts entschieden wird. Er stellt einen wichtigen Indikator dar, ob die Vorschläge überhaupt besser sind als der jetzige Zustand. Denn wenn der derzeitige Zustand bereits besser wäre als die anderen Vorschläge, dann braucht man auch nichts zu ändern. Mit dem Button 'Neuen Vorschlag zum Thema erstellen' kann ein neuer Vorschlag erstellt werden.

Dynamic Facilitation



Abbildung 5: Beispiel Dynamic Facilitation

In Abbildung 5 ist ein Praxisbeispiel für die Dynamic Facilitation dargestellt.

Vorschläge



Abbildung 6: Schematische Darstellung Vorschlag

Die Vorschläge selbst sind ähnlich aufgebaut wie das Thema selbst (siehe Abbildung 6). Der Vorschlagseigner hat (je nach Prozessphase) die Möglichkeit den Vorschlag zu modifizieren und zu optimieren. Er hat auch die Möglichkeit weitere Vorschlagseigner zu ernennen. Dies kann insbesondere Sinn machen, wenn es sich um einen komplexen Vorschlag handelt. Änderungen können jedoch nur von den Vorschlagseignern selbst durchgeführt werden. Der Grund hierfür liegt, dass eine Person, oder ein Personenkreis den für sich gesehen passenden Vorschlag machen können. Da würde es nur stören, wenn beliebige Personen diesen Vorschlag ändern könnten. Sehen andere Personen noch Optimierungspotential, so können sie dies über die hinterlegte Diskussionsseite auch kundtun. Der oder die Vorschlagseigner können das dann aufgreifen, wenn sie das möchten. Die anderen Nutzer haben auch die Möglichkeit einen neuen Vorschlag ins Rennen zu schicken. Das kann sinnvoll sein, wenn die Vorschlagseigner des bisherigen Vorschlags die neu eingebrachten Aspekte der Lösung nicht in ihren Vorschlag einbauen möchten.



Abbildung 7: Bewertung & Vorschlagsauswahlfeld eines Vorschlags

In Abbildung 7 ist das Bewerten & Vorschlagsauswahlfeld eines Vorschlags dargestellt (In diesem Fall ist es Vorschlag 2). Der gerade betrachtete Vorschlag ist dabei fett gedruckt und kein Link. Zu den anderen Vorschlägen gelangt man genauso wie bei der Themenseite über die Links. In der Vorschlagsseite selbst ist nun auch das Thema ein Link. Mit diesem gelangt man wiederum zur Themaseite.

Der fünfstufige Entscheidungsprozess



Abbildung 1: Der 5 stufige Prozess zur Entscheidung

Um von der Themenidee bis zur fertigen Entscheidung zu gelangen, ist es sinnvoll eine Struktur dafür zu haben. Diese Software verfolgt daher einen fünfstufigen Prozess (Abbildung 1). Der Prozess gliedert sich in zwei Teile:

1. **Lösungen entwickeln**: Zu einer Themenstellung soll nicht gleich der erstbeste Lösungsvorschlag (kurz: Vorschlag) zur Entscheidung gebracht werden, sondern es sollen zuerst möglichst gute Lösungen entwickelt werden.
2. **Entscheiden**: Es wird ermittelt, welche der entwickelten Vorschläge die beste Lösung darstellt.

Lösungen entwickeln

Der Bereich Lösungen entwickeln teilt sich in drei Phasen auf:

1. **Zeitlich nicht begrenzte Diskussionsphase**: Die eingebrachten Themen können vorerst ohne zeitliche Begrenzung diskutiert und Lösungen entwickelt werden. Hier kann eine große Anzahl von Themen vorhanden sein. Die Nutzer der Software können je nach Interesse an den verschiedenen Themen sich betätigen.
2. **Zeitlich begrenzte Diskussionsphase - mit Zieldatum**: Mit der zeitlich begrenzten Diskussionsphase werden für alle weiteren Prozessphasen die Zieltermine festgelegt. Es kommen Themen, die ein hohes Interesse haben (Wird an der Stimmungsbildbeteiligung gemessen) und Themen, welche gleichzeitig auch in der Politik aktuell behandelt werden (z.B.: Entscheidung im Nationalrat für dieses Thema ist geplant) in diese zweite Phase. Die Zieltermine können später auch noch weiter angepasst werden. Dies kann der Fall sein, wenn z.B. eine Entscheidung dringlicher wird, weil auch in der repräsentativen Politik die Entscheidung zu einem Thema vorgezogen wird. Diese zweite Phase zeigt den Nutzer an, dass dieses Thema zur Entscheidung gebracht wird und damit er selbst noch mehr Einfluss ausüben kann, wenn er sich hier beteiligt.
3. **Stimmungsildstabilisierungsphase**: Während in den ersten beiden Phasen die Vorschläge entwickelt und durch Stimmungsbilder bewertet werden, sind nun die Editiermöglichkeiten und die Möglichkeit neue Vorschläge für ein Thema einzubringen deaktiviert. Der Grund liegt darin, dass die mögliche Vielzahl von Vorschlägen auf nur wenige aussichtsreiche reduziert werden soll (Software ist vorkonfiguriert auf 5). Die Auswahl erfolgt aufgrund der Stimmungsbilder. Da letzte Änderungen oder neu eingebrachte Vorschläge, erst in der Folge in den Stimmungsbildern Berücksichtigung finden ist diese Phase nur für die Aktualisierung dieser Stimmungsbilder gedacht.

Wie können Themen eingebracht werden

Wichtig für eine direktdemokratische Plattform ist natürlich auch, welche Themen behandelt werden. Dabei wir hier besondere Rücksicht auf die Verhinderung von TWEEDISM (Warum mehr direkte Demokratie) gelegt. Also die Vermeidung einer Vorselektion durch dritte. Auf der anderen Seite wäre die Möglichkeit das jeder sofort seine gewünschten Themen anlegen kann auch kontraproduktiv, da:

- Viele Themen gleich oder fast gleich sein werden. Da viele Personen unreflektiert einfach Themen eingeben würden.
- Diese Themen oft nicht bestimmten Qualitätskriterien genügen würden.
- Personen, deren Interesse es ist, die direkte Demokratie zu stören, könnte durch viele sinnlose Themen und Spaßeinträge genau das bewirken.

Themen können von jedem Nutzer ohne viel Aufwand direkt in das System eingebracht werden, doch aus diesen

Gründen ist jedoch eine gewisse Vorselektion von Themen notwendig. Dabei werden zwei Wege verfolgt:

1. **Für kleine Gemeinden und wenige Nutzer**: Der Moderator für diesen Bereich übernimmt die Auswahl der vorgeschlagenen Themen. Dabei ist seine Aufgabe nicht persönlich zu bewerten, welcher Themenvorschlag ihm oder ihr gefällt, sondern das bestimmte Qualitätsmerkmale wie 'ist das Thema neu?', 'Werden die Menschenrechte dadurch verletzt?' oder 'Ist das überhaupt eine geeignete Fragestellung für diesen Bereich?' beurteilt. Um Missbrauch dieser Moderatorenmacht zu verhindern oder zumindest stark zu reduzieren wird diese Tätigkeit genau mitgeloggt (Warum Nachvollziehbarkeit wichtig ist und wie es erreicht werden kann).
2. **Für große Mitgliederzahlen**: Für größere Mitgliederzahlen bietet diese Software auch die Möglichkeit das die Nutzer selbst darüber, mittels eines up- und down-voting Mechanismus (Community getriebene Themen- und Vorschlagsauswahl), bestimmen, welches Thema zugelassen wird. Dadurch wird der Moderator entlastet und eine mögliche Einflussnahme des Moderators kann dadurch auch nicht mehr stattfinden.

Wie kommen wir zu guten Lösungen?

Ist das Thema erst mal eingebracht und aktiviert, besteht die Möglichkeit von jedem Nutzer Vorschläge für dieses Thema einzubringen. Für kleine Mitgliederzahlen wird der Vorschlag sofort für das Thema sichtbar. Der Einbringer dieses Vorschlags wird zum Vorschlagseigner. Er besitzt die Editierrechte für diesen Vorschlag. Für größere Mitgliederzahlen besteht auch die Gefahr, dass die Anzahl von Vorschlägen sehr groß wird. Das ist zwar für die Software leicht zu bewältigen, jedoch wird es für den Nutzer sehr mühsam. Aus diesem Grund wird hier ähnlich wie bei der Themenwahl auch der Vorschlag zuerst von den Nutzern selbst beurteilt, ob dieser für dieses Thema angemessen wäre (siehe Community getriebene Themen- und Vorschlagsauswahl). Dadurch kann die Anzahl und die Unterscheidbarkeit der Vorschläge selbst von den Nutzern gewährleistet werden. Eingriffe des Moderators sind zudem möglich, werden jedoch auch genau mitgeloggt.

Wie funktioniert die Optimierungsmechanik

Die Grundlage dafür, dass die Vorschläge optimiert werden können, ist das es möglich ist diese zueinander in fairer Art und Weise zu bewerten. Dies ist keine triviale Aufgabe, jedoch wurde hierfür ein passender Algorithmus (Algorithmus für ein faires entscheiden) gefunden. Dabei werden die Vorschläge mittels eines Bewertungsmaßstabs bewertet. Dieser Bewertungsmaßstab stammt aus dem systemischen konsensieren (kurz: SK). Es erfolgt damit eine Bewertung über den 'Widerstand', also wie viel Widerstand erzeugt ein Vorschlag. Die Idee dahinter ist, dass ein Nutzer oder eine Nutzerin eine Idee hat wie eine Themenstellung in seinem oder ihrem Sinne gelöst werden sollte. Diese Lösung passt aber nicht notwendigerweise jeder anderen Person. Sie wird einen Widerstand zu dieser Lösung 'fühlen'. Dieser Widerstand kann dann im Stimmungsbildfeld (Struktureller Aufbau der Software) für jeden Vorschlag zum Ausdruck gebracht werden. Diese Widerstände können über eine einfache mathematische Formel in eine Akzeptanz umgerechnet werden ((1 - Widerstand) = Akzeptanz (normiert auf 0 bis 1)). Es ist jedoch dennoch wichtig, die Abfrage über den Widerstand zu machen, da es psychologisch einen anderen Effekt auf die Bewertung (Bewertungsmaßstab) hat.

Die Aufgabe des Vorschlagseigners ist nun seinen Vorschlag so zu optimieren, das dieser möglichst einen geringeren Widerstand und damit eine höhere Akzeptanz erhält als alle anderen Vorschläge, damit sein oder ihr Vorschlag am Ende auch zur Umsetzung gebracht wird. Da alle Vorschlagseigner dieselbe Optimierungsaufgabe hinsichtlich der Akzeptanz der Lösung haben, entwickeln sich die Vorschläge auch in diese Richtung. Dabei stehen den Vorschlagseignern umfangreiche Informationsmöglichkeiten und Feedbackmöglichkeiten (Struktureller Aufbau der Software) zur Verfügung. Zudem kann das Stimmungsbild von jedem Nutzer immer wieder neu an die geänderten und verbesserten Vorschläge angepasst werden. Der Vorschlagseigner erhält damit Rückmeldung wie gut seine gesetzten Verbesserungen bei den anderen Nutzern ankommen.

Es können auch neue Vorschläge eingebracht werden, welche die Bedürfnisse aller noch besser berücksichtigen. Das darf jedoch nicht verwechselt werden mit dem kleinsten gemeinsamen Nenner, welcher für keinen eine gute Lösung darstellt. So ein Vorschlag hätte auch keine Chance gegenüber einen Vorschlag welcher die Bedürfnisse aller gut erfüllt.

Im Ergebnis erhält man Vorschläge die eine hohe Akzeptanz der Bevölkerung aufweisen. Nicht nur werden die Bedürfnisse aller berücksichtigt, sondern auch die Tatsache das jeder sich daran beteiligen kann hat zusätzlich einen positiven Effekt auf die Akzeptanz der Lösungen. Ein Zustand der für eine politische Entscheidung wünschenswert ist.

Die Magie dahinter

Diese neue und andere Art der Entscheidungsfindung führt zu:

- **Themenbezogenheit**: Heute findet man in der politischen Diskussion häufig, dass die Opposition die regierenden Parteien für schlecht befindet, weil ihre Lösungen ungeeignet und schlecht sind, um die Problemstellung zu lösen. Dieser Ansatz hier über SK lenkt diese Energie sofort auf Themenbezogenheit. Über andere Parteien schimpfen ist hier nicht mehr gefragt. Wenn die Lösung der anderen Parteien nicht gut ist, dann wird hier nicht über diese anderen Parteien geschimpft, sondern selbst ein Vorschlag eingebracht. Es entsteht somit wieder ein Wettbewerb der Ideen und sich über andere Personen oder Parteien aufgrund ihrer Vorschläge sich aufzuregen fällt hier dann eher in die Kategorie Lächerlichkeit. Wer glaubt, dass der andere nicht in der Lage ist, einen guten Vorschlag zu machen, der ist dazu eingeladen selbst einen besseren zu machen und sich in den Wettbewerb der guten Ideen zu begeben.
- **Transparenz**: Wenn es zu einem politischen Entscheidungsvorgang kommt, und diese auch demokratisch über einen Mehrheitsentschluss entschieden wird, so bleibt dennoch unklar wie aus den vielen verschiedenen Lösungsmöglichkeiten zu einem Thema genau dieser Vorschlag zur Abstimmung gebracht wurde. Da dies nicht transparent wird, entsteht jede Menge Potential zur Beeinflussung. Hier wird dieser Vorgang transparent und fair gehalten.
- **Defragmentierung**: Wie in Hemnisse der direkten Demokratie - Spaltung der Gesellschaft (2. Spaltung der Gesellschaft) dargestellt ist es von Vorteil für die Medien die Fragmentierung voranzutreiben, weil es mehr Profit bringt. Auf dieser Plattform ist es nicht nur vorgesehen, dass die unterschiedlichen Meinungen zu einem Thema gegeneinander antreten, sondern es ist incentiviert sich als Vorschlagseigner mit den Meinungen der anderen Seite auseinanderzusetzen, und wie oben beschrieben diese im eigenen Vorschlag mit zu berücksichtigen. Es ist also gerade zu erforderlich aus seiner eigenen Filterblase herauszutreten und ein umfassenderes Verständnis für die Problemstellung zu erhalten. Diese Plattform macht dies auch sehr einfach, denn es können ja direkt die konkurrierenden Vorschläge mit ihren Argumenten betrachtet werden. Diese Plattform ist also nicht nur dazu da, um Entscheidungen direktdemokratisch herbeizuführen, sondern auch ein Gegengewicht zum Trend der Fragmentierung in den Medien zu sein.
- **Berücksichtigung aller**: Wenn man beispielsweise wieder an die derzeitigen politischen Entscheidungsmechanismen denkt, dann kann man erkennen, dass sich im Nationalrat üblicherweise nach der Wahl zwei oder drei Parteien zu einer Koalition zusammenfinden. Diese beschließen somit gemeinsam zu entscheiden. Dies Bedeutet das sie ihre Entscheidungen auch gegen den Willen der Opposition durchsetzen können. Es ist sogar so, dass es keine Rolle spielt, ob es für die Personen welche die Oppositionspartei vertritt sogar schlechter wird. Das bedeutet weiter, dass der Vorschlag der regierenden Parteien die Tendenz hat sich dahingehend zu optimieren, dass es für die regierenden Parteien am besten ist, was oft bedeuten kann, dass es für die Opposition sogar schlechter wird. Bei diesem Konzept hier werden jedoch die Stimmen aller berücksichtigt. Also ein Vorschlag, der zwar für die Mehrheit sehr gut ist und für die Minderheit sehr schlecht ist, wird eine schlechtere Bewertung erhalten. Die 'Opposition' des Vorschlags hat weiterhin Gewicht.

Entscheiden

Nach Abschluss der Stimmungsstabilisierungsphase stehen fünf (global im System einstellbar) der aussichtsreichsten Vorschläge zur Wahl. Was beim Stimmungsbild herausgekommen ist, spiegelt jedoch noch nicht notwendigerweise genau das wider, was die Wähler haben möchten. Der Grund liegt darin, dass von einzelnen Personen während den ersten beiden Phasen bewertet wurde. Die Vorschläge wurden jedoch laufend weiterentwickelt und es sind eventuell noch weitere Vorschläge dazugekommen. Es kann hier nicht erwartet werden, dass alle Stimmungsbilder ständig auf den neuesten Stand aktualisiert werden. Daher ist eine weitere direkte Entscheidungsphase erforderlich.

Auch bei dieser Phase wird mittels des Widerstandsmaßstabes bewertet. Diese Wahlphase kann und soll dabei auch länger dauern als die wenigen Stunden bei einer staatlichen Wahl, um den Wähler genügend Zeit zu geben. Beispielsweise könnte die Entscheidung über eine Woche laufen. Der Wähler kann sich dann in Ruhe, sofern er das möchte die einzelnen Vorschläge ansehen und bewerteten. Er oder Sie kann nur nach dem Titel gehen, sich über die Kurzbeschreibung weiter informieren (diese sind direkt ersichtlich, wenn man mit der Maus über das entsprechende Symbol geht), sich die Vorschläge durchlesen oder sogar die dahinterliegenden Diskussionen ansehen. Also eine informierte Entscheidung treffen. Nach Abschluss dieser Phase wird das Ergebnis errechnet und dargestellt. Es bleiben alle Details erhalten, also auch die konkurrierenden Vorschläge und die Diskussionen dahinter. Der Grund ist, dass es sich bei der anschließenden Umsetzung genau feststellen lässt, was die Intention

dahinter war. Denn häufig ergibt sich ein korrektes Gesamtbild erst dann, wenn auch der Kontext mit berücksichtigt wird. Zudem lässt es sich dadurch leichter feststellen, wann über ein Thema nochmals neue diskutiert und entschieden werden soll. Denn wenn alle Details vorliegen, kann man erkennen, wenn sich die Umgebungsbedingungen so verändert haben, dass es eine Neubehandlung dieses Themas rechtfertigt.

Anwendbarkeit und Ziele

Das Ziel dieser Plattform ist es nicht nur Entscheidungen direktdemokratisch zu ermöglichen, sondern auch die Entwicklung von Verbesserung von Vorschlägen um zu besseren Entscheidungen zu gelangen. Um diese Funktion darstellen zu können, ist eine gewisse Komplexität dieses Werkzeuges erforderlich. Das steht im Gegensatz zu dem Ansatz möglichst einfach es der Bevölkerung zu ermöglichen sich direktdemokratisch zu beteiligen. Ein einfaches Abfragen der Mehrheitsmeinung mittels der bereits bekannten und etablierten Mehrheitsentscheidung wäre sicher leichter verständlich und könnte praktisch sofort ohne weiteres Verständnis der Plattform durchgeführt werden.

Doch diese Vereinfachung kommt eben dann zu dem Preis, dass mit bereits vorgefertigten Lösungen gearbeitet werden muss (siehe: Algorithmus für ein faires entscheiden) und dass die Mehrheitsentscheidung selbst nur eine schlechte Performance hinsichtlich der Entscheidungszufriedenheit führt (siehe: Manifest gegen die Mehrheitsentscheidung).

Daher liegt der Fokus dieser Plattform auf die Entwicklung möglichst, im Sinne der Bevölkerung, guter und tragfähiger Entscheidungen, mit der bewussten Inkaufnahme das dabei die Einfachheit zu einem bestimmten Grad verloren geht. Um dennoch es vielen Personen es zu ermöglichen sich an diesen Lösungsentwicklungs- und Entscheidungsprozess zu beteiligen ist die Art der Beteiligungsmöglichkeit mehrstufig aufgebaut. Es ist also nicht notwendig für alle die sich daran beteiligen möchten, die ganze Funktionalität und damit Komplexität zu kennen und zu verstehen.

Arten der Beteiligung

0. Informativ und verteilend

Die einfachste Form der Beteiligung besteht darin sich über diese Plattform zu informieren. In diesem Fall ist es nicht mal notwendig sich auf der Plattform anzumelden, da die Informationen zu den Themen und Vorschlägen auch so abrufbar sind. Kern dieser Möglichkeit ist es der Spaltung der Gesellschaft entgegenzuwirken, da diese Plattform unmittelbar die verschiedenen Sichtweisen mit den entsprechenden Argumenten für eine mögliche Lösung präsentiert. Es wird dadurch aktiv gegen die Spaltung der Gesellschaft (2. Spaltung der Gesellschaft) agiert, da die sonst oft entstehenden Filterblasen, mit der einhergehenden verengten Sichtweise, systembedingt verhindert werden.

Es werden zu allen Themen und Vorschlägen zudem über die Teilen-Funktion zu den gängigen Plattformen (Facebook, X, ...) die Weitergabe dieses Wissens erleichtert.

1. Abstimmend

Wenn sich eine Person sich entschließt sich auf der Plattform anzumelden, so hat sie unmittelbar die Möglichkeit sich über Stimmungsbilder und auch über die Endentscheidungen zu beteiligen. Was dabei verstanden werden muss, ist, dass die Bewertung anhand eines Bewertungsmaßstabs für die jeweilige Lösungsoption für ein Thema erfolgt. Diese Art der Bewertung ist bereits heute auf vielen Plattformen weit verbreitet (Beispiele: Amazon, Booking,...) sodass dies fast intuitiv bei einem großen Teil der Bevölkerung verstanden werden sollte.

2. Wissen einbringen

Bei den Themen und Vorschlägen sind Diskussionsseiten hinterlegt. Hierbei können sich die Nutzer austauschen und ihre Sichtweisen und ihr Wissen einbringen, ohne dass hier ein weiteres Verständnis zur Plattform notwendig wäre. Die eingebrachten Sichtweisen, Informationen und Wissen wird dadurch für alle sichtbar und kann somit Einfluss auf den weiteren Entscheidungsprozess haben. Insbesondere die Vorschlagseigner sind dazu angehalten, diese hinterlegten Diskussionsseiten zu studieren, in Austausch zu treten und gegebenenfalls den eigenen Vorschlag passierend auf diesen Ideen zu verbessern.

Eine weitere Möglichkeit stellt die Wissensbereitstellung über die Dynamic Facilitation Aufteilung (Dynamic Facilitation) auf den Themenseiten dar. Auch hier kann unkompliziert von Nutzern ihre Ideen und ihr Wissen

eingebracht werden.

3. Vorschläge und Themen einbringen

Für sehr engagierte Bürger und Bürgerinnen besteht die Möglichkeit selbst Themen und Vorschläge zu Themen einzubringen. Bei den Vorschlägen sind diese Personen dann automatisch auch Vorschlagseigner. Das bedeutet, dass ihnen die Aufgabe zukommt, ihre Vorschläge weiter zu verbessern und zu pflegen. Diese Aufgaben werden jedoch nur sehr wenige Bürger wahrnehmen, da dies auch mit entsprechendem Aufwand verbunden ist. Es ist jedoch auch nicht notwendig, dass sich viele auf dieser Art beteiligen, denn die wichtige Bewertung und Abstimmung erfolgt ja von einer viel größeren Anzahl von Personen, weil dies viel einfacher und niederschwelliger ist.

4. Moderierend

Für ein so offenes System wie es diese Plattform darstellt, sind Moderationstätigkeiten absolut erforderlich. Für Personen, welche Moderationstätigkeit ausüben wollen wird eine Schulung erforderlich sein. Da es sich hier in der Regel um sehr engagierte Personen handeln wird, sollte diese Schulung durchgeführt werden können.

Ziele der Plattform

Das große Ziel dieser Plattform ist es die direkte Demokratie voranzubringen. Als Minimalziel steht jedoch im Fokus konsistent zu besseren Entscheidungen im Sinne der Bevölkerung zu gelangen als dies mit der derzeitigen indirekten Verfahren (Parteiendemokratie) derzeit der Fall ist. Die derzeitige fast ausschließlich repräsentative Demokratie führt inhärent systembedingt tendenziell zu ungünstigen Entscheidungen (Warum mehr direkte Demokratie) für die Bevölkerung. Mit dieser direkten Demokratieplattform soll diesem systembedingte Versagen entgegengewirkt werden. Eine Überprüfung dieser These kann dann über repräsentative Umfragen mittels der Kriterien der fairen Entscheidung (Die 3+2 Hemmnisse der direkten Demokratie) erfolgen. Hierbei ist zu erwarten, dass letztendlich sich nur ein kleiner Teil der Bevölkerung überhaupt an diesem direkt demokratischen Prozess beteiligen muss, um dieses Minimalziel zu erreichen.

Registrierung von neuen Nutzern

Die Software bietet eine eigene Nutzerverwaltung und es ist auch möglich über externe Identitätsanbieter zu betreiben. In jeden Fall ist es sehr wichtig, dass die Identitäten gut unter Kontrolle sind, um Fake-Accounts oder doppelte-Accounts zu vermeiden. Dann dadurch würde die Aussagekraft der Ergebnisse stark beeinflusst werden.

Identitätsanbieter - ID Austria

In Österreich besteht ein staatlich geführter Identitätsanbieter (ID AUSTRIA). Bereits über 2 Millionen Österreicher haben eine ID Austria. Da die Identitäten hier sehr genau erfasst sind und staatlich gewartet werden, ist die Nutzung für diesen Anwendungsfall sehr gut geeignet. Aus diesem Grund wird in Österreich für diese Plattform die Identität mittels ID Austria festgestellt.

Problembehebung bei ID Austria Anmeldung

Identitätsanbieter - Allgemein

Die Software ermöglicht einbinden der gängigen Identitätsanbieterprotokolle wie z.B.: SAML oder OIDC. Dabei können auch gleichzeitig mehrere Identitätsanbieter gleichzeitig verwendet werden. Die Herausforderung besteht allerdings dabei, dass nicht durch die mehrfachen Anbieter, ein und dieselbe Person mehrfach im System dann geführt wird und dadurch dementsprechend auch ein höheres Stimmgewicht erhält.

Nutzerverwaltung

Eine weitere Möglichkeit besteht über die in der Plattform integrierten Nutzerverwaltung. Sollen die auf dieser Plattform ermittelten Entscheidungen Gewicht haben, so ist es essentiell wichtig, dass die Problematik mit mehrfach-Accounts und fake-Accounts unter Kontrolle ist. Eine Anmeldung nur mittels Rückbestätigung über E-Mail reicht hier nicht aus.

Um dies möglichst gut zu berücksichtigen wurden 3 Möglichkeiten der Registrierung geschaffen:

1. Online über Hochladen der erforderlichen Dokumente
2. Online über Webkonferenz
3. Offline über Registrierungsstellen

Online über Hochladen der erforderlichen Dokumente

Es werden direkt im online Beantragungsformular auch folgende Dateien benötigt:

- **Meldezettel**: Für die Feststellung des Hauptwohnsitzes
- **Selbstportrait mit Ausweis**: Für die Feststellung der Identität

Diese Daten werden dann manuell geprüft und im Anschluss freigeschaltet. Die Dateien werden automatisch gelöscht.

Online über Webkonferenz

Die Erstellung den Nutzerkontos erfolgt dabei in zwei Schritten:

1. **Ausfüllen online Formular**: Alle relevanten Daten werden eingegeben. Es muss zusätzlich noch eine Telefonnummer angegeben werden.
2. **Prüfen**: Über diese Telefonnummer wird dann ein Webmeeting vereinbart. In diesem Meeting zeigt die beantragende Person, den Ausweis und den Meldezettel in die Webcam. Stimmen die Daten überein, wird der Nutzer freigeschaltet.

Offline über Registrierungsstellen

Es ist auch vorgesehen über Registrierungsstellen, dass können Vereine mit einem Büro sein oder auch Gemeindeämter welche diese Plattform mit nutzen sein. Derzeit gibt es diese allerdings noch nicht. Dabei kommt die beantragende Person mit den Dokumenten zur Registrierungsstelle. Die Daten werden dann dort eingegeben, geprüft und der Nutzer freigeschaltet.

Wie soll Missbrauch eingedämmt werden?

Wie oben bereits erwähnt ist es von großer Wichtigkeit, dass es sich bei den registrierten Nutzern um reale Personen handelt. Daher wird auch bei allen drei Registrierungsmethoden durch eine Person die Korrektheit der Daten geprüft. Um einen möglichen Missbrauch der Prüfer selbst möglichst zu verhindern, wird zu jedem Nutzer auch gespeichert, wer diesen Nutzer geprüft hat. Zudem wird ein Log-Protokoll (Warum Nachvollziehbarkeit wichtig ist und wie es erreicht werden kann) über die Freigaben von Nutzern und deren Prüfern geführt. Schon allein diese Maßnahmen selbst sollten den Missbrauch erheblich vermindern, da dieser ja recht einfach nachvollzogen und damit aufgedeckt werden kann. Zudem lassen sich die generierten 'Fake Accounts' einfach finden und deaktivieren.

Konfiguration für Österreich

Für Österreich wurde ein dreistufiges Teilhabe-System konfiguriert. Mehr dazu erfahren sie hier.

Unterabstimmungen

Häufig ist es so, dass ein Lösungsvorschlag (kurz: Vorschlag) zu einem Thema oft mehrere Detailfragen beinhaltet, welche wiederum von der Bevölkerung bewertet werden sollen. Natürlich wäre es möglich für jede dieser Detailfragen als eigenen Vorschlag zu platzieren. Das hat den Nachteil, dass es schnell für den Nutzer unübersichtlich und aufwendig zum Handhaben wird. Stellt man sich z.B. vor, dass ein Vorschlag zwei Detailfragen mit jeweils drei Lösungsvarianten beinhaltet, so würde dies zu 9 Vorschlägen führen, die ansonsten gleich wären. Ein Zustand der weder für die Vorschlagseigner noch für die bewertenden Personen angenehm oder überhaupt mit vernünftigem Aufwand handelbar ist. Aus diesem Grund wurden die Unterabstimmungen eingeführt.

Es gibt derzeit drei verschiedene Arten von Unterabstimmungen:

1. Beste Option
2. Mehrfachauswahl

3. Bereichsauswahl

Beste Option

Dabei werden mehrere Optionen gegenübergestellt, wobei dann die beste Option ausgewählt werden soll (siehe Abbildung 1).



Abbildung 1: Unterabstimmung beste Option

Syntax

Beispiel:

```
<subVote index=2 type=1>
  <question>Fragestellung</question>
  <proposal1> Option 1</proposal1>
  <proposal2> Option 2</proposal2>
  <proposal3> Option 3</proposal3>
  <proposal4> Option 4</proposal4>
  <proposal5> Option 5</proposal5>
</subVote>
```

- **<subVote index=1 type=1>**: Hiermit wird die Unterabstimmung definiert. Der 'index' gibt an, welche Unterabstimmung es im Vorschlag ist. Werden weitere Unterabstimmungen im Vorschlag verwendet, müssen diese alle einen unterschiedlichen Index erhalten. Dadurch ist es auch später noch möglich die Reihenfolge zu ändern, bzw. eine Unterabstimmung zwischen anderen Unterabstimmungen zu platzieren, da die Unterabstimmung eindeutig über den 'index' definiert ist. 'type 1' gibt an, dass es der Unteabstimmungstyp 'beste Option' ist.
- **<question>**: Über den 'question' Tag wird die Fragestellung zur Unterabstimmung definiert.
- **<proposal1>Option 1</proposal1>**: Mit dieser Zeile wird ein Vorschlag der Unterabstimmung definiert. Das Tag '<proposal1>' steht dabei für einen Vorschlag mit dem Vorschlagsindex 1. Alle Bewertungseingaben werden dem entsprechenden Index zugeordnet. Somit ist es auch möglich, beispielsweise später noch weitere Unterabstimmungsvorschläge einzufügen, ohne die bisherigen Abstimmungsergebnisse zu stören, wenn dies sinnvoll erscheint.

Mehrfachauswahl

Die Mehrfachauswahl wird verwendet, wenn mehrere der Optionen gleichzeitig auch umgesetzt werden kann/soll. Dabei wird ein Schwellwert von 50 % Akzeptanz definiert. Alles oberhalb dieses Schwellwerts soll umgesetzt werden, alles darunter nicht. Dieser Schwellwert ist im Hintergrund farblich markiert (siehe Abbildung 2).



Abbildung 2: Unterabstimmung Mehrfachauswahl

Syntax

Beispiel:

<subVote index=2 type=2>
 <question>Fragestellung</question>
 <proposal1> Option 1</proposal1>
 <proposal2> Option 2</proposal2>
 <proposal3> Option 3</proposal3>
 <proposal4> Option 4</proposal4>
 <proposal5> Option 5</proposal5>
</subVote>

Die Syntax ist dieselbe wie bei der 'Besten Option' nur das statt type=1 type=2 gesetzt wird.

Bereichsauswahl

Häufig soll nicht über verschiedene Optionen entschieden werden, sondern um einen Zahlenwert. Dies kann z.B. ein Prozentsatz sein, oder eine konkrete Summe welche z.B.: investiert werden soll. Um die Nutzerpräferenz einfach eingeben und auch darstellen zu können, erfolgt hier die Eingabe über den gewünschten Bereich für die jeweilige Person und die Darstellung der Gruppenakzeptanz als Grafik (siehe Abbildung 3).



Abbildung 3: Unterabstimmung Bereich

Dabei kann der Nutzer mit den 'Min' und 'Max' Regler den gewünschten akzeptierten Bereich einstellen. Mit den Steigungsreglern kann er den Übergang zu dem ihm nicht gewünschten Bereich definieren. Dabei wird die Eingabe in Echtzeit in Rot grafisch dargestellt. In Grün wird der Akzeptanzlevel aller bisher abgestimmten Personen dargestellt.

Syntax

<subVote index=4 type=3 min=0 max=1000 xlabel="Beschriftung x Achse">
  <question>Fragestellung</question>
</subVote>

- **index**: Gibt wie bei den beiden anderen Abstimmungsvarianten den Unterabstimmungsindex für den Vorschlag an
- **min**: Der Minimalwert der Eingabe und Darstellung. Dieser soll so gewählt werden, dass alle Eingabebedürfnisse der Nutzer erfüllt werden können.
- **max**: Der Maximalwert der Eingabe und Darstellung: Soll auch so gewählt werden, dass alle Eingabebedürfnisse der Nutzer erfüllt werden können.
- **<question> tag** : Die Fragestellung zur Eingabe
- **xLabel**: Die Beschriftung der x Achse
- **logarithmic=true**: Wenn ein sehr großer Bereich abgedeckt werden soll, wobei es darauf ankommt, dass der untere Bereich gut aufgelöst ist, dann kann mit dieser Einstellung die Grafik logarithmisch dargestellt werden.

Einbettung im 5 stufigen Entscheidungsprozess

Die Unterabstimmungen können genauso wie Vorschläge in den ersten beiden Phasen des 5 stufigen Prozesses (Der fünfstufige Entscheidungsprozess) definiert werden. Abgestimmt kann in den Unterabstimmungen genauso wie die Vorschlags-Stimmungsbildbewertungen bis einschließlich Prozessstufe 3 (Stabilisierungsphase). Dabei können die Bewertungen immer wieder verändert werden, wenn der Nutzer dies möchte. Danach sind die Bewertungen für den Vorschlag fixiert. Das bedeutet, dass in der Wahlphase (Prozessschritt 4) nicht nochmals über die Unterabstimmungen abgestimmt wird. Deshalb werden diese Unterabstimmungen auch so genannt (und nicht etwa Unterbewertungen). Der Grund dafür liegt, dass der Entscheidungsschritt einfach und klar gehalten werden soll. Es soll also schon klar sein, wenn ich in der Wahlphase mich für einen Vorschlag entscheide, wie die Vorschlagsdetails aussehen. Es könnte ja sein, dass ich bei einer bestimmten Ausgestaltung eines Vorschlags ja anders entscheide. Das heißt, es ist wichtig, dass der Vorschlag feststeht, damit ich auch für diesen Vorschlag die entsprechende Entscheidung treffen kann.

Unterteilung in Ländern und Gemeinden

Die Plattform soll es ermöglichen direktdemokratisch mitgestaltend zu wirken. Es können also prinzipiell Themen diskutiert werden, die für den Staat als Entscheidungsgrundlage dienen sollen. Nun ist Österreich in Ländern und Gemeinden unterteilt. Auch hier gibt es Entscheidungsbedarfe. Um diesen Umstand Rechnung zu tragen, wurde die Möglichkeit geschaffen auch auf Länder und Gemeindeebene Themen einzubringen zu diskutieren und zu entscheiden. Dabei werden die Schreibrechte und die Bewertungs- und Entscheidungsrechte nur den Personenkreis gewährt, der auch für das entsprechende Gebiet gemeldet ist.

Es ist also möglich mit einer einzigen Instanz der Software für das ganze Land den direktdemokratischen Service bereitzustellen. Das hat folgende Vorteile:

- **Es ist nur eine Registrierung notwendig**: Der Registrierungsprozess, da er einen bestimmten Qualitätsstandard (Registrierung von neuen Nutzern) haben soll ist recht aufwendig. Er braucht daher nur einmal durchlaufen zu werden, um auf allen Ebenen tätig werden zu können.
- **Voneinander lernen**: Auch wenn man nicht berechtigt ist für andere Gemeinden und Länder Bewertungen und Entscheidungen durchzuführen, so kann man doch sich gegenseitig über diese Plattform informieren. Ideen austauschen und einander bei der Lösungsfindung weiterhelfen.
- **Keine Wartungsaufwände**: Das Hosting und das auf den aktuellen Stand halten der Software, muss nur an einer Stelle zentral durchgeführt werden. Dadurch müssen sich die Gemeinden nicht mehr selbst darum kümmern. Lediglich die Moderatorentätigkeit muss dann von der jeweiligen Gemeinde selbst gemacht werden.

Community getriebene Themen- und Vorschlagsauswahl

Diese Software bietet die Möglichkeit durch die Nutzer selbst zu bestimmen, welche Themen und Vorschläge zugelassen werden. Diese Funktion wird automatisch für diese Bereiche aktiviert, bei denen eine bestimmte Anzahl von Nutzern erreicht wird (wird in den Systemeinstellungen festgelegt). Für Bereiche in denen wenige Nutzer vorhanden sind (z.B.: kleine Gemeinden) bleibt diese Funktion damit deaktiviert, da es eine bestimmte Nutzeranzahl braucht, damit dieses Konzept richtig funktionieren kann. Zudem ist für kleine Bereiche die Mengen an Themen und Vorschlägen selbst vom Moderator oder Moderatorin gut zu bewältigen.

Themenauswahl

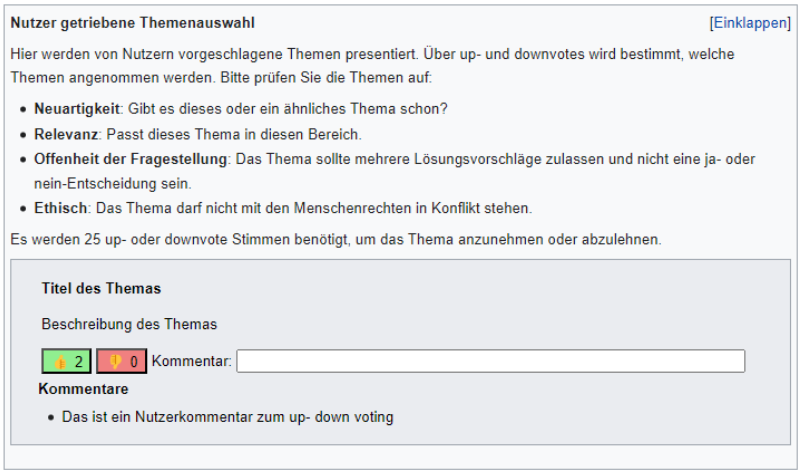


Abbildung 1: Nutzer getriebene Themenauswahl

In Abbildung 1 ist eine ein Beispiel für eine nutzergetriebene Themenauswahl dargestellt. Diese Themenauswahlbewertung erscheint unterhalb der Ergebnisse der Themenauswahl. Die Nutzer haben die Möglichkeit dabei über ein einfaches Up- Down-voting zu Entscheiden, ob ein Thema mit aufgenommen werden soll.

Im oberen Bereich findet sich eine kurze Erklärung, worauf die Nutzer bei der Bewertung achten sollen. Darunter befindet sich eine Liste der zu bewertenden Themenvorschläge. Dabei kann jeder Nutzer einmalig ein up- oder down-vote für einen Themenvorschlag vergeben. Dabei hat er auch die Möglichkeit einen Kommentar zu hinterlassen, um die anderen Nutzer über die Beweggründe für seine oder ihre Entscheidung zu informieren. Diese Kommentare werden dann direkt unterhalb des Themenvorschlags dargestellt.

Mit Erreichen eines bestimmten Prozentsatzes der Nutzer für diesen Bereich (kann in den globalen Einstellungen festgelegt werden) für die up- oder down-votes wird das Thema entweder genehmigt oder abgelehnt. Dadurch kann direkt durch die Nutzer bestimmt werden, welches Thema überhaupt aufgenommen wird.

Vorschlagsauswahl

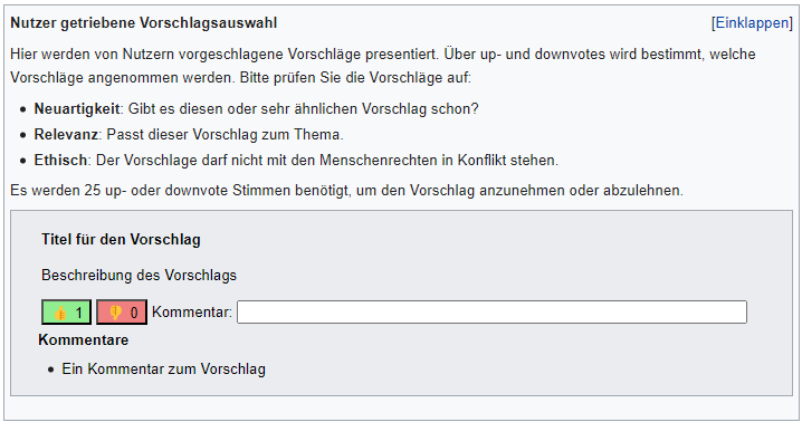


Abbildung 2: Nutzergetriebene Vorschlagsauswahl

Ähnlich zur nutzergetriebenen Themenauswahl gibt es auch die Vorschlagsauswahl für einzelne Themen. Es befindet sich auch hier eine kurze Beschreibung für die Nutzer, worauf bei der Vorschlagsauswahl geachtet werden soll, sowie die Kommentarfunktion.

Auch hier wird beim Überschreiten einer bestimmten Anzahl von up- oder down-votes der Vorschlag zum Thema hinzugefügt oder wieder gelöscht.

Bewertung nach der Familienwahlrechtsidee

Diese Plattform für direkte Demokratie soll der Bevölkerung die Möglichkeit bieten politisch tätig zu werden.

Dabei wird bewertet (Prozessphase 1-3) und entschieden (Prozessphase 4) im 5 stufigen Prozess (Der fünfstufige Entscheidungsprozess). Welche Ergebnisse dabei herauskommen, bestimmt auch wer überhaupt mitmachen darf. Nun gibt es einen Anteil der Bevölkerung, welcher noch zu jung ist, sich direkt daran zu beteiligen. Man denke an ein zweijähriges Kind. Von diesem kann man nicht erwarten, dass es die Vorschläge durchliest und differenzierte Entscheidungen trifft. Dennoch sind sie Bürger des Landes.

Um diesen Widerspruch Rechnung zu tragen wurde die Idee des Familienwahlrechts entwickelt. Die Idee besteht darin, dass die Eltern für ihre noch nicht wahlberechtigten Kinder die Stimme stellvertretend abgeben. Der Grundgedanke beruht darauf, dass Eltern in der Regel das Beste für ihre Kinder wollen. Daher können auch die Eltern am besten die Kinder vertreten, um ihnen auch ein Stimmgewicht zu verleihen.

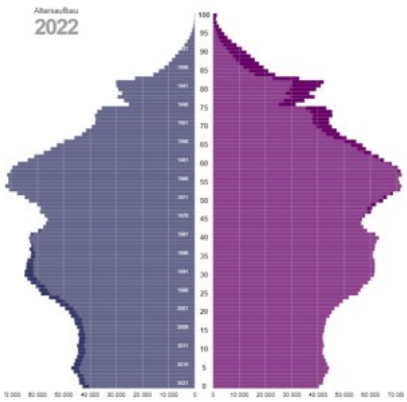


Abbildung 1: Bevölkerungspyramide Österreich für 2022 (Quelle: Statistik Austria)

In Artikel 1 unserer Verfassung steht ja '..., Ihr Recht geht vom Volk aus', also nicht etwa vom 'Volk über 16 Jahre aus'. Das Ziel wäre als die Meinung der gesamten Bevölkerung zur Umsetzung zu bringen, nicht nur der über 16-Jährigen. Aus den oben beschriebenen Gründen ist das aber **direkt nicht** sinnvoll möglich, durch eine Repräsentation aber schon. In Abbildung 1 ist die Bevölkerungspyramide von Österreich dargestellt. Es ist zu erkennen, dass gerade die jüngere Generation unterrepräsentiert ist, da die geburtenstarke Generation der Babyboomer sehr stark in den älteren Bereich wirkt. Wenn dazu noch kommt, dass die unter 16-Jährigen gar nicht mit repräsentiert werden, verschärft sich dieses Ungleichgewicht weiter.

Umsetzung

In dieser Software ist vorgesehen, dass Eltern Ihre Kinder auch mit registrieren können. Dadurch besteht die Möglichkeit diese in den Berechnungen mitzuberücksichtigen. Konkret wird jedes Kind für jedes Elternteil mit 1/2 Stimme mitgezählt. Beteiligen sich beide Elternteile an einer Bewertung oder Wahl, dann wird somit das Kind mit einer vollen Stimme gezählt. Dadurch werden die Bedürfnisse der Kinder in der Gewichtung auch mit einbezogen.

Dieses Feature wurde zwar implementiert, ob es Verwendung finden soll, wird von einer Entscheidung auf dieser Plattform selbst abhängen. Denn es soll hier nicht von den Erstellern der Software abhängen, ob die Kinder Mitberücksichtigung finden sollen, sondern es soll die Bevölkerung selbst darüber entscheiden, ob dies sinnvoll ist oder nicht.

Wahl Listenerstellung

Die Listenerstellungsfunktion ermöglicht es die gemeinsame Aufstellung einer Wahlliste. Die Problematik der Listenreihung wird dadurch gelöst, dass durch einen darauf ausgelegten Berechnung sich viele Personen an der Listenerstellung beteiligen können. Es ist dadurch nicht notwendig dass nur einige wenige die Entscheidungsmacht für die Listenreihung haben, sondern dass diese Problemstellung kollektiv gelöst werden kann. Die Bewertung der Bewerber erfolgt dabei auf Grundlage der Bewertungsskala des systemischen Konsensierens. Dies erlaubt eine einfache und genaue Bewertung durch den Wähler bzw. Wählerin.

Erstellung der Liste

Die Erstellung einer Liste für eine Wahl ist keine triviale Aufgabe, da hier nicht einfach über Mehrheiten abgestimmt werden kann, weil sich dadurch die Stimmen sehr ungleichmäßig verteilen. Zum Beispiel zwei ähnliche Kandidaten bzw. Kandidatinnen, würden sich die Stimmen teilen und beide würden einen guten Listenplatz verpassen, auch wenn sie gute Kandidaten oder Kandidatinnen wären.

Soll nun gemeinschaftlich eine Liste erstellt werden, so braucht es also ein besseres Verfahren als die Mehrheitsentscheidung. Das hier verwendete Verfahren ist das Proportionale Star Voting.[28] Dieses Verfahren ist darauf ausgelegt, Kandidaten im Verhältnis zu ihrer Unterstützung zu wählen. Ziel dabei ist es die Vielfalt der Repräsentation zu maximieren und sicherzustellen, dass alle Fraktionen, die über genügend Unterstützung verfügen, einen Platz erhalten. Dies geschieht dadurch, dass durch der Zählwert der Stimme stark reduziert wird, sobald ein Wähler die bevorzugte Person auf der Liste hat.[29][30]

Bewertung der Listenbewerber



Abbildung 1: Beispiel einer Wahlliste

Die Bewerber für die Liste werden anhand einer Bewertungsskala (Abbildung 1) bewertet. Dabei erhält man beim ⓘ eine Portrait und eine Kurzinformation. Durch klicken auf den Link erhält man die detaillierte Information zu dieser Person. Dadurch besteht die Möglichkeit sich über die Personen genau und in aller Ruhe zu informieren.

Es müssen jedoch nicht alle Personen bewertet werden. Es werden am Anfang alle Personen als mittlere Bewertung vorgeschlagen. Bewertetet man nun Personen weiter nach rechts, erhöht sich die Chance auf einen guten Listenplatz. Bewertetet man nach links verschlechtern sich die Chancen entsprechend. Dadurch ist es möglich, die bevorzugten Kandidaten bessere Chancen zu geben, bzw. persönlich abgelehnte Personen die Chancen zu reduzieren.

Teilnehmerkreis für die Listenbewertung

Grundsätzlich stehen hier zwei Möglichkeiten bereit:

1. Alle Personen aus dem entsprechenden Wahlbereich
2. Eingeschränkter Personenkreis

Alle Personen aus dem entsprechenden Wahlbereich

Wird beispielsweise eine Liste für einen Wahlkreis in der Steiermark erstellt, dann können alle Personen welche in diesem Bereich Leben (Hauptwohnsitz, über 16 Jahre) bei der Bewertung teilnehmen.

[28] https://www.starvoting.org/star-pr
[29] https://electowiki.org/wiki/Allocated_Score
[30] https://electowiki.org/wiki/Surplus_Handling#Fractional_Surplus_Handling

Eingeschränkter Personenkreis

Gerade am Anfang, wenn noch nicht sehr viele Personen an dieser Plattform sich beteiligen, besteht das Risiko, dass eventuell Parteien oder andere Organisationen den Auswahlprozess stören könnten, indem sie bewusst schwache Kandidaten nach oben wählen. Aus diesem Grund besteht auch die Möglichkeit, dass der Personenkreis der Teilnehmer darauf eingeschränkt wird, dass nur Personen, welche aktiv in den Organisationen, Parteien oder Gruppen arbeiten, welche an der Listenerstellung interessiert sind, auch die Möglichkeit haben zu bewerten. Dadurch soll sichergestellt werden, dass nur Personen teilnehmen, welche auch an einer guten Liste interessiert sind.

Mögliche Listenerstellungen

Die Plattform ermöglicht die Listenerstellung für:

- Staat
- Bundesland
- Gemeinde
- Wahlkreis
- Gruppe: Es können Gruppen angelegt werden, und für diese kann eine Listenerstellung erfolgen.

Ideologie der Listenerstellung

Es gibt verschiedene Möglichkeiten eine Liste zu erstellen. Eine Möglichkeit dabei wäre die Bewerber für einen Listenplatz in Eigenschaftsgruppen einzuteilen und diese dann über die Listenplätze zu verteilen. Ein Beispiel dazu wäre die Einteilung in Mann und Frau und eine Listenerstellung nach dem Reißverschlussprinzip. Als Grund wird die Stärkung der Teilhabe von Frauen am politischen Leben gesehen.[31] Also durchaus begründet. Dennoch verfolgt diese Ideologie einen anderen Ansatz.

Es ist durchaus legitim und gut Ungerechtigkeiten aufzuzeigen, um diese dann zu beheben, jedoch eine auf Dauer angelegte Polarisierung, wie es auch bei dem Mann Frau Thema der Fall sein dürfte führt zu schlechteren Entscheidungen (Was macht uns dumm und wie können wir schlaue Entscheidungen treffen). Zudem bleiben die polarisierenden Strukturen auch dann noch erhalten, selbst wenn die ungerechten Sachverhalte aufgelöst wurden. Dies liegt daran, dass Personen ihre Arbeit in diese Richtung weiter führen möchten, bzw. oft sogar finanziell davon abhängig sind, dass die Polarisierung weiter geführt wird (siehe dazu auch Shirky Prinzip). Dies kann dann oft auch Gegenbewegungen auslösen und damit nicht notwendiger Art und Weise das Problem verewigt oder zumindest für sehr lange Zeit aufrechterhält.

Als Beispiel für den Umgang mit Ungerechtigkeiten sei hier der ungleiche politische Einfluss der Eliten und der restlichen Bevölkerung (Warum mehr direkte Demokratie) erwähnt. Hierbei wird nicht der spaltende Ansatz von populistischen Parteien verfolgt, der sinngemäß lautet 'wir gegen die da oben', sondern eine Lösung vorgeschlagen, die den Einfluss der Eliten gleich groß werden lässt wie der der restlichen Bevölkerung (Wäre eine direktdemokratische Partei oder eine Wahlplattform nach diesem Muster populistisch?). Dadurch braucht diese Thematik nie spaltend betrachtet werden, sondern in der Lösung von Sachverhalten.

Generell wird hier nochmals betont, dass es verschiedene Ideologien im Sinne einer Meinungs- und Religionsfreiheit geben soll. Der Vorteil für diese Plattform, welche sich darum bemüht wissenschaftsnah zu agieren, dass durch andere Sichtweisen auf Punkte aufmerksam wird, welche sonst nicht Beachtung finden würden. Das heißt nicht, dass andere Sichtweisen einfach übernommen werden sollen, sondern es helfen soll umfassender den jeweils gültigen Stand der Wissenschaft zu beurteilen und falls sinnvoll dies dann mitzuberücksichtigen.

Die 3+2 Hemmnisse der direkten Demokratie

Es werden hier 3 + 2 Hemmnisse und deren mögliche Lösung vorgestellt, die meiner Meinung nach die direkte Demokratie erheblich behindern. Dabei sind hier drei logische Hemmnisse und zwei Hemmnisse welche auf unser menschliches Verhalten abzielt beschrieben.

[31] https://www.parlament.gv.at/fachinfos/rlw/Wie-steht-es-um-den-Frauenanteil-in-Parlamenten

Hemmnisse

1. Es gibt kaum Strukturen für gemeinsame Meinungsbildung

Es gibt Instrumente der direkten Demokratie:

- Wahlen
- Volksabstimmungen, Volksbefragungen
- Volksbegehren
- Demonstrationen
- Petitionen
- Bürgerparlamente

Jedoch sind diese alle nicht besonders gut geeignet um den Willen der Bevölkerung in die Politik zu bringen. Weil bei Wahlen hat man nur die Möglichkeit sich zwischen einigen Parteien und der Parteiprogramme zu entscheiden. Dass man verschiedene Aspekte von den unterschiedlichen Parteien gut findet, lässt sich bei der Wahl nicht abbilden. Zudem kommt noch, dass es nur durch Wahlen es zu keinem wesentlichen Einfluss auf die Politik selbst kommen dürfte, wie es in Warum mehr direkte Demokratie dargelegt wurde.

Volksabstimmungen haben den Nachteil, dass sie nur vom Bundespräsidenten angeordnet werden können. Also die Bevölkerung es nicht direkt initiieren kann. Zudem kann ja von der Bevölkerung auch nicht bestimmt werden worüber überhaupt abgestimmt wird. Bei Volksbefragungen fehlt darüber hinaus auch noch die rechtliche Verbindlichkeit zur Umsetzung.

Bei Volksbegehren, Demonstrationen und Petitionen sind das große Problem dabei, dass diese nur einseitig eine Meinung vorbringen. Es können 300.000 Leute beispielsweise ein Volksbegehren unterschreiben, bei einer Demonstration mitmachen oder eine Petition unterschreiben - man weiß aber trotzdem nicht, ob vielleicht 3.000.000 Leute genau anderer Meinung gewesen wären. Ohne den Vergleich sind diese Bemühungen nicht wirklich aussagekräftig und daher einfach von der Regierung zu ignorieren. Schon besser ist es gleich zwei Volksbegehren gleichzeitig zu starten, wobei eines für den derzeitigen Zustand beibehalten ist, und das andere für den neuen Zustand. Jedoch hat auch diese Vorgehensweise das Problem, dass mit einem Vorschlag in diese Abstimmung gegangen wird, bei dem es sich auch nicht belegen lässt, dass es der Wunsch der Bevölkerung ist. Also selbst wenn das Ergebnis zu Gunsten des neuen Vorschlags ausgeht, gibt es wenig Druck zur Umsetzung, da es eine Lösung von vielen für eine Problemstellung ist. Es wird durch diese Vorgehensweise nicht ermittelt, was die Bevölkerung will, sondern nur dass dieser Vorschlag besser ist als der derzeitige Status.

Demonstrieren kann schon beispielsweise bei Lohnverhandlungen sinnvoll sein, um Öffentlichkeit zu schaffen. Jedoch als Mittel zur direkten Demokratie ist es aus den oben genannten Grund wenig geeignet.

BürgerInnenparlamente, BürgerInnenräte

Während die anderen direkten demokratischen Mittel praktisch fast vollständig den Vergleich zur bisherigen Situation und zu verschiedenen Lösungsmöglichkeiten ausblenden, stellen BürgerInnenparlamente und BürgerInnenräte eine Ausnahme davon dar. Dabei werden mit einer repräsentativ zusammengestellten Personengruppe über einen längeren Zeitraum mithilfe von Experten differenziert Themen behandelt und Lösungen erarbeitet. Die Nachteile sind jedoch dabei das diese relativ kostenintensiv sind. Zudem können nur eine relativ geringe Anzahl von Personen überhaupt daran teilnehmen. Ein Großteil der Bevölkerung hat hier dann nicht die Möglichkeit mitzuwirken. Doch der schwerwiegendste Nachteil ist, dass es schwierig ist die erarbeiteten Lösungen auch zur politischen Umsetzung zu bringen. Beispielsweise zeigen sich die Teilnehmer des Klima-BürgerInnenrats Österreich (dieser wurde sogar von einer Ministerin direkt ins Leben gerufen) enttäuscht, von dem wie wenig in die Umsetzung kommt. Denn die Politik muss ja nicht alle Vorschläge des Bürgerparlaments oder Bürgerrats aufgreifen, und vor dem Hintergrund das die Politik vorwiegend Entscheidungen für die Eliten macht wie hier (Warum mehr direkte Demokratie) aufgezeigt und auch durch Studien belegt[32][33], sollte auch der Weg vorgegeben sein, wie es zur politischen Umsetzung kommt.

So positiv und richtig diese BürgerInnenparlamente und BürgerInnenräte durch die Möglichkeit der differenzierten Lösungserarbeitung auch sind, wenn es das erste Mittel der Wahl für mehr direkte Demokratie sein sollte, dann sollte auch die Frage der Umsetzung geklärt sein.

---

[32] https://www.cambridge.org/core/services/aop-cambridge-core/content/view/62327F513959D0A304D4893B382B992B/S1537592714001595a.pdf/div-class-title-testing-theories-of-american-politics-elites-interest-groups-and-average-citizens-div.pdf

[33] https://youtu.be/fVdS0N3rz6Y?si=e0AraulAUrBfObkU&t=1101

2. Spaltung der Gesellschaft

In unserer jetzigen Zeit haben wir viele mögliche Informationskanäle, wie wir uns auch politisch informieren können. Für die Inhaltsersteller ist es aus geschäftlichen Gründen sinnvoll genau für die jeweilige Sichtweise das Wissen aufzubereiten. Zudem kommt noch der Effekt, dass es für die Medien sinnvoll ist absichtlich zu polarisieren, weil das die Loyalität zur jetzt genutzten Medienquelle erhöht.[34] In Abbildung 1 ist zu erkennen wie beispielsweise die Demokraten und Republikaner in ihren Ansichten entfernen.

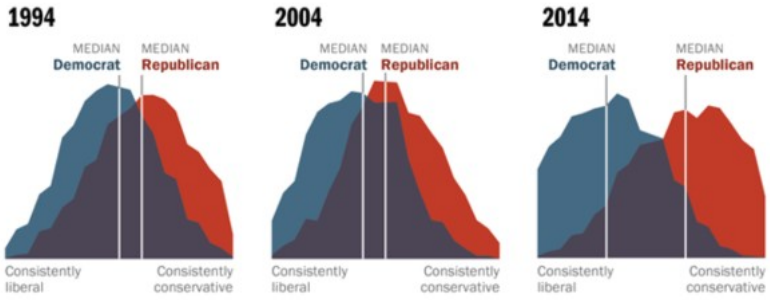


Abbildung 1: Polarisierung[35]

Wie der Bericht der globalen Risiken des WEF 2024 aufzeigt, ist für kurzfristige Risiken 'Misinformation and disinformation' auf Platz 1 und 'Social polarization' auf Platz 3 für die kurzfristigen Risiken.[36] Die größten Risiken kommen nach dieser Analyse neben den 'Extrem Wetter Ereignissen' von dieser Seite. Auch von wissenschaftlicher Seite wurde belegt, dass wenn die Polarisierung stark ist, in der Regel antidemokratische Kräfte gewinnen.[37]

Zudem wurde in kulturellen Erkenntnistheorie herausgefunden, dass wie Fakten verstanden werden, also nicht Argumente und Werte-fragen, eine Funktion der sozialen Gruppe ist. Das Interessante daran ist, dass dies **nur** für Fakten gilt die polarisiert wurden, wie z.B. dem Klimawandel. Vor der Polarisierung der Klimafrage (in 2008) befürwortete sowohl McCain und Obama radikale Änderungen für den Umgang mit dem Klimawandel. Durch die anschließende Polarisierung des Themas konnte dann eine Seite die Argumente nicht mehr aufnehmen da es eine Identifikation mit der anderen Gruppe und deren Vertreter bedeuten würde. Dieser Polarisierungseffekt macht uns also dumm.[38] Mehr dazu in Was macht uns dumm und wie können wir schlaue Entscheidungen treffen.

Während der menschengemachte Klimawandel und deren Sinnhaftigkeit etwas zu unternehmen von der "linken" Seite verstanden und akzeptiert ist, werden jedoch gleichzeitig die auch richtigen Argumente der "rechten" Seite wie die Sinnlosigkeit der lokalen Klimaschutzmaßnahmen aufgrund der Tragödie des Gemeinwohleffekts [39] und des Effekts, dass es bei Maßnahmenergreifung für den Klimaschutz durch Verteuerung der Produktion zu einer Abwanderung der Industrien kommen wird von der "linken" Seite wiederum ausgeblendet.

In diesem Umfeld ist, wird es immer schwieriger zu einer gemeinsamen Meinung zu finden.

3. Wenig Kraft in der Umsetzung

Wie im Punkt 1 aufgezeigt wurde, sind die momentanen Instrumente (bis auf Bürgerparlamente) wenig dazu geeignet überhaupt einen gemeinsamen Willen der Politik darzulegen. Zudem kommt noch das durch Punkt 2 (Spaltung der Gesellschaft) das die Vorschläge oft einseitig sind, und daher diese Bemühungen gar nicht den Willen der Bevölkerung repräsentieren.

+1. Wenig Motivation zur direkten Demokratie

Direkte Demokratie heißt auch sich unentgeltlich zu beteiligen und daher Aufwand zu treiben. Dies ist in

[34] https://youtu.be/rHTBQCpNm5o?feature=shared&t=1202
[35] https://www.pewresearch.org/politics/2014/06/12/political-polarization-in-the-american-public/pp-2014-06-12-polarization-0-01/
[36] Seite 8: https://www3.weforum.org/docs/WEF_The_Global_Risks_Report_2024.pdf
[37] The Relationship between Affective Polarization and Democratic Backsliding: Comparative Evidence (2021, Yunus Emre Orhan, University of Wisconsin)
[38] https://youtu.be/rHTBQCpNm5o?si=HsVPSx--_S8dI5iO&t=1224
[39] https://de.wikipedia.org/wiki/Tragik_der_Allmende

unserer jetzigen Zeit schwieriger denn je, weil die Ablenkungen immer besser werden. Die Medienkonzerne und Vergnügungsindustrie ist in einem harten Wettkampf. Dies führt naturgemäß zu immer besser auf die Menschen abgestimmten Ablenkungen. Ich habe persönlich nichts gegen diese Industrien und ihre Inhalte. Es ist nur so, dass diese freiwillige erforderliche Teilnahme stark dadurch vermindert wird.

+2. Strategisches Missverstehen

Große Teile der Gesellschaft sind überhaupt nicht so gespalten, es gibt aber einen kleinen Teil in der Gesellschaft, der mit aller Gewalt spalten möchte. Dabei wird der Trick angewendet zu sagen "wir sind die Guten und die anderen dürfen gar nicht mehr sagen, was sie denken" um den öffentlichen Diskussionsraum so zu verkleinern, dass nur das noch gesagt werden darf, was dieser sehr kleinen Gruppe gerade noch genehm ist.[40]. Das bedeutet, wenn man eine kleine gut organisierte Gruppe und eine große unorganisierte Gruppe hat, kann die kleine Gruppe der Großen praktisch alles aufdrücken.

In der Umsetzung wird dann häufig die Technik des strategischen Missverstehens angewandt. Dabei werden die Aussagen einer Person absichtlich so missverstanden, dass man ihr möglichst schlechte Absichten unterstellen kann. Wenn es dann gelingt genügend Öffentlichkeit dafür zu bekommen, dann kann diese Person einfach medial abgeschossen werden. [41]

Die Strategie des strategischen Missverstehens findet auch Anwendung beim Ausschluss aus dem öffentlichen Diskurs (Cancel-Culture) und der Kontaktschuld [42].

Dieser Entwicklung zu begegnen könnte man der Ansicht gelangen hier gesetzliche Regelungen einzuführen. Davor kann hier aber nur gewarnt werden, denn in der Demokratie ist die Rede und Meinungsfreiheit essentiell wichtig. Hier einzuschränken und damit auch dir Rede und Meinungsfreiheit zu beschneiden wäre sehr kontraproduktiv für die Demokratie. Eine andere Möglichkeit wäre hier die Tit for Tat (Wie du mir, so ich dir) Strategie anzuwenden. Diese könnte punktuell wirken, aber zu dem Preis, dass dadurch die Spaltung (siehe Punkt 2) wohl noch weiter vorangetrieben werden würde.

Lösungen

1. STATT Es gibt kaum Strukturen für gemeinsame Meinungsbildung ⇒ Eine Struktur für die gemeinsame Meinungsbildung bereitstellen

Wenn die Bevölkerung politisch direktdemokratisch wirksam sein soll, dann braucht es auch eine Möglichkeit zu einer gemeinsamen Entscheidung zu kommen. Die Politik selbst zeigt wenig Interesse diese Möglichkeiten zu schaffen. Dies erscheint durchaus logisch, da dies ja potentiell ihre Entscheidungsfreiheit einschränken würde. Daher ist es wichtig, dass die Gesellschaft selbst sich diese Möglichkeit organisiert. Diese Plattform hier ist dafür gedacht genau dafür eine Möglichkeit bereitzustellen.

2. STATT Spaltung der Gesellschaft ⇒ Gegenseitiges Verständnis schaffen

Wie oben gezeigt, gibt es einen finanziellen Anreiz für die Medien die Spaltung der Gesellschaft voranzutreiben. Diese Software ist darauf getrimmt, verschiedene Ansichten zu einem Thema verarbeiten zu können. Es ist sogar so, dass das Verstehen der anderen Positionen essentiell wichtig ist (Wie funktioniert die Optimierungsmechanik), um im Entscheidungsprozess erfolgreich zu sein. Daher wird ein Anreiz geschaffen sich mit den Meinungen der anderen Positionen auseinanderzusetzen. Die Entscheidungslogik sorgt dafür, dass dann Vorschläge gewinnen, welche die Bedürfnisse aller berücksichtigen, nicht nur der eigenen 'Filterblase'.

Durch die Diskussion und Austausch des Wissens kann Falschinformation und Desinformation viel leichter aufgedeckt werden, als dies in anderen Medien möglich wäre. Zudem sind Eingaben in das System immer mit einem Nutzer verknüpft. Bewusste Falschinformation oder Desinformation kann so nicht völlig anonym platziert werden.

---

[40] https://youtu.be/6MNYtijaUsQ?si=XGsbQMvUKiEA_n8c&t=921
[41] https://www.youtube.com/watch?v=AaXUorOwhEo
[42] https://www.bedeutungonline.de/was-ist-kontaktschuld-bedeutung-definition-erklaerung/

Die Plattform ist dafür gedacht, dass alle von links bis rechts, von konservativ bis progressiv gemeinsam nutzen. Wenn nun gegenseitiges Verständnis durch den Erfolg bei der Ermittlung des besten Vorschlags helfen, dann wird eben genau dieses gemeinsame Verständnis welches wir dringend für die direkte Demokratie benötigen, geschaffen.

Die derzeitige Polarisierung hat ja neben finanziellen Vorteil der Institutionen die diesen vorantreiben ja auch einen praktischen Nutzen. Denn durch die Polarisierung besteht die Möglichkeit Mehrheiten zu finden und dadurch erst Entscheidungsfähig zu werden. Dies gilt jedoch nur, wenn die Mehrheitsentscheidung das Mittel der Wahl bleibt. Warum dies auch aus entscheidungstheoretischer Sicht keine gute Idee ist, wird in Manifest gegen die Mehrheitsentscheidung und Algorithmus für ein faires entscheiden dargelegt. Wenn wir die gesellschaftliche Polarisierung vermeiden möchten, dann müssen wir auch unseren Entscheidungsmodus verändern. Die Mehrheitsentscheidung bedingt geradezu die Polarisierung.

Um das Beispiel von vorhin (dem Klimawandel) nochmals aufzugreifen. Wenn wir uns nicht polarisieren lassen und gemeinsam auf die Fakten schauen, dann sollten wir nach Lösungen suchen, die sowohl die Argumente der "linken" als auch der "rechten" Seite berücksichtigen. So ein Lösungsvorschlag welche beide Seiten berücksichtigt wäre das von Nobelpreisträger William D. Nordhaus ausgearbeiteten Vorgehensmodel (Climate Clubs: Overcoming Free-riding in International Climate Policy). Also eine Lösung welche die Notwendigkeit für Klimaschutzmaßnahmen respektiert, und gleichzeitig die Tragödie des Gemeinguteffekts und der Vermeidung industrieller Abwanderung berücksichtigt. Da jedoch wirtschaftliche Interessen gegen eine Umsetzung wirksam sind, und diese Interessen durch eine repräsentative Entscheidung sich leicht durchsetzen lassen (siehe Warum mehr direkte Demokratie), wurde auf Grundlage des Models von William D. Nordhaus ein direktdemokratischer Ansatz entwickelt (siehe Direktdemokratisches Model für Klimaschutz).

3. STATT wenig Kraft in der Umsetzung ⇒ Viel Kraft in der Umsetzung

Wenn wir nun in der Lage sind gemeinsame Lösungen zu erarbeiten, anstatt wie bisher jeder versucht seine eigenen Ziele durchzusetzen, dann haben wir auch eine viel bessere Position unsere Wünsche an die politischen Entscheidungen auch durchzusetzen.

Was dieses Werkzeug liefern kann, ist eine direkt demokratisch ermittelte Lösung. Das bedeutet aber noch nicht das diese auch repräsentativ für die Bevölkerung ist. Es könnten beispielsweise mehr Männer als Frauen oder mehr Frauen als Männer bei einem Thema mitgemacht haben. Dieses Problem lässt sich aber auch recht einfach beseitigen, indem man zusätzlich noch eine repräsentative Umfrage mit den erarbeiteten Lösungsvorschlägen macht. Wichtig dabei ist auch, dass diese Umfrage nach den Kriterien einer fairen Entscheidung (Algorithmus für ein faires entscheiden) erfolgt (Also eine Umfrage, nach 'Welche der Alternativen wird bevorzugt' wäre zu wenig!).

Wenn nun dieses direktdemokratisch bestimmte Ergebnis feststeht, wie kann es dann in die Umsetzung gebracht werden? Also für den Fall das es die Politik es dann nicht von sich aus in die Umsetzung bringt? Dann besteht beispielsweise die Möglichkeit den erfolgreichen Vorschlag, als Volksbegehren einzureichen. Das hat dann eine völlig andere Qualität als die bisherigen Volksbegehren. Denn wie bereits oben erwähnt, ist ein derzeitiges Volksbegehren nicht viel was anderes als die Einzelmeinung oder die Meinung Weniger für die eine bestimmte Anzahl von Unterschriften gesammelt wurde. Also eine Meinung, die leicht von der Regierung ignoriert werden kann und auch wird. Wenn jedoch ein Volksbegehren gestartet wird mit dem Ergebnis eines Direktdemokratischen Mitgestaltungs- und Entscheidungsprozesses, dann hat das eine völlig andere Qualität. Für die Regierung wird das dadurch praktisch zur Erfüllungsanforderung von Artikel 1 '... . Ihr Recht geht vom Volk aus'. Es braucht dann schon sehr gute Argumente, dieses Volksbegehren nicht umzusetzen. Die Parteien, welche im Parlament dann darüber abstimmen sind mit einer ähnlichen Situation konfrontiert. Dagegenzustimmen, würde der Bevölkerung zeigen, dass sie gar nicht vorhaben das zu tun, was die Bevölkerung möchte. Ohne sehr gute Argumente würde ein dagegen stimmen mit hoher Wahrscheinlichkeit die Partei an Vertrauen verlieren und das würde damit auch einen Verlust an Wählerstimmen für die nächste Wahl bedeuten.

In Entscheidungsfindung der Politik (Wirksam werden in der Politik) werden noch mehr Wege aufgezeigt.

+1. STATT wenig Motivation zur direkten Demokratie ⇒ Bewusstsein schaffen

Mit den Möglichkeiten die uns die Medien- und Freizeitgestaltungsindustrie bietet wird das Gehirn ohne viel Aufwand belohnt. Es ist fast so wie bei jemanden der Drogen nimmt. Die Relevanz für die anderen Dinge

nimmt ab. Speziell bei diesem Vorschlag, für eine Softwarelösung ist das Motivationspotential sehr gering. Besser wären hier beispielsweise noch Demonstrationen, welche ja gleichzeitig auch ein soziales Event sind. Im Vergleich dazu, fühlt sich schon allein der Registrierungsprozess (Registrierung von neuen Nutzern) fast wie Schmerzen an.

Wie kann man dem begegnen?

Wenn man möchte das die Personen sich anmelden und dieses Werkzeug nutzen, dann dürfte es am besten sein, sie auch gleich auf diese Problematik hinzuweisen. Es braucht den bewussten Entschluss jedes einzelnen hier aktiv zu werden. Also die bewusste Entscheidung wie es Daniel Kahneman im Buch 'Schnelles Denken, langsames Denken'[43] den Sachverhalt bewusst durchzudenken und sich gegen den Drang des instinktiven und emotionalen Systems dafür zu Entscheiden das umzusetzen.

Zeigt sich, dass mit dieser Plattform erfolgreich Meinungen bilden lassen und dadurch auch zur Umsetzung gebracht werden können, dann kann es für sich schon eine gewisse Motivation kreieren. Doch bis dorthin, muss das System auch ohne diese zusätzliche Motivation funktionieren können.

Um die Hürde der Nutzregistrierung zu vermeiden wird in Österreich die ID Austria für die Identitätsfeststellung für diese Plattform verwendet.

+2. Statt strategisches Missverstehen ⇒ Sachebene forcieren

Die Voraussetzung für strategisches Missverstehen ist, dass es legitim ist sich von der Sachebene weg zur persönlichen Ebene in der Diskussion zu begeben. Dies gelingt in einer polarisierten Umgebung. Und die polarisierte Umgebung entsteht dadurch, wenn am Ende ein polarisierendes Entscheidungsverfahren steht. Umgekehrt, wenn ein nicht polarisierendes Entscheidungsverfahren genutzt wird (siehe hier (Was macht uns dumm und wie können wir schlaue Entscheidungen treffen)), dann wird die Diskussion vorwiegend auf der Sachebene verlaufen, da es hier die beste Vorgehensweise ist die einzelnen Entscheidungsoptionen sachlich zu begründen. Ein Wechsel auf die persönliche Ebene wird in diesem Kontext üblicherweise als Mangel an Argumenten wahrgenommen und die Technik des strategischen Missverstehens läuft ins Leere. Dies ist auch die Erfahrung, welche über viele Jahre im SK Netzwerk gemacht wurde.

Direktdemokratisches Model für Klimaschutz

Es wird aufgezeigt, dass die bisherigen Maßnahmen nicht im ausreichenden Maß wirkungsvoll sind, um die Klimasituation in den Griff zu bekommen. Es wird weiter dargelegt, warum das so ist, genauer gesagt, warum das mit unserer jetzigen Vorgehensweise sogar so sein muss. Diese geringe Wirkung unserer jetzigen Vorgehensweise wurden von den Ökonomen längst erkannt, und auch Lösungen dafür vorgeschlagen. Der entscheidende Punkt, der hier dargelegt wird, ist: warum die Politik diese Lösungen nicht aufgreift und zur Umsetzung bringt. Aufgrund dieses Verständnisses wird eine konkret umsetzbare Lösung vorgeschlagen.

Die Ausgangslage

Es wird derzeit kaum noch bestritten, das Gase wie CO2 oder Methan Einfluss auf das Klima haben. Strittig ist allenfalls noch wie stark dieser Einfluss ist .[44] Es kann zu selbst unterstützenden Effekten bzw. Kipppunkte kommen wie beispielsweise das auftauen der Permafrostböden und die dadurch austretenden Methangase[45]. Zudem bewirkt die Klimaerwärmung ein großes Artensterben[46], und es kann unsere Nahrungserzeugung ganz massiv negativ beeinflussen.

Ein besonders wichtiger Aspekt dabei ist, dass wir hier das Klima nicht für die nächsten Jahre oder Jahrzehnte ändern dürften, sondern dass unser Handeln jetzt große Auswirkungen auf die nächsten Jahrtausende haben wird.[47]

Viele der Wissenschaftler betrachten jetzt schon das 2015 getroffene 1,5 °C Ziel als gescheitert.[48] Doch selbst

[43] https://de.wikipedia.org/wiki/Schnelles_Denken,_langsames_Denken
[44] https://climateanalytics.org/comment/new-pathways-to-15c-interpreting-the-ipccs-working-group-iii-scenarios-in-the-context-of-the-paris-agreement
[45] https://www.rnd.de/wissen/klima-kipppunkte-was-passiert-wenn-die-permafrostboeden-auftauen-GLEX6ZRWKNE7PI6YPHDXVBVCUI.html
[46] https://www.wwf.de/themen-projekte/artensterben/klimawandel
[47] https://youtu.be/voKWD8HXlw4?feature=shared&t=3627
[48] https://youtu.be/voKWD8HXlw4?feature=shared&t=2453

wenn man nicht an einen Menschen gemachten Klimawandel glaubt oder davon überzeugt ist, dass die Auswirkungen nicht schlimm sein werden dann wäre auch aus dieser Sicht trotzdem Maßnahmen gegen den Klimawandel sinnvoll. Weil das Risiko bestehen bleibt, dass man sich selbst irrt. Genauso wie man davon ausgeht, dass sich diejenigen Irren, dass es katastrophal wäre nicht auf den Klimawandel zu reagieren sollte man auch davon ausgehen, dass man sich selbst auch irrt. Daher ist es auch aus dieser (Klima Wandel skeptischen) Sicht sinnvoll Maßnahmen gegen den Klimawandel zu setzten, um die Risiken der Möglichkeit der eigenen Fehleinschätzung zu verringern.

Bestandsaufnahme

Geringer Erfolg bei internationalen Verhandlungen

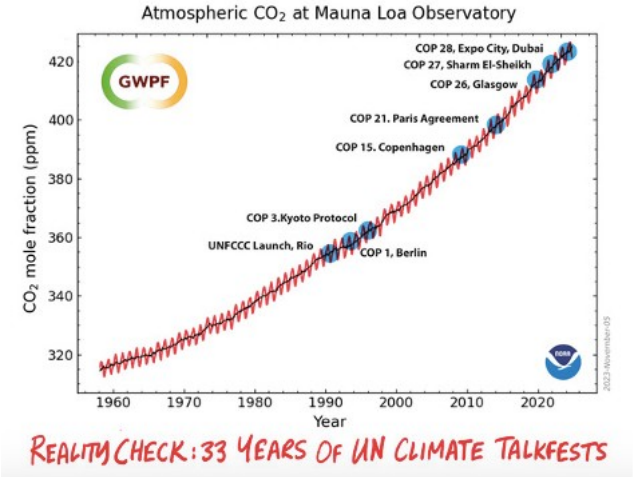


Abbildung 1: Ausgewählte Klimakonferenzen und Verhandlungserfolge[49]

In Abbildung 1 ist der CO2-Gehalt in der Luft und die Zeitpunkte ausgewählter Konferenzen und Verhandlungsergebnisse zum Klimaschutz. Im Jahr 2021 deckten Kohle, Öl und Erdgas 81 % des weltweiten Energieverbrauchs, das ist der gleiche Prozentsatz wie 1999.[50] Zusammengefasst kann das nicht als erfolgreich gewertet werden.

Nicht genügend Wirkung von individuellen Klimaschutz

Es ist sehr gut, wenn jeder persönlich darauf achtet den CO2- und den Methan-Ausstoß möglichst niedrig zu halten, und damit nicht nur die Umweltbelastung verringert, sondern auch den anderen ein gutes Beispiel ist. Es wird jedoch nicht dazu führen, dass es einen Effekt auslöst, dass sich praktisch selbst verstärkend die meisten Personen dazu anregen wird, auch so klimaschonend zu handeln.

Es gibt das Model der 'Tragödie des Gemeinguts'. Dabei wurde in Experimenten immer wieder belegt, dass bei einem Allgemeingut, wie es auch unsere Umwelt ist, auf Dauer positives Verhalten (im Sinne des Schutzes des Allgemeinguts) sich nicht durchsetzen wird. [51] Daher wird dieser Ansatz nicht ausreichen, um die weltweiten Ausstoß von Klimagasen reduzieren zu können..

Es dürfte vielmehr geradezu so sein, dass gerade von der CO2 produzierenden Industrie die Strategie es ist auf die individuellen Maßnahmen die Verantwortung zu setzen. Warum? Weil dadurch der Fokus von den eigentlich notwendigen politischen Entscheidungen genommen wird. Es wird suggeriert, zuerst mal vor der eigenen Haustür kehren zu sollen und im Ergebnis nicht viel Druck in die eigentlich auch erforderliche Richtung zu legen. Der Effekt der 'Tragödie des Gemeinguts' wirkt ja ohnehin, womit im Ergebnis auch nicht mit viel Reduktion im Energiebedarf zu rechnen sein wird. Das prominente Beispiel dazu kommt von BP mit dem CO2-Fußabdruck. [52]

[49] http://www.ageu-die-realisten.com/archives/6909
[50] https://www.washingtonexaminer.com/restoring-america/faith-freedom-self-reliance/get-ready-for-another-pointless-un-climate-conference?mc_cid=6c02ac65d1
[51] https://www.youtube.com/watch?v=IIpbgWyPsWQ
[52] https://www.youtube.com/watch?v=rgqUWQm_G3I

Lösungsansatz Klimaclub

Dieser Effekt der 'Tragödie des Allgemeinguts' kommt nicht nur bei Einzelpersonen zu tragen, sondern auch für ganze Länder. Beschließt ein Land wie Österreich oder Deutschland die Klimagase beispielsweise um die Hälfte zu reduzieren, so hätte das trotzdem keine nennenswerte Auswirkung auf das Klima. Man würde zwei Dinge damit erreichen: 1. Dass wir selbst arm werden und 2. die anderen sehen, dass wir arm werden und machen nicht mit. Am Ende wird also genau das Gegenteil erreicht, was man eigentlich erreichen wollte.[53][54]

Dabei macht es keinen Unterschied, ob nun repräsentativ oder direktdemokratisch entschieden wird. Beispielsweise wird nun repräsentativ also durch eine Partei oder Parteien das Verbrennerverbot ab 2035 in Frage gestellt [55], oder direktdemokratisch zur Abstimmung des revidierten (mit stärkeren Maßnahmen für den Klimaschutz) CO2-Gesetz von der Schweizer Bevölkerung abgelehnt.[56] Das bisherige Vorgehen zeigt also theoretisch und auch praktisch, dass es aufgrund des 'Tragödie des Allgemeinguts' Effekts nicht funktionieren wird.

Der Nobelpreisträger William D. Nordhaus [57] hat dazu 2015 in einem Paper (Climate Clubs: Overcoming Free-riding in International Climate Policy) einen Lösungsansatz aufgezeigt. Unter 'Free-riding' also Trittbrettfahren ist dieser hier beschriebene Effekt auf das Gemeingut des Klimas gemeint.

Will man den Klimaschutz wirkungsvoll werden lassen, dann ist das Model eines Clubs eine sinnvolle (möglicherweise die einzig sinnvoll mögliche) Vorgehensweise das zu tun. Ein Club bedeutet dabei, dass sich mehrere zusammenfinden und gemeinsam Aufwendungen tätigen, und alle Clubmittglieder können von diesen gemeinsamen Aufwendungen profitieren. Nicht Clubmittglieder können nur gegen eine Gebühr davon profitieren.

Umgelegt auf das Klimathema bedeutet das, dass sich eine Zahl am Umweltschutz interessierter Länder zu einem Club zusammenfinden. Dieser Club beschließt eine gemeinsame CO2-Steuer. Dadurch gibt es eine monetäre Motivation den CO2-Ausstoß zu reduzieren. Für die Länder welche nicht an diesem Club mit der CO2-Besteuerung teilnehmen wird vorgeschlagen, einen Zoll für diese Länder einzuheben. Dabei soll nicht etwa das über CO2-Zölle geregelt werden, sondern besser dafür geeignet wäre ein Zoll auf alle Güter der nicht teilnehmenden Ländern. Ein Grund dafür ist es, dass es sehr kompliziert und aufwendig wäre das für jedes Produkt zu errechnen. Wenn ein Zoll auf alle Güter eingehoben wird, dann ist das viel einfacher und transparenter. Es sieht zwar bei diesem Vorschlag so aus, dass es nicht sehr CO2 fokussiert ist. Das vorrangige Ziel ist hier jedoch dabei die Zahl der teilnehmenden Länder zu erhöhen (weil sie nicht die Zölle Zahlen möchten). Die Logik dahinter ist, dass Länder, welche sich nicht auf die CO2-Regelung einlassen, die teilnehmenden Länder nicht nur durch den Wettbewerbsvorteil schädigen würden, sondern auch durch ihre Emissionen generell.

Werden die Zölle zu den nicht teilnehmenden Ländern hoch genug gewählt, ist es allein schon aus wirtschaftlichen Interesse für die Länder an dem Club teilzunehmen. Es ist also ein Modell, bei dem derjenige den Vorteil hat, der mitmacht, und nicht wie oben beschrieben umgekehrt.

Wie ist der Status zum Klimaclub

Wie hier beschrieben, ist der Klimaclub die Lösung, welche wir so dringend für das Klima brauchen. Es kann keinen erfolgreichen Durchbruch in den gemeinsamen Klimaverhandlungen geben, wenn derjenige profitiert, der sich nicht auf eine Regelung einlässt.

In der Tat wurde ein Klimaclub vor 2 Jahren von den G7-Staaten gegründet. Mittlerweile sind 36 (Stand 02.12.2023) Länder mit dabei. Daher könnte man der Annahme sein, dass diese Idee von Nordhaus nun umgesetzt wird.

---

[53] https://www.youtube.com/watch?v=5o3zKfQLyNc
[54] https://youtu.be/vIlS8DuU0uY?si=SeVgA8O9Hy8gXNN8&t=213
[55] https://www.nachrichten.at/politik/innenpolitik/autogipfel-oevp-gegen-einschraenkung-von-autos-mit-verbrenner-motor;art385,3953924#:~:text=Das%20bedeutet%20ein%20Verbot%20f%C3%BCr,Wasserstoff%2Dbetriebene%20Autos%20bleiben%20erlaubt.
[56] https://www.uvek.admin.ch/uvek/de/home/uvek/abstimmungen/co2-gesetz.html#:~:text=Befreiung%20von%20der%20CO2%2DAbgabe&text=Neu%20k%C3%B6nnen%20sich%20alle%20Schweizer,bleiben%20die%20Schweizer%20Firmen%20wettbewerbsf%C3%A4hig.
[57] https://de.wikipedia.org/wiki/William_D._Nordhaus

Leider ist davon nichts zu lesen. Es geht bei diesem Club, wie es aussieht, um Methodiken abzustimmen, damit die Bemühungen vergleichbar werden. Dies soll es ermöglichen Leitmärkte für klimaneutrale Industrieprodukte auszubauen.[58] Es sieht so aus, dass dieses von Nordhaus beschriebene Konzept hier nicht zur Umsetzung kommt. Die 'Tragödie des Gemeinguts' wird nicht im Kern konzeptionell angegangen. Die Wirkung wird meiner Einschätzung nach gering bleiben, und nicht dem Problem angemessen erfolgen.

Warum gibt es keine Entscheidung für einem Klimaclub nach dem Model von Nordhaus

Wir leben heute vorrangig in repräsentativen Demokratien, und zu den Klimaverhandlungen werden von den Regierungen Personen geschickt, welche diese Repräsentation ausüben. Der wichtige Punkt dabei ist, wie gut funktioniert diese Repräsentation. Vertreten die Repräsentanten wirklich, dass was die Bevölkerung will? Wie wissenschaftliche Untersuchungen belegen ist das nicht wirklich der Fall. Das Sagen haben organisierte Interessensgruppen und die Eliten.[59] Hinter diesen Interessensgruppen und Eliten stehen Einfluss und Geld. Die Interessen sind dabei oft genug den Planeten für den Profit auszubeuten, die Klimaschädigung wird dabei in Kauf genommen.

Zudem kommt noch das selbst bei Lobbyismus für den Klimaschutz oft genau dadurch das Problem verschärft, da gleichzeitig häufig auch noch eine bestimmte politische Agenda damit verbunden wird. Für weitergehende Informationen dazu wird das Buch von Axel Bojanowski zum Thema Klimawandel und Lobbyismus empfohlen. [60][61]

Die Repräsentanten vor Ort bei den Klimakonferenzen und im Klimaclub haben daher ein anderes Verhandlungsziel als es die breite Bevölkerung es hätte. Denn zusätzlich zu den beeinflussenden Kräften haben die Vertreter für sich selbst eine andere ökonomische Situation. Diejenigen die hier wirklich etwas zu sagen haben, gehören mit hoher Sicherheit auch zu den Spitzenverdienern.

Wie würden Sie diese Fragen als Spitzenpolitiker oder als normal verdienende Bürger (kurz: Normalbürger) bei einer Klimakonferenz beantworten:

- Wenn ich für den Klimaschutz und gegen die Interessensgruppen mit viel Einfluss und Geld agiere, kann es mir passieren, dass da Werbung gegen mich oder meiner Partei gemacht werden könnte? (Wenn es gegen die Partei geht, fällt es ja dann auch wieder auf mich zurück)
- Wenn das Essen 2- oder 3-mal so teuer wäre, weil es nun schwieriger ist es landwirtschaftlich zu bearbeiten, würde es mir persönlich für meinen Lebensstandard eine Einschränkung bedeuteten.
- Wenn ich meine Parteivorgaben und Verhandlungsspielräume ignoriere und einfach im Sinne des Klimas entscheide, habe ich dann mit Repressionen zu rechnen?
- Ich weiß, wenn ich beim Klimaschutz eine Vorreiterrolle einnehme, werden das zuhause die populistisch agierenden Oppositionsparteien nutzen, um Stimmung gegen uns zu machen. Das kostet bei den nächsten Wahlen Stimmen. Will ich das?
- Wir möchten am Ende der Konferenz ein Ergebnis vorzeigen, und dieses sollte einstimmig sein. Leider blockieren einige Staaten eine Formulierung, welche wirklich etwas für den Klimaschutz bringen würde. Sollte ich bei der zu Erwartenden sehr schwachen Formulierung zustimmen, oder sollte ich es blockieren, so das gar nichts herauskommt und damit den Unmut aller auf mich ziehen?

Man kann erkennen, dass die Repräsentanten einer völlig anderen Entscheidungslogik unterliegen als der Normalbürger. Der Repräsentant kann nicht nur an das Klima denken, sondern hat eine Reihe von Dingen, welche zusätzlich berücksichtigt werden müssen, sofern er sein Amt weiter ausüben möchte. Der Normalbürger hingegen kann seine Entscheidung voll auf den Sachverhalt richten und eine für die Klimasituation angemessene Entscheidung treffen. Daher wäre es aus dieser Sicht viel besser, dass auch der Normalbürger darüber entscheiden darf, inwieweit der Klimaschutz betrieben wird, und ob ein Klimaclub nach dem Entwurf von Nordhaus sinnvoll wäre.

---

[58] https://web.de/magazine/politik/scholz-erklaert-klimaclub-arbeitsfaehig-36-mitglieder-38925902
[59] https://youtu.be/PJy8vTu66tE?feature=shared&t=511
[60] Was Sie schon immer übers Klima wissen wollten, aber bisher nicht zu fragen wagten: Der Klimawandel zwischen Lobbygruppen und Wissenschaft ISBN-10: 3864894611 ISBN-13: 978-3864894619
[61] Buchdiskussion: Was Sie schon immer übers Klima wissen wollten, aber bisher nicht zu fragen wagten Der Klima Krimi. Teil 1 (https://www.youtube.com/watch?v=gCEDf_iwA5A) und Der Klima Krimi. Teil 2 (https://www.youtube.com/watch?v=XB4A6-UpczA)

Ausgestaltungsoption

Aufgrund Ideen aus der Bevölkerung wird hier noch eine Ausgestaltungsoption dieses Klimaklubmodels vorgeschlagen. Auch wenn langfristig die Kosten für die Bevölkerung ohne Klimaschutz höher sein dürften, so sind die kurz und mittelfristigen Kosten doch höher. Um dieser Problematik mit bestmöglicher Effizienz zu begegnen werden hier zwei zusätzliche Strategien vorgeschlagen:

1. Abschaffung bzw. Reduzierung der Förderungen und Verbote welche sich auf den Klimaschutz beziehen.
2. Negativer Ausfuhrzoll

Abschaffung bzw. Reduzierung der Förderungen und Verbote

Es ist wesentlich effizienter und zielgerichteter durch ein Preissignal (CO2-Steuer) den Klimaschutz zu betreiben, als durch viele kleinteilige Maßnahmen wie Förderungen und Verbote.[62] Deshalb wäre es zielgerichteter und damit besser die Maßnahmen nur auf die CO2-Besteuerung (mit Zoll -> Klimaklubmodell) zu reduzieren. Diese CO2-Besteuerung soll dann in der angemessenen Höhe sein, um die von der Bevölkerung gewünschten Klimaziele zu erreichen.

Dadurch kann der Markt sich effizienter entwickeln und es werden auch Kosten in der Verwaltung gespart.

Negativer Ausfuhrzoll

Eine der großen Problematiken im Klimaschutz ist, dass die Energiekosten und damit auch die Erzeugungskosten der meisten Produkte und Güter steigen. Länder die nicht, oder nicht stark in den Klimaschutz investieren haben dadurch Wettbewerbsvorteile. Die im Klimaschutzmodel geplanten Einfuhrzölle können jedoch die Problematik nur teilweise beheben, da zwar die innere Industrie von Niedrigpreisen aus dem Ausland geschützt wird, jedoch die Ausfuhr unwirtschaftlich bleibt. Das hat zwei Nachteile:

1. Die Exporte und damit die Produktionserfordernisse reduzieren sich. Die heimische Wirtschaft wird dadurch geschwächt.
2. Im Ausland werden genau dieselben Güter (z.B. Stahl), weil dort keine oder kaum Regelungen zum Klimaschutz bestehen, mit größerem CO2-Ausstoß produziert. Wenn dieselbe Menge an Güter benötigt wird, dann sinkt dadurch auch die Effizienz mit wie viel CO2-Ausstoß dieses Produkt weltweit gesehen erzeugt wird.

Um dem entgegenzuwirken, sollte der eingehobene Einfuhrzoll dafür verwendet werden, um einen negativen Ausfuhrzoll zu finanzieren.[63] Haben die teilnehmenden Länder insgesamt ein ausgeglichene Handelsbilanz, dann ergibt sich das die Ausfuhren genauso hoch gestützt werden, wie Güter bei der Einfuhr verzollt werden. Wird dieser Zoll in geeigneter Höhe eingehoben und ausgezahlt, dann wird die interne Verteuerung dadurch kompensiert. Die heimische Industrie kann weiterhin exportieren. Sie bleibt dadurch konkurrenzfähig und hilft global gesehen die Treibhausgase zu reduzieren. Importierte Zwischenprodukte verteuern sich zwar beim Import, die daraus hergestellten Endprodukte verbilligen sich dann wieder bei der Ausfuhr und bleiben damit auch konkurrenzfähig.

Diese Regelung könnte als etwas wie eine selektive Währungsabwertung betrachtet werden. Also, für die nicht am Klimaklub teilnehmenden Ländern, ein Effekt ähnlich einer Währungsabwertung (Die externen Wahren werden für das Inland teurer, die exportierten Wahren für das Ausland billiger). Es wird also die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den nicht teilnehmenden Ländern dadurch erhöht.[64]

Modellrechnungen

Damit für diese Ausgestaltungoptionen angemessene Werte für die CO2-Besteuerung und für die Höhe der Zölle gefunden werden können, werden noch Modelrechnungen von ökonomischer Seite benötigt. Diese Berechnungen soll, wie auch das Basismodell jetzt schon, für verschiedene CO2-Steuer- und Zollsätze, den zu erwartenden Steuerungs- und Schutzeffekt darlegen.

[62] https://www.youtube.com/watch?v=A5izUaExEWg&t=3671s
[63] https://volksabstimmung.at/abstimmen/index.php?title=SC_Vorschlag:19:2:Ein_einheitlicher_prozentualer_Tarif_(Vorschlag_von_Nordhaus)
[64] https://www.gevestor.de/finanzwissen/oekonomie/volkswirtschaft/so-funktioniert-die-abwertung-einer-wahrung-631706.html

Die Idee

Die grundsätzliche Idee wäre es die Bevölkerung direkt in den Entscheidungsprozess für den Klimaschutz mit einzubinden. Das Model von Nordhaus dient dabei als Rahmen. Der Ablauf dafür kann wie folgend aussehen:

1. Möglichkeit schaffen für direktdemokratische Beteiligung

Derzeit ist es praktisch nicht möglich zu sagen, was die Bevölkerung möchte, weil es gar nicht angemessen erfasst wird (siehe Die 3+1 Hemmnisse der direkten Demokratie (Die 3+2 Hemmnisse der direkten Demokratie)). Auch die Bestrebungen einzelner Klimaschutzorganisationen spiegeln nicht notwendigerweise wider was die Bevölkerung haben möchte. Daher sollte als erster Schritt diese Möglichkeit geschaffen werden. Es gibt verschiedene Wege das zu tun, jedoch wurde auch eine Softwarelösung speziell für diesen Zweck umgesetzt. Es ermöglicht die Diskussion (Struktureller Aufbau der Software) und eine faire Bewertung (Algorithmus für ein faires entscheiden) der verschiedenen Lösungsvarianten.

2. Diskutieren und bewerten durch die Bevölkerung

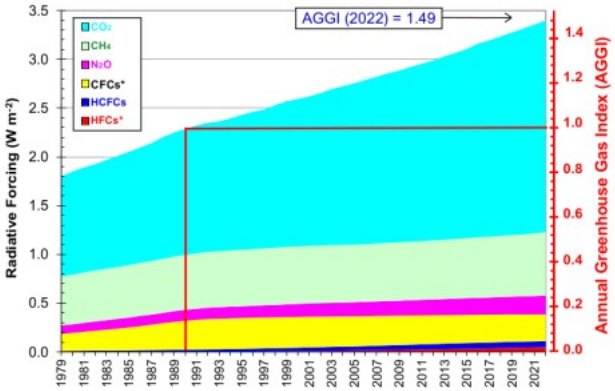


Abbildung 2: Radiative Forcing relativ zum Jahr 1750 verschiedener Klimagase[65]

Nach diesem Konzept wäre es sinnvoll in allen Ländern, welche auch Mitglieder im Klimaclub sind und auch weitere interessierte Länder diese Diskussions- und Entscheidungsplattform bereitzustellen. Für Österreich wurde dies nun vorbereitet Klimaclub Österreich Diskussions- und Entscheidungsplattform. In ähnlicher Weise könnte das dann für die anderen Länder auch erfolgen.

Nun hat die Bevölkerung selbst die Möglichkeit:

- Zu entscheiden, ob das Land in den Klimaclub (nach Vorschlag Nordhaus) möchte. (Für Österreich wird diese Entscheidung hier abgefragt)
- Bis zu welchen Treibhausgassteuern und zu welchen maximalen Zöllen das Land bereit wäre zu gehen. Also **nicht** welche Steuer und Zoll eingeführt werden soll, sondern der maximale Verhandlungsspielraum für das Klimaabkommen.
- Verwendung dieser erhobenen Steuern und Zölle
- Wie mit Entwicklungsländern und Krisenstaaten umgegangen wird. Welche Erleichterungen soll es für diese geben?
- Noch weitere Lösungsvorschläge einbringen kann, wie die Regelung eventuell noch besser gestaltet werden kann.
- Da die Informationen offen zugreifbar sind, kann und soll auch ein Austausch der Ideen zwischen den Ländern stattfinden.

Es wurde hier für CO2 und Methan die Themen vorbereitet, weil das die hauptverursachenden Gase sind (siehe Abbildung 2). Die Übersichtsdarstellung für Österreich findet sich dabei unter klimaclub.at. Die weiteren Treibhausgase sollten auch behandelt werden, jedoch dürfte es sinnvoll sein, vorerst sich auf die Hauptverursacher zu konzentrieren. Um den Lesefluss einfach zu halten, wird hier jedoch auch im Folgenden nur auf CO2 eingegangen.

Um dem Bürger die Möglichkeit angemessen der Klimasituation zu entscheiden, reicht ein Diskussions- und

[65] https://gml.noaa.gov/aggi/aggi.html

Abstimmungswerkzeug allein nicht aus. Es sollten daher flankierende Maßnahmen getroffen werden um das sicherzustellen.

3. Internationale Vereinbarung treffen

In den Ländern selbst wird dann nicht darüber entschieden, wie hoch die CO2-Steuer sein wird, oder wie hoch der Zoll sein wird, sondern es wird entschieden, bis zu welcher Grenze das Land bereit ist die CO2-Steuer zu erheben bzw. bis zu welchem Zoll dieses Land bereit ist maximal einzuheben.

Die Verantwortlichen im Klimaclub selbst haben dann nur noch die Optimierungsaufgabe. Also zu analysieren, bei welcher CO2 Steuer und bei welchem Zoll ein Maximum für den Klimaschutz erreicht wird. In diese Berechnungen sollte natürlich auch mit einfließen, dass es für Länder trotz einer geringeren CO2-Steuer Bereitschaft sinnvoll sein kann in den Klimaclub beizutreten, da ja dann die Zölle entfallen. Da alle Ergebnisse der Länder offen vorliegen, kann jede Person oder Organisation parallel dazu auch diese Berechnungen durchführen. Das führt dazu, dass der Klimaclub sich daran wird messen lassen müssen. Das soll dann sicherstellen, dass hier nicht wieder durch Beeinflussung ein nicht gutes Ergebnis erzielt wird.

Im Ergebnis wird ein CO2 Steuersatz gefunden, bei dem eine große Anzahl der Länder bereit ist mitzumachen. Der Zoll sollte dann auch so hoch liegen, dass ein Abwandern der energieintensiven Industrie verhindert wird. Denn wenn der Import durch den Zoll das Produkt wieder verteuert, macht abwandern keinen Sinn. Die Produkte bleiben ja ohnehin konkurrenzfähig, da bei Produkten aus nicht mitmachenden Ländern dieser Zoll wirkt.

Diese beiden Parameter, ein Einführungsdatum und Erleichterungen für Entwicklungsländer werden im Klimaclub beschlossen.

Für diese Vereinbarung kann, falls notwendig, dann auch ein öffentlicher Druck aufgebaut (Entscheidungsfindung der Politik) werden, da die Grundlage der Entscheidung von der Bevölkerung selbst kommt. Für Österreich gilt, dass das Recht vom Volk aus geht (Artikel 1, Verfassung), für die meisten anderen Länder dürfte es eine ähnliche Regelung geben, welche prinzipiell die Anliegen der Bevölkerung an erster Stelle stellt. Aufgrund dessen, kann die Umsetzung dann auch eingefordert werden.

4. Einführung

Besteht nun ein Klimaabkommen nach dem Model von Nordhaus, kann es auch relativ einfach eingeführt werden. In Österreich besteht ja bereits eine CO2-Steuer, diese müsste nur auf die entsprechende vereinbarte Höhe angepasst werden und ein Zoll auf alle Güter, die nicht von den Clubmitgliedstaaten kommen einheben. Es wird für die Staaten auch insofern einfacher, dass diese nicht auf wie bisher indirekt auf Ausstoßziele von Treibhausgasen hinarbeiten müssten, was natürlich schwierig ist, da man nicht genau weiß welche Maßnahme welchen Erfolg zeigen wird. Da ist es doch erheblich einfacher die Steuer und den Zoll einzuheben.

Ein weiterer Vorteil ist, dass ein nicht Einhalten der Regelung, sofort ohne Gericht und Anklage bestraft wird. Ein Land, welches die CO2-Steuer nicht einhebt, wird einfach, mit dem Zoll beaufschlagt. Im Vergleich dazu muss bei den bisherigen Vereinbarungen ein Klageweg definiert sein und dieser durchschritten werden, dass es zur Strafe kommt. Dies ist aufwendig, teuer und unsicher. Da die Strafe dadurch erst durch eine zeitliche Verzögerung kommt, trifft es die momentan Verantwortlichen nicht direkt, was die Umsetzung schwieriger machen würde.

Die zu erwartenden Ergebnisse

Im Folgenden werden einige der zu erwartenden Änderungen zusätzlich zu den bereits oben beschriebenen Eliminierung des 'Tragödie des Allgemeinguts' Effekts und der Verhinderung bzw. Verminderung der industriellen Abwanderung aufgezeigt.

Positive Investitionslogik im Sinne des Klimaschutzes

Wenn es gelingt dieses Steuer und Zoll Modell einzuführen, dann ist es auch sehr wahrscheinlich, dass es bestehen bleibt, weil es der direkte Wunsch der Bevölkerung ist. Dadurch ändert sich natürlich auch die Zukunftsbetrachtung der Länder und Firmen. Es ist nun Gewissheit, dass der Kohlenstoff, der aus der Erde geholt wird ein teures Wirtschaftsgut ist und bleiben wird. Dadurch werden Investitionen, welche den Bedarf an CO2 Ausstoß verringern plötzlich wirtschaftlich sinnvoll. Das Betrifft sowohl Investitionen in Infrastruktur als auch Investitionen in Forschung und Entwicklung.

Speziell die Investitionen in Forschung und Entwicklung machen die nicht CO2 intensiven Technologien besser und günstiger. Dadurch erhöht sich die Konkurrenzfähigkeit der nicht CO2 Technologien weiter, was die Wirkung für den Klimaschutz beschleunigt.

Effizienz für den Klimaschutz

Bisher ist es üblich viele kleinteilige Maßnahmen für den Klimaschutz zu beschließen. Diese vielen Gesetze, Förderungen und Regelungen mögen für sich alle sinnvoll sein, werden aber in Summe zu so etwas was als Planwirtschaft für den Klimaschutz betrachtet werden kann. Der Markt passt sich auf diese Regelungen an, und optimiert sich nicht zum effizienten Klimaschutz. Zudem können diese Regelungen nie sofort auf geänderte wirtschaftliche Situationen sofort angepasst und alle Regelungen in perfekten Einklang zueinander stehen. Wie wir aus der Vergangenheit wissen, kann eine planwirtschaftliche Gestaltung nie so effizient sein wie eine marktwirtschaftliche.[66] Also die Klimaschutzmethodik die Momentan zur Anwendung kommt ist nicht nur ineffizient, sondern wie oben bereits aufgezeigt, ein Beispiel für andere Länder wie Klimaschutz zur Wohlstandsminderung führt was in der Folge die Einführung hemmt.

Dieses Konzept reduziert den Eingriff des Staates auf einen einzigen Faktor, den CO2-Ausstoß. Also genau das was reduziert werden soll. Der Markt mit all seinen Marktteilnehmern hat nun die Möglichkeit sich hier zu optimieren. Also die Marktwirtschaft kann nun dadurch auch mit dem Klimaschutz wirken. Ein Modell, dass den möglichen Wohlstandsverlust durch die Umstellung auf CO2-neutrale Technologien möglichst gering ausfallen lässt.

Umverteilung nach unten

Der CO2-Ausstoß ist mit dem Reichtum positiv korreliert.[67] Das bedeutet, dass eine entsprechende CO2-Besteuerung auch mehr Einnahmen pro reiche Person erzielt werden als für eine ärmere. Über die Verwendung der Einnahmen aus dieser CO2-Steuer und dem Zoll kann die Bevölkerung selbst entscheiden. Dies sollte in Schritt 2 'Diskutieren und bewerten durch die Bevölkerung' gleich mitdiskutiert und mitentschieden werden.

Jedes Land kann dabei für sich wählen, was mit den dann doch zu erwartenden erheblichen Summen passieren soll. In Österreich wird diese CO2-Steuer direkt wieder an die Bevölkerung als Klimabonus ausgezahlt. Das Gleiche könnte man auch für die dadurch entstehenden Zolleinnahmen machen. Produziert eine Person relativ wenig CO2, welches häufiger bei geringen Verdienern der Fall ist, wird diese Person mehr an Auszahlung erhalten, als die Steuern und die Zölle die Produkte verteuern. Es kommt somit zu einer entsprechenden Umverteilung von oben nach unten. Das gilt selbst dann, wenn die Bevölkerung sich dazu entschließen sollte diese Beträge nicht sich direkt auszahlen zu lassen, sondern dem Staatshaushalt überlässt. Weil die Reichen ja mehr einzahlen, profitiert dadurch die Ärmeren trotzdem auch, wenn diese Gelder vom Staat nun gleichmäßig für alle verwendet werden.

Entscheidungsfindung der Politik

Wie entscheidet die Politik und wie kann durch systemisches konsensieren durch die Bevölkerung die Entscheidungen der Politik beeinflusst werden.

Derzeitige Entscheidungsmechanismen der Politik

Damit ein Vorhaben oder ein Vorschlag umgesetzt wird oder zu einem Gesetz wird, muss es eine konkrete Entscheidung geben. Dabei kommen üblicherweise folgende Verfahren zur Anwendung:

Mehrheitsentschluss

Am Beispiel Nationalrat wird durch die Regierung ein Gesetzesvorschlag dargelegt. Dieser muss über eine Mehrheit der Abgeordneten entschlossen werden, damit dieser zum Gesetz werden kann. Da die Regierung meist aus einer Koalition von Parteien selbst bestimmt wurde, werden in der Regel diese Gesetzesanträge durch einen Mehrheitsbeschluss bestätigt.

Die Mechanik dahinter ist, dass sich durch die Koalitionsbildung genügend Abgeordnete finden, welche dann geeint abstimmen. Dadurch haben die nun gemeinsam abstimmenden Parteien (bzw. Klubs) die

[66] https://www.youtube.com/watch?v=A5izUaExEWg&t=3671s
[67] https://taz.de/Ungleiche-Emissionen-in-Deutschland/!5922585/

Entscheidungsmacht. In Abstimmung miteinander können sie praktisch alle Gesetze durchbringen und müssen keinerlei Rücksicht auf die Oppositionsparteien nehmen. Es können auch problemlos Entscheidungen durchgehen, welche sogar zum Nachteil der Opposition vertretenen Bürger ist, weil ja nur die Mehrheit zählt.

Ein weiterer Effekt dieses Entscheidungsverfahrens ist es, dass die Entwicklung des Gesetzesentwurfs für den Bürger weitestgehend verborgen bleibt. Es ist also nicht nachvollziehbar, ob das Gesetz vielleicht durch Lobbying Arbeit oder ähnlichem so zustande gekommen ist.

2/3 Entschluss

Für Verfassungsgesetze sind eine 2/3 Mehrheit notwendig. Daher können die Koalitionsparteien nicht mehr einfach über eine Verfassungsänderung erfolgreich abstimmen. Es sind mehr Stimmen notwendig, damit werden auch die Anliegen von mehr Menschen berücksichtigt. Der Nachteil liegt darin, dass es nun schwerer ist überhaupt ein Gesetz erfolgreich zur Abstimmung zu bringen.

Einstimmiger Beschluss

Ein einstimmiger Beschluss wird z.B. bei der Klimakonferenz COP angestrebt. Der Vorteil dabei ist, dass hinter diesem Beschluss wirklich alle Länder stehen. Aber es gibt auch einen großen Nachteil dabei. Die Staaten, welche keine Änderung wollen, haben sehr viel mehr Macht, als jene die eine Veränderung zur momentanen Gesetzeslage wollen. Gibt es beispielsweise momentan keine ausreichende internationale gesetzliche Regelung zum Klimaschutz, so kann ein einzelnes Land dies auch weiterhin verhindern, wenn es nicht seine Zustimmung gibt. Man kann sofort erkennen, dass diese Regelung jene bevorzugt, welche gar keine Änderung haben möchten.

Dies ist jedoch kein Vorwurf gegen die COP Konferenzen, da eine andere Entscheidungsregelung mit großer Sicherheit viele Länder davon abhalten würde an dieser Konferenz überhaupt teilzunehmen.

Wie funktioniert es beim systemischen konsensieren

Das systemische konsensieren wurde in der Softwarelösung für die direktdemokratische Entscheidungsfindung als Grundlage gewählt. Der Grund liegt darin, dass die oben beschriebenen Schwächen hier nicht auftreten sollen.

Beim systemischen konsensieren werden mehrere Lösungsvorschläge zu einem Entscheidungsthema nebeneinander behandelt und durch ein bewertendes Verfahren (Der Algorithmus) entschieden. Dadurch ergibt sich:

Alle können bei der Entscheidungsfindung mitgestalten

Im Vergleich zum Mehrheitsbeschluss, bei dem nur die Mehrheit zählt und damit auch nur dieser Vorschlag zählt (Oppositionsparteien könnten zwar Alternativvorschläge einbringen, hätten jedoch keinen Erfolg damit), funktioniert das beim systemischen konsensieren grundsätzlich anders. Durch das bewertende Element im Entscheidungsalgorithmus zählen nun alle Vorschläge. Das heißt, jede politische Richtung kann hier Vorschläge einbringen mit der Aussicht auf Erfolg.

Optimierung und der Selbstreinigungseffekt

Bei der herkömmlichen Parteienpolitik geht es darum, die Interessen der Partei durchzubringen. Wie oben bereits erwähnt wird dabei versucht eine Mehrheit zu erreichen, auch wenn es auf Kosten der Minderheit geht. Es ist ein Zeichen für eine erfolgreiche Parteistrategie, wenn eine Partei gehasst wird, da sie es für ihre Kernwähler genau richtige macht und für die anderen Wähler genau das Falsche macht.[68] Im Gegensatz dazu steht beim systemischen konsensieren im Vordergrund, dass es für alle eine möglichst gute Lösung wird.

Die Lösungsvorschläge stehen nebeneinander in Konkurrenz und können laufend optimiert werden. Das bedeutet, dass z.B. Mehrheitsfähige Vorschläge, welche nicht Rücksicht auf die Minderheit nimmt, im Vergleich nicht bestehen wird können. Genauso verhält es sich bei Kompromissvorschlägen welche für keine Seite eine gute Lösung ist. Diese Lösungen werden durch den sogenannten "Selbstreinigungseffekt" dieser

[68] https://youtu.be/5oYZKaRwDIg?si=ACR_DLMHaQx7SLii&t=321

Methode ins Abseits geraten.

Vorschläge welche Rücksicht auf alle nehmen, erhalten auch die besseren Bewertungen von allen. Diese Vorschläge reihen sich dadurch nach vorne. Dabei kann man voneinander lernen und die eigenen Vorschläge noch weiter optimieren, sodass sie für möglichst alle eine gute Lösung sind. Somit hilft man dabei seiner Lösung, dass diese in der endgültigen Entscheidung gewinnen wird. Es findet also eine **Optimierung für die Bedürfnisse aller** statt. Um diesen Optimierungsprozess möglichst effizient zu gestalten wird ein Widerstandsbewertungsmaßstab (Bewertungsmaßstab) verwendet.

Die so erarbeitete Lösung nennt man **konsensiert**

Die Nulloption

Beim systemischen konsensieren werden die verschiedenen Lösungsvorschläge bewertet. Nun könnte es aber auch sein, dass bereits die bestehende Lösung besser ist als alle eingebrachten Vorschläge. Um sicherzustellen, dass es nicht zu einer Schlechterstellung kommt wird bei jedem Thema auch die Lösung mitgeführt, welche bereits ohne zusätzliche Entscheidung besteht. Diese ist mit einer eingekreisten Null in der Software markiert. Sollte wirklich bereits die bestehende Lösung die Beste sein, so wird diese dadurch auch bestehen bleiben und nicht durch eine neue schlechtere Lösung ersetzt werden.

Blockieren ist nicht möglich

Bei Konsensentscheidungen, bei denen ja Einstimmigkeit gefordert ist, ist das große Problem wie bereits oben beschrieben, dass ein einzelner Akteur die Entscheidung blockieren kann. Das heißt, dieser Akteur hat eine große Macht das die bisherige Situation oder auch Entscheidung beibehalten bleibt. Er hat also eine Entscheidungsmacht auf die bisherige Option. Im systemischen konsensieren hingegen ist diese bisherige Option eine von vielen (die Nulloption). Einer Person oder einem Akteur wird daher nicht mehr die Macht gegeben, die bisherige Lösung einfordern zu können. Dieses Machtgefälle wird eliminiert, ohne dabei auszuschließen, dass man bei der bisherigen Option bleibt.

Menschenrechte berücksichtigen

Was kein Entscheidungsverfahren leisten kann ist, dass es darauf achtet, dass die Menschenrechte eingehalten werden. Deshalb ist auch die Moderation bei der hier vorgeschlagenen Softwarelösung ein zentrales Element. Die Moderateren haben darauf zu achten, dass keine Themen und Vorschläge eingebracht werden bzw. sofort wieder entfernt werden, welche im Widerspruch zu den Menschenrechten sind. Insbesondere wichtig ist dabei der Minderheitenschutz. Es dürfen also keine Vorschläge zugelassen werden, welche Minderheiten benachteiligen.

Wirksam werden in der Politik

Die beste Diskussion und die besten Lösungen helfen nichts, wenn die nicht politisch wirksam werden. Es ist nicht zu erwarten, dass die Politik von sich aus diese Entwicklung fördert oder gesetzliche Regelungen für die Umsetzung der erarbeiteten Lösungen von sich aus ermöglicht. Daher sollten Wege gewählt werden, welche ohne der freiwilligen mithilfe der Politik auskommt um politisch wirksam zu werden.

Hier einige Möglichkeiten:

Volksbegehren mit den konsensierten Lösungen

Wie in Die 3+2 Hemmnisse der direkten Demokratie kann mit den konsensierten Lösungen ein Volksbegehren gestartet werden. Die Umsetzungskraft ist dabei viel größer als bisher, da diese Lösung ja gemeinsam erarbeitet wurde und damit belegbar dem Entspricht was der Wunsch der Bevölkerung ist.

Gründung einer direktdemokratischen Partei

Eine weitere Möglichkeit wäre die Gründung einer Partei, welches als einzigen Programmpunkt hat, die Wünsche der Bevölkerung in den Nationalrat zu tragen. Dabei könnte diese Partei dann, wenn sie in den Nationalrat gewählt wurde, auch Gesetzesanträge stellen. Diese Partei könne damit dann die konsensierten Lösungen der Reihe nach im Nationalrat zur Abstimmung bringen. Zudem würde sie die von der Regierung vorgeschlagenen Gesetze direkt demokratisch vor der Abstimmung diskutieren und abstimmen. So könnten die

von der Regierung vorgeschlagenen Gesetze weiter verbessert werden und im Sinne der Bevölkerung umgesetzt werden. Die Abgeordneten dieser direktdemokratischen Partei hätten dann die Aufgabe der Moderation und der Vermittlung zwischen der Regierung und den anderen Parteien und der Information über die Entwicklungen in den Ausschüssen.

Würde diese direktdemokratische Partei den Regierungsbildungsauftrag erhalten, so würde sie trotzdem nicht eine Koalition suchen, sondern den Auftrag dazu nutzen, um mittels eines geeigneten Verfahrens die besten Köpfe für die Regierung zusammenzustellen. Diese Personen werden in der Regel, gar nicht aus der Partei kommen. Die Regierung kann dann ihre Tätigkeit aufnehmen. Ob nun für oder gegen ein Gesetz gestimmt wird, kann dann jeweils selbst jede Partei für sich entscheiden. Die Situation, einer Koalition, welche bedeuten würde, dass man sich zusammentut, um die Opposition zu überstimmen wäre nicht im Sinne dieser direktdemokratischen Partei und sollte daher nicht verfolgt werden.

Gemeinschaftliches antreten als Wahlplattform

Die Idee dabei ist, dass Kleinparteien, Vereine und auch andere politisch interessierte Organisationen gemeinsam eine Wahlplattform gründen. Dabei ist es wichtig, dass alle Ideologien (von links bis rechts) für diese Wahlplattformpartei zugelassen werden. Nur dann kann die direktdemokratische Wirkung sich entfalten, da es sonst ja auch nur eine Klientelpartei wäre und nicht den Willen aller repräsentieren würde. Nur radikale Gruppen und Organisationen welche Gesetze brechen sollten nicht mit aufgenommen werden, da diese den Ruf der Wahlplattform schädigen könnten.

Gelingt nun der Einzug in den Nationalrat, ist das Vorgehen ganz ähnlich dem der direktdemokratischen Partei. Es wird ein Klub gegründet. Die Abgeordneten haben die Aufgabe die Gesetzesanträge der direkt demokratischen Ermittlung einzubringen und zu vermitteln. Zudem sollen und dürfen die Abgeordneten ihre eigenen Organisationsziele weiterhin verfolgen. Der Vorteil dieser Lösung ist es, dass dadurch eine Menge guter und engagierter Menschen als mögliche Abgeordnete zur Verfügung stehen. Diese müssten erst mal bei der direktdemokratischen Partei in der erforderlichen Qualität und Menge aufgebracht werden.

Wäre eine direktdemokratische Partei oder eine Wahlplattform nach diesem Muster populistisch?

Ein klares **NEIN**. Wie hier (Warum mehr direkte Demokratie) beschrieben sieht auch der Populismus das Missverhältnis des politischen Einflusses zu Gunsten der Eliten. Der Umgang ist jedoch ein völlig anderer. Der Populismus betreibt die Spaltung zwischen den Eliten und der restlichen Bevölkerung und sieht diese als Feindbild.[69] Hingegen, wenn direktdemokratische Meinungsbildung und Entscheidungsfindung wie hier auf dieser Plattform beschrieben betrieben wird, dann ist es das Ziel Eliten und 'normale' Bürger das selbe Gewicht im politischen Entscheidungsprozess zu geben. Die Eliten können und sollen auch daran teilhaben. Der Punkt ist, dass dabei die Eliten nicht mehr diesen stark überproportionalen Einfluss auf die politischen Entscheidungen haben sollen,[70] [71] sondern dass jede Person gleich viel zählt und damit den gleichen Einfluss auf die Entscheidung hat.

Internationaler Klimaschutz

Wir wissen seit vielen Jahrzehnten, dass der Ausstoß von klimaaktiven Gasen unsere Umwelt auf Dauer zerstören wird. Schon 1979 gab es die erste Weltklimakonferenz statt und seit 1995 finden diese Konferenzen jährlich statt. Konkret konnte bisher nicht viel erreicht werden.

Da es nun schon sehr offensichtlich ist, dass mit der herkömmlichen repräsentativen Politik hier nicht die erforderlichen Maßnahmen beschlossen werden, eröffnet dies die Möglichkeit es auf eine andere Art und Weise zu machen. Wie es in Direktdemokratisches Model für Klimaschutz dargelegt wurde, bestehen Interessenskonflikte welche eine an der Situation angemessene Einigung verhindern.

Die Idee besteht nun darin diese Interessenkonflikte durch eine direktdemokratische Bearbeitung dieser Problemstellung zu umgehen. Ziel ist es also die direkt Betroffenen mitgestalten und mitentscheiden zu lassen und dabei gleichzeitig zu verhindern oder zumindest stark zu vermindern, dass es diesen starken Einfluss der

[69] https://www.deutschlandfunk.de/gesellschaftskritik-das-populaere-feindbild-der-100.html
[70] https://www.cambridge.org/core/services/aop-cambridge-core/content/view/62327F513959D0A304D4893B382B992B/S1537592714001595a.pdf/div-class-title-testing-theories-of-american-politics-elites-interest-groups-and-average-citizens-div.pdf
[71] https://link.springer.com/article/10.1007/s41358-017-0097-9

Klimagas emittierenden Industrien gibt.

Als Basis soll dabei das Klimaschutzmodell von Nordhaus zur Anwendung kommen. Dieses ist in der Lage den hochproblematischen Effekt der Zerstörung des Allgemeinguts zu beheben. Gleichzeitig ist dieses Klubmodel so ausgelegt, dass gar nicht alle Länder mitmachen müssen und es trotzdem funktionieren wird. Die Herausforderung besteht nun darin, direktdemokratisch zu erfassen, inwieweit die Bevölkerung selbst Klimaschutz betreiben will. Für den durchschnittlichen Bürger dürfte es hoch sinnvoll sein, dass geeignete Maßnahmen für den Klimaschutz ergriffen werden.

Die Herausforderung besteht nun darin, in den Ländern eine direktdemokratische Plattform aufzusetzen und dann genügend Teilnehmer zu finden. Je mehr Personen daran teilnehmen, desto aussagekräftiger werden die Ergebnisse. Gelingen diese beiden Schritte dann stehen erstmalig Daten zur Verfügung welche zeigen, was die Bevölkerung, der einzelnen Ländern konkret bezogen auf das Klimaclubmodel will.

Die Politiker dieser Länder werden dann angehalten sein, diesen Willen auch für die Bevölkerung umzusetzen, wenn sie nicht bei den nächsten Wahlen komplett abgestraft werden möchten. Denn die bisherigen Ergebnisse der Politik wahren unzureichend, und es daher auch kaum Argumente geben wird es nicht zu tun. Zudem hat die Klimakonferenz COP28 nun erstmals zur Abkehr von fossilen Brennstoffen auf. [72] Weiter ist im Abschlussdokument Punkt 90 'Recognizes the importance of making finance flows consistent with a pathway towards low greenhouse gas emissions and climate-resilient development...'[73] genau so ein Konzept gewünscht und als wichtig erachtet, welches durch den Klimaclub nach Nordhaus verwirklicht werden könnte.

Was macht uns dumm und wie können wir schlaue Entscheidungen treffen

Ist Ihnen schon mal aufgefallen, dass Personen die eine bestimmte Partei gut finden, oder sich zur linken oder rechten Ideologie bekennen Tatsachen nicht richtig wahrzunehmen scheinen? Also wirklich Tatsachen und nicht Meinungen, Werte oder Sichtweisen? Dann haben Sie möglicherweise einen Effekt der kulturellen Erkenntnistheorie beobachten können. Nämlich wie Fakten aufgrund ihrer Gruppe wahrgenommen werden.[74]

Das Interessante daran ist, dass dies nur für Fakten der Fall ist, die polarisiert sind. Unglücklicherweise ist es auch gut für das Geschäft der Medien zu polarisieren, was dieses Problem noch verstärkt. Daher werden wir durch die Polarisierung der Themen wirklich dumm gemacht, und wir haben dann dadurch nicht mehr die Fähigkeit angemessen für den gegebenen Sachverhalt zu bewerten. Ein Beispiel dazu ist in Die 3+2 Hemmnisse der direkten Demokratie angeführt.

Wir sind dann oft in spaltenden Ansichten gefangen, und nicht mehr fähig gemeinsam die besten Lösungen für uns alle zu entwickeln und darüber zu entscheiden.

Was können wir nun dagegen tun? Es gibt zwei Maßnahmen, welche in Kombination dieses Problem neutralisieren sollen:

1. Verständnis schaffen
2. Ein nicht polarisierendes Entscheidungsverfahren nutzen

Verständnis schaffen

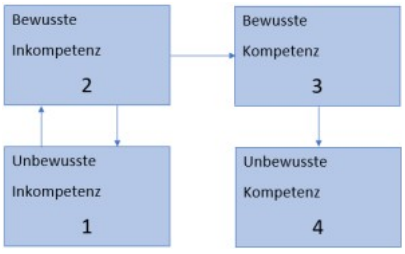


Abbildung 1: Stufen der Kompetenzentwicklung[75]

Dieser Effekt ist vielen gar nicht bewusst. Wenn wir die vier Stufen der Kompetenzentwicklung uns ansehen

[72] https://www.tagesschau.de/ausland/asien/cop28-abschlusserklaerung-dubai-102.html
[73] https://unfccc.int/sites/default/files/resource/cma2023_L17_adv.pdf
[74] https://www.youtube.com/watch?v=rHTBQCpNm5o&t=1224s
[75] https://www.irenewuest.ch/blog/die-4-stufen-der-kompetenzentwicklung

(Abbildung 1) dann befinden wir uns hier in der 'unbewussten Inkompetenz'. Wir wissen gar nicht, dass es so einen Effekt gibt, und berücksichtigen ihn daher auch nicht in unseren Betrachtungen.

Wird man z.B. hier darauf aufmerksam gemacht, befindet man sich zunächst in der bewussten Inkompetenz. Man hat erkannt, es gibt einen weiteren Aspekt, den man noch nicht berücksichtigt hat, weiß aber noch nicht wie man damit umgehen kann oder soll.

Nun werden meist bei Glaubensätzen oder Glaubenssystemen eines von zwei Dingen passieren:

1. Die Person geht wieder in die unbewusste Inkompetenz: Das macht sie, indem sie die neue Information entweder als irrelevant, nicht wissenschaftlich, mit anderen Argumenten entwertet oder verdrängt, sodass diese überhaupt nicht mehr für die Person zugreifbar ist.
2. Die Person entwickelt sich in die bewusste Kompetenz: Dieser Effekt wird nun in der Kommunikation mit anderen Personen wahrgenommen. Also man bemerkt, dass andere Personen überhaupt nicht sachlichen Argumenten zugänglich sind. Man beginnt auch sich selbst zu fragen, ob alle Fakten für den Sachverhalt in geeigneter Weise in die Überlegungen mit eingeflossen sind.

Was jedoch recht unwahrscheinlich ist, dass die Person auf Stufe 2 bleibt, da diese Widersprüchlichkeit entweder in Richtung Verdrängung/Veränderung oder in Richtung Erweiterung des eigenen Weltbildes aufgelöst werden will.

In Stufe 4 der unbewussten Kompetenz ist dieses Wissen nun so integriert, dass es praktisch automatisch wahrgenommen wird.

Kommuniziert man mit einer Person, welche Fakten (der anders polarisierten Gruppe) nicht zugänglich ist, dann könnte es sinnvoll sein, zuerst mal auf diesen Effekt aufmerksam zu machen und die Person auf Stufe 2 der Kompetenzmatrix zu stupsen, in der Hoffnung, dass Stufe 3 erreicht wird. Erst dann wird es häufig möglich werden, alle wesentlichen Fakten mit einzubeziehen.

Ein nicht polarisierendes Entscheidungsverfahren nutzen

Nimmt man als Beispiel die Mehrheitsentscheidung, so wird man also Person aber insbesondere auch als Gruppe darauf bedacht sein möglichst mehr als 50 % der Stimmen auf den gewünschten Vorschlag zu vereinigen, um diesen Vorschlag durchsetzen zu können. Würde man in dieser Situation, auch die Sichtweisen und Fakten der anderen Position würdigen, dann ist die Gefahr groß, dass sich Personen plötzlich zur anderen Seite wechseln. Daher ist es sinnvoll, die eigene Lösung als die richtige darzustellen und die andere Seite zu entwerten. Zudem besteht die Gefahr, dass weitere Vorschläge entstehen. Durch den dadurch entstehenden Spoilereffekt (Stimmenaufteilungseffekt) [76] macht es dann praktisch unmöglich fair abzustimmen. Dadurch wird man dies vermeiden versuchen, um überhaupt zu einer Entscheidung gelangen zu können.

Benutzt man hingegen ein Verfahren, welches diesen Spoilereffekt nicht hat (siehe Algorithmus für ein faires entscheiden) so ist es möglich mehrere Entscheidungsalternativen gleichzeitig einer Entscheidung zuzuführen. Um den eigenen Lösungsvorschlag durchzusetzen, wird es dadurch nun sinnvoll auch die Fakten, Argumente und Sichtweisen der anderen Gruppe sich anzusehen. Wenn es gelingt noch Aspekte der anderen Gruppe mitzuberücksichtigen, dann wird es umso wahrscheinlicher das man damit Erfolg hat.

Die Logik um Erfolg zu haben wird also eine völlig andere. Nämlich den anderen zu verstehen und auch die Argumente und Fakten mit einzubeziehen um die eigenen Ziele durchbringen zu können.

Beides ist notwendig

Nur Verständnis für diesen Effekt zu schaffen würde kaum Wirkung entfalten, da die dahinterliegende Entscheidungslogik dem entgegensteht. Jede Seite wäre gut beraten, dies nicht in ihrem Umfeld bekannt zu machen. Andererseits wird ein Entscheidungsverfahren, welches komplizierter ist als die bisher genutzte Mehrheitsentscheidung nicht angenommen werden, wenn die Vorteile nicht verstanden werden.

Daher macht die Forcierung beider Maßnahmen gleichzeitig Sinn. Natürlich wäre es auch gut, wenn dies der Nationalrat berücksichtigen würde. Jedoch haben wir hier als Bürger nicht direkt die Möglichkeit etwas zu verändern. Was wir jedoch ab jetzt auch machen können, ist, dieses Wissen zu verbreiten und für eine direkte Meinungsbildung hier zur Anwendung zu bringen.

---

[76] https://de.wikipedia.org/wiki/Spoilereffekt#:~:text=Als%20Spoilereffekt%20oder%20spoiler%20effect,stehenden%20Kandidaten%20zum%20Sieg%20verhilft.

Ideologie dieser Plattform

Hier wird konkret auf die Ideologie die hinter Systemic Consensing steht eingegangen.

Was ist das übergeordnete Ziel?

Ziel dieser Plattform ist es das **der Wille der Bevölkerung stärker in den politischen Entscheidungsprozess mit einfließt**. Die Methoden und Strategien die dabei zur Anwendung kommen orientieren sich dabei am wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn. Dies bedeutet auch, dass bei neuen Erkenntnissen die Ansichten, Strategien und Methoden an den Stand der Wissenschaft angepasst werden. Wir sind uns jedoch auch bewusst, dass es nicht die eine wissenschaftliche Erkenntnis gibt, sondern es vielmehr der wissenschaftliche Prozess es ist, dass verschiedene Modelle, welche sich auch widersprechen können parallel existieren, mit dem Ziel durch die Falsifizierbarkeit der einzelnen Theorien zu einem besseren Ergebnis zu gelangen. Also die Vielfalt ist hier nicht der Fehler, sondern die notwendige Bedingung um zu guten Ergebnissen zu gelangen.

Unsere Thesen

Einschränkend auf die vorherige Erklärung verfolgen wir folgende Thesen:

Durch direkte Beteiligung kann die Bevorzugung bestimmter Gruppen vermindert werden

Wir gehen davon aus, dass ein vergleichsweise kleiner und wohlhabender Personenkreis die politischen Entscheidungen überproportional beeinflussen. Das Ergebnis ist dabei, dass die Wünsche der Bevölkerung nicht gut berücksichtigt werden.[77][78] Der Grund liegt darin, dass die Bevölkerung nicht direkt mitgestaltet, sondern dass es fast ausschließlich repräsentativ geschieht, mit den entsprechenden Einflussmöglichkeiten für diesen kleinen Personenkreis. Um diese überproportionale Beeinflussung zu vermindern wird daher die direkte Teilhabe Möglichkeit der gesamten Bevölkerung forciert.

Es wird auch damit argumentiert, dass es sinnvoll ist durch Repräsentanten vertreten zu werden, da diese dann genügend Zeit haben, um sich mit den zu entscheidenden Themen auseinanderzusetzen. Jedoch in der Praxis kann nicht jeder Abgeordnete über alle Themen genau Bescheid wissen. Zudem kommt noch die Anforderung der Klubdisziplin, welches geradezu die Einzelmeinung der Abgeordneten aushebeln kann. Im Gegensatz dazu wird hier die Möglichkeit geboten sich zu beteiligen. Das heißt auch, dass nicht jede Person über jedes Thema abstimmen muss, sondern je nach Interessenslage sich an verschiedenen Themen beteiligen kann. Die Argumente für die jeweiligen Vorschläge eines Themas sind dabei direkt auf der Plattform verfügbar, Experten sind dabei auch dazu eingeladen die Vorschläge zu erarbeiten und zu argumentieren. Somit soll eben genau dadurch eine informierte Entscheidung ermöglicht werden.

Polarisierung führt zu schlechten Entscheidungen

Auch durch unsere derzeitige Medienlandschaft erleben wir eine starke Polarisierung der Gesellschaft, weil es geschäftsfördernd ist zu polarisieren. Der Grund liegt dabei darin, dass die Bindung zum jeweiligen Medium oder Organisation dadurch verstärkt wird. Das große Problem dabei ist, dass die Fakten (also nicht Anschichten, sondern Fakten) nicht mehr richtig wahrgenommen werden können. [79] Wenn die Fakten nicht mehr richtig wahrgenommen werden, so kann man dann auch nicht mehr auf die Situation angemessene Entscheidungen treffen.

Entpolarisierung durch Entscheidungsverfahren ohne Stimmaufteilungseffekt

Im derzeitigen politischen System geht es darum Mehrheiten zu finden, da durch die Mehrheitsentscheidung die Gesetze und Regelungen beschlossen werden. Das Mehrheitsentscheidungsverfahren ist zwar einfach, hat aber die entscheidende Schwäche das es nur für Alternativentscheidungen (Ja oder Nein, A oder B) gut funktioniert. Sobald mehrere Entscheidungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen versagt die Mehrheitsentscheidung, da es durch Stimmaufteilungseffekte zu starken Verzerrungen führt. Wenn Variante A besser als B und A besser als C

[77] https://link.springer.com/article/10.1007/s41358-017-0097-9
[78] https://www.cambridge.org/core/services/aop-cambridge-core/content/view/62327F513959D0A304D4893B382B992B/S1537592714001595a.pdf/div-class-title-testing-theories-of-american-politics-elites-interest-groups-and-average-citizens-div.pdf
[79] https://www.youtube.com/watch?v=rHTBQCpNm5o&t=1224s

ist, dann bedeutet das nicht, dass bei der Mehrheitsentscheidung A gewinnt, da die Stimmen sich auch auf C verteilen. Daher erzwingt die Mehrheitsentscheidung förmlich nur eine Alternativfrage zuzulassen. Im Zusammenspiel mit der Polarisierung führt, das dazu, dass sich die Fronten verhärten und es versucht wird für die eine oder andere Seite die Mehrheit zu erreichen, anstatt nach gemeinsamen besseren Lösungen zu suchen. Nutzt man hingegen ein Verfahren ohne diesen Aufteilungseffekt, also bei dem A immer gewinnt, wenn A besser als B und A besser als C bewertet wird, dann steht der Lösungsraum für gemeinsame bessere Entscheidungen offen. Es können nun auch weitere Vorschläge mit einbezogen werden, ohne die bisherigen Vorschläge dadurch zu schwächen.

Anmerkung

Diese Thesen sind eingeschränkt auf das Ziel der Bevölkerung es zu ermöglichen den gemeinsamen Willen in die Politik zu bringen. Im Gegensatz dazu ermöglicht beispielsweise gerade die Polarisierung bestimmten Organisationen deren Daseinsberechtigung. Die Personen die in diesen Organisationen arbeiten, erhalten unter Umständen ihren Lohn und ihren Lebensinhalt dadurch. Deshalb ist es logisch und verständlich, dass aus deren Sichtweise die Polarisierung weiter geführt wird und auch das Mehrheitsentscheidungsverfahren beibehalten bleibt.

Lizenz Bedingungen

Diese Software wurde entwickelt, um Menschen zu einem besseren Meinungs- und Wissensaustausch zu verhelfen. Ziel ist es, gemeinsame Lösungen für bestehende Probleme und Entscheidungsbedarfe zu finden. Daher ist es essenziell, dass Personen mit unterschiedlichen Sichtweisen und Ideologien in den Dialog treten. Da wir einen gemeinsamen Lebensraum teilen, sollten auch die Entscheidungen gemeinsam getroffen werden.

Daher soll die Software beispielsweise nicht einzelnen Parteien zur Verfügung stehen, da diese nur jeweils einen Teil der Bevölkerung vertreten. Dies würde zu jeweils einseitigen Meinungsbildungen führen, ohne dass eine gemeinsame Willensbildung stattfindet. Stattdessen sollen Lizenzen für die Nutzung dieser Softwarelösung an Organisationen (üblicherweise Vereine) vergeben werden, die die gemeinsame Meinungsbildung als sinnvolle Vorgehensweise ansehen.

Die Vergabe der Lizenzen erfolgt nach dem Prinzip der MECE-Regel (Mutually Exclusive, Collectively Exhaustive), das heißt, sie sollte möglichst überschneidungsfrei erfolgen. Beispielsweise wird für ein Land nur eine Lizenz für die Themen dieses Landes vergeben. Die Software ermöglicht dabei die Aufteilung nach Ländern und Gemeinden.

Die Vergabe der Lizenzen erfolgt durch den SC Beirat (Systemic Consensing Beirat).